

Vorweg die Ukraine Berichte Teile 7, 6, 5, 4, 3, 2 und 1. - nach dem Prinzip der Matrjoschka – Puppe in Puppe - (unter diesem Link):
<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ukraine-Berichtre-Teil-72.pdf>

(**Tipp:** Falls nötig, bei TAZ-Berichten auf den Butten „gerade nicht“ klicken.)

Zur Info weitergeleitet

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

www.antjeundieter.de

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Politisches-Gedicht>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

Hier nun weitere Berichte zur Ukraine als Teil 8:

.) Prorussische Demos: Kriegsverharmloser auf Tour : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162914.prorussische-demos-kriegsverharmloser-auf-tour.html> - Russen demonstrieren in Deutschland gegen Diskriminierung. Einige geben der Ukraine die Schuld am Krieg. Eine Frau hält eine russische Flagge aus dem Beifahrer-Fenster eines Autos, welches Teil eines prorussischen Auto-Korsos ist. Auf einem kleinen Parkplatz in der Nähe des Fußballstadions in Hannover sammelt sich am Sonntagmittag eine Menschenmenge. Viele haben russische und deutsche Nationalflaggen dabei. Vereinzelt sieht man Fahnen von Kasachstan, Kirgisistan oder Rumänien. Sie treffen sich zum Autokorso. Auch Hunderte Autos der Demonstrant*innen sind mit russischen und deutschen Flaggen geschmückt. »Wir sind nicht hier, um über den Krieg zu reden«, erklärt ein Redner. »Wir sind gegen Diskriminierung und Mobbing. Wir wollen dem Land zeigen, dass wir normale Bürger sind und in Frieden hier leben wollen.« Bilder wie diese sind am Wochenende in mehreren deutschen Städten zu sehen. In Hannover beteiligen sich rund 350 Autos mit 600 Demonstrant*innen, so die Zahl der Polizei. Auch im südbadischen Lörrach, in Stuttgart und in Frankfurt am Main finden prorussische Demonstrationen statt. Offiziell richtet sich der Protest gegen die Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung. Ein Redner kritisiert die Darstellung der Autokorsos in den Medien. Er erzählt von Diskriminierungserfahrungen, die er aufgrund der russischen Sprache in der Öffentlichkeit erlebt habe. So sei er mit einem Freund aus einem Imbiss geworfen worden, weil sie sich auf Russisch unterhalten hatten. Der prorussische Autokorso bleibt in Hannover dabei nicht unwidersprochen. Der Freundeskreis Hannover hat eine Gegendemo angemeldet, [zu der auch Oberbürgermeister Belit Onay \(Grüne\)](#) aufgerufen hat. »Jede*r hat das Recht auf

Versammlung und Demonstration«, schreibt der Bürgermeister auf Twitter. »Aber es ist absolut unverständlich vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine mit russischen Fahnen und einem Autokorso durch unsere Stadt ziehen.«

Dabei hat seit dem Beginn des Krieges die Ablehnung und Anfeindung von Russ*innen und Menschen mit russischen Wurzeln in Deutschland tatsächlich zugenommen. Es gibt Berichte von russisch-feindlichen Graffiti, von Übergriffen und Diskriminierung. Auch in Schulen häufen sich die Berichte von Anfeindungen und Mobbing gegen Schüler*innen mit russischen Wurzeln. Dabei gibt es gerade in den sozialen Medien immer wieder Berichte, die sich nicht prüfen lassen oder sich als Fake herausstellen, wie bei einem Video aus Nordrhein-Westfalen Ende März.

.) Wohnungslosigkeit: Ein verschärftes Problem : [https://www.nd-](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162898.wohnungslosigkeit-ein-verschaerftes-problem.html)

[aktuell.de/artikel/1162898.wohnungslosigkeit-ein-verschaerftes-problem.html](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162898.wohnungslosigkeit-ein-verschaerftes-problem.html) - Wohnungs- und Obdachlosigkeit könnten durch den Ukraine-Krieg zunehmen, befürchtet Christopher Wimmer. Der Krieg gegen die Ukraine kann Wohnungs- und Obdachlosigkeit verstärken - wenn nicht die richtigen Schritte eingeleitet werden. In Deutschland gibt es, im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, keine amtliche Statistik zur Zahl von Menschen ohne festen Wohnraum. Lediglich die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W), eine Arbeitsgemeinschaft von privaten und öffentlichen Sozialorganisationen sowie sozialen Diensten und Einrichtungen für wohnungslose Menschen, führt regelmäßig Erhebungen durch. In ihrer [letzten Schätzung](#) kam die BAG W auf eine Jahresgesamtzahl von 678 000 Menschen ohne festen Wohnraum. Von ihnen lebten etwa 41 000 Menschen ohne Unterkunft auf der Straße.

Die große Mehrheit lebte in Notunterkünften sowie geflüchtete Menschen in den Gemeinschaftsunterkünften oder in dezentraler Unterbringung. Die Zahlen zeigen ebenso, dass die große Mehrheit von rund 441 000 Menschen Geflüchtete sind, was rund zwei Dritteln der Gesamtzahl entspricht. Die Zahlen belegen schonungslos, dass Wohnungs- und Obdachlosigkeit kein soziales Randphänomen darstellen, sondern, dass es sich in der Mitte der Gesellschaft abspielt. Der Krieg gegen die Ukraine kann dieses Problem noch verstärken - wenn nicht die richtigen Schritte eingeleitet werden.

Seit Beginn des russischen Angriffs wurden bisher amtlich über 300 000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland gezählt. Ihre tatsächliche Zahl liegt wahrscheinlich deutlich höher, weil es an der deutsch-polnischen Grenze keine Kontrollen gibt und sich Menschen mit ukrainischem Pass zunächst für 90 Tage frei in der EU bewegen können.

Die [Unterbringung der Geflüchteten](#) bedeutet eine enorme Kraftanstrengung. »Wir stehen vor riesigen Herausforderungen bei der Unterbringung und Versorgung«, so der Geschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg,

in einem Pressebericht. »Für Unterbringung und Integration müssen etwa 1000 Euro pro Person und Monat angesetzt werden.« Der Deutsche Städte- und Gemeindebund rechnet mit Milliardenkosten durch ukrainische Geflüchtete. Doch brauchen die Menschen kurzfristig Unterkünfte - und viele wohl auch langfristig eine eigene Wohnung. Deutschland benötige deshalb schnellstmöglich bis zu 500 000 neue Wohnungen. Diese Zahl findet sich in einer Studie im Auftrag des Zentralen Immobilien Ausschusses ZIA, einem Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Zwar könne ein Teil der Geflüchteten in leeren Wohnungen unterkommen, jedoch müsse knapp die Hälfte des Bedarfs durch Neubau gedeckt werden, so die Studie.

In Berlin, wo eine große Zahl der Geflüchteten ankommt, hält es die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen noch für zu früh für Prognosen und will sich noch nicht mit einer Neubauoffensive beschäftigen. Da in der Hauptstadt der Neubau aber ohnehin schleppend läuft und gleichzeitig die Mietpreise explodieren, droht vielen Geflüchteten Wohnungslosigkeit - und damit eine verschärfte Konkurrenz um die ohnehin schon knappen Plätze der Not- und Kälteübernachtung.

Soziale Träger haben daher erhöhte Anstrengungen gefordert, um Geflüchtete nicht in die Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu treiben. So gebe es in Berlin noch große Hürden bei der Umsetzung der Senatsstrategie, die Wohnungslosigkeit bis 2030 zu beenden, erklärten Vertreter*innen von Diakonie, Berliner Stadtmission, den Johannitern und der Gebewo Pro. Noch immer sei die Zahl von Hilfsangeboten im Rahmen Kälte- und Nothilfe zu gering, damit Menschen nicht mehr auf der Straße leben müssen.

Bereits vor dem Krieg teilten die Verbände mit, dass sie in diesem Winter deutlich mehr Menschen betreuen mussten als vergangenes Jahr. Laut Bericht haben rund 15 Prozent mehr Menschen Hilfe bei der Organisation gesucht. Insgesamt seien es 3.326 obdachlose Menschen gewesen, die versorgt wurden. Die Saison für die Kältebusse der Stadtmission endete vor zwei Wochen. Die [Gefahr massiver Wohnungs- und Obdachlosigkeit](#) von ukrainischen Geflüchteten beginnt gerade. *Christopher Wimmer ist freischaffender Journalist und Soziologe. Er promoviert derzeit über die Lage und das Bewusstsein marginalisierter Menschen in Deutschland.*

.) Kriegsverbrechen ungesühnt : <https://www.jungewelt.de/artikel/424416.angriff-auf-zivilisten-kriegsverbrechen-unges%C3%BChnt.html> - Neue Erkenntnisse im Fall der bombardierten irakischen Stadt Hawidscha belasten niederländische Regierung. Den Haag gegen Entschädigung. Einwohner Hawidschas und Schirkats fliehen vor dem »Islamischen Staat« Richtung Kirkuk (18.8.2016) In der Nacht zum 3. Juni 2015 bombardierten niederländische »F-16«-Kampfflzeuge die irakische Stadt Hawidscha, die damals von der Dschihadistenmiliz »Islamischer

Staat« (IS) kontrolliert wurde. Neuen Erkenntnissen zufolge ist das Leid, das der Angriff unter der Zivilbevölkerung angerichtet hat, weitaus größer als bekannt. Das ergab eine gemeinsame Untersuchung der Universität Utrecht, der Friedensorganisation Pax und der irakischen Hilfsorganisation Al-Ghad, berichtete die öffentlich-rechtliche NOS am Donnerstag. Der Luftangriff, der einer Bombenwerkstatt des IS galt, zerstörte ein gesamtes Stadtviertel. Mindestens 85 Zivilisten starben, mehrere hundert wurden verletzt. Etwa 1.200 Geschäfte und Unternehmen wurden beschädigt sowie 6.000 Wohnungen. Bisher ging man von etwa 60 Toten aus.

Die Opfer kämpfen bis heute um eine individuelle Entschädigung und eine offizielle Entschuldigung der Regierung in Den Haag. »Den Forschern zufolge trägt das Versäumnis, dies zu tun, zu einer antiwestlichen Stimmung bei, die der Nährboden für die nächste terroristische Organisation sein könnte«, berichtete die NOS. Die Wissenschaftler weisen darauf hin, dass der IS nach dem verheerenden Angriff noch zwei Jahre Hawidscha kontrollierte. Die Einwohner hätten als Folge des Angriffs während dieser Zeit keinen ausreichenden Zugang zu medizinischer Versorgung, sauberem Wasser und Strom gehabt. Aus der Stadt zu fliehen, sei zudem aussichtslos gewesen.

Zahlreiche Betroffene des Luftangriffs hätten Traumata und körperliche Behinderungen davongetragen, ergab die Untersuchung. Viele Familien seien durch den Verlust des Oberhauptes und »Ernährers« in erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Als Konsequenz nahm die Kinderarbeit zu.

In der Dokumentation »Als de bom valt«, die vor einigen Wochen im niederländischen Fernsehen lief, kommen die Opfer zu Wort. Abdullah Saleh etwa, der bei dem Angriff Frau und fünf Kinder verlor und aus Hawidscha fortgezogen ist. Oder ein Junge namens Omar, der bis heute von den Brandwunden in seinem Gesicht gezeichnet ist. »Warum haben sie uns bombardiert? Wussten sie nicht, dass dort Menschen wohnen?« fragt er wütend. Es sei an der Zeit, dass die niederländische Regierung die Verantwortung für die Greueltat übernehme, forderte Sabhan Khalaf Ali, Bürgermeister von Hawidscha. »Wir sind enttäuscht«, sagte er gegenüber NOS.

Die Niederlande haben zwar 4,4 Millionen Euro für den Wiederaufbau der zerstörten Gebäude in Hawidscha zugesagt. Passiert sei bis jetzt aber wenig, so die Studie der Uni Utrecht. Eine individuelle Entschädigung lehnt Den Haag nach wie vor ab. Weil der Waffeneinsatz »rechtmäßig« gewesen sei, tragen die Niederlande zwar die Verantwortung für den Angriff, sind aber nicht für die Schäden haftbar zu machen, teilte Verteidigungsministerin Kajsa Ollongren am Donnerstag mit. Auch wenn das »eine schwierige Botschaft« für die Opfer und Hinterbliebenen sei.

Dass die Regierung eine Beihilfe zum Wiederaufbau des Viertels zahle, sei freiwillig. »Ich verstehe, dass die Projekte zugunsten der Gemeinschaft nicht als Entschädigung

oder Anerkennung für ihr individuelles Leid empfunden werden können«, so Ollongren. Sie hoffe jedoch, dass die Niederlande auf diese Weise einen dauerhaften Beitrag zu einer »besseren Zukunft für die betroffene Gemeinschaft als Ganzes« leisten würden. Die Forscher der Studie empfehlen hingegen, eine niederländische Delegation solle nach Hawidscha reisen, sich im Namen der niederländischen Regierung entschuldigen, die verursachten Schäden anerkennen und sie wiedergutmachen.

.) Alles, was rechts ist : [https://www.jungewelt.de/artikel/424133.pr](https://www.jungewelt.de/artikel/424133.pr%C3%A4sidentschaftswahl-in-frankreich-alles-was-rechts-ist.html)

[%C3%A4sidentschaftswahl-in-frankreich-alles-was-rechts-ist.html](https://www.jungewelt.de/artikel/424133.pr%C3%A4sidentschaftswahl-in-frankreich-alles-was-rechts-ist.html) - Der Ukraine-Krieg beschert Emmanuel Macron im Präsidentschaftswahlkampf zwei entscheidende Vorteile: Erstens setzt er ihn von seinen Herausforderern Marine Le Pen und Éric Zemmour ab, die beide Sympathie für Wladimir Putin geäußert hatten. Zweitens erlaubt der Krieg Macron – unter Berufung auf eine nationale Notlage – ein stramm rechtes Programm. Einige Wochen lang schien der Sieg deshalb so sicher, dass er gar nicht mehr um ihn kämpfte. Er werde »bis zur letzten Viertelstunde« Präsident sein, erklärte er, als ob er für solche Kinkerlitzchen wie repräsentative Demokratie vorläufig keine Zeit mehr hätte.

.) Mitschuld der Konservativen, Ariel Varnet über die Osteuropapolitik der Unionsparteien : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162903.ukraine-krieg-mitschuld-der-konservativen.html> -

Vitali Klitschko, Bürgermeister von Kiew und ehemaliger Box-Profi, gestikuliert während eines Interviews mit der Associated Press (AP) in seinem Büro im Rathaus. Die Unionsparteien sind dabei, an einer eigenen Legende zu stricken. Spitzenpolitiker der Partei behaupten, dass die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel es verpasst hat, gemeinsam mit ihren westlichen Partnern Russland in die Schranken zu weisen und somit möglicherweise den Krieg in der Ukraine zu verhindern. Die Wahrheit ist, dass die deutschen Konservativen eine Doppelstrategie verfolgt haben. Einerseits sollten deutsche Firmen wie etwa die BASF-Tochter Wintershall Dea vom Gas- und Ölgeschäft mit Russland profitieren. Andererseits hat die Bundesregierung alles dafür getan, dass russlandfreundliche Regierungen in früheren Sowjetrepubliken ihre Macht verloren haben.

Nicht vergessen werden sollte in diesem Zusammenhang, dass der Partner von CDU und CSU in der Ukraine, [der heutige Kiewer Bürgermeister Vitali Klitschko](#), 2013 und 2014 gemeinsam mit liberalen und rechtsradikalen Gruppen auf dem Maidan demonstrierte und letztlich mitverantwortlich dafür war, [dass der gewählte Präsident Viktor Janukowitsch](#), der bereits geflohen war, in einem undemokratischen Verfahren abgesetzt wurde. Bereits damals setzten die verfeindeten Lager in dem Land auf Gewalt statt Versöhnung. Die

Unionsparteien tragen daran eine Mitschuld.

.) Energiekosten: Hamburgern soll Strom und Gas nicht abgedreht werden :

<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Energiekosten-Hamburgern-soll-Strom-und-Gas-nicht-abgedreht-werden,energiekosten118.html> - Grundsicherung schrumpft, Bündnis kritisiert fehlende Hilfen zum Ausgleich der hohen Energiepreise für Menschen in Armut.

.) Plump und billig, Cyrus Salimi-Asl über das Verbot internationaler NGOs in

Russland : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162925.ngos-in-russland-plump-und-billig.html> -

Russlands Krieg gegen die Ukraine ist unerbittlich, insbesondere für die Zivilbevölkerung. Diese Lesart hört man aber nicht gerne in Moskau.

Informationen oder Meinungen, die von der regierungsoffiziellen Einheitswahrheit abweichen, werden in Russland mitunter hart sanktioniert. Dies bekommen nun mehrere deutsche politische Stiftungen zu spüren - aber auch die beiden international operierenden **Menschenrechtsorganisationen Amnesty International (AI)** und Human Rights Watch (HRW). Diese haben eine Reihe von Belegen für Kriegsverbrechen im Ukraine-Krieg vorgelegt, die mutmaßlich von der russischen Armee begangen wurden. Zwischen diesen Enthüllungen und der Büroschließung keinen Zusammenhang sehen zu wollen, wäre blind. Plumper und billiger konnten die russischen Behörden kaum eine Bestrafung folgen lassen.

In diesen Kriegstagen reagiert der russische Staat nicht eben zimperlich auf dissidente Äußerungen, lässt leiseste Kritik am Angriffskrieg bestrafen und hat sich schon vor Jahren in weiser Voraussicht mit einem gesetzlichen Instrumentarium ausgestattet, um gegen Verbreiter unliebsamer Informationen per Justiz vorgehen zu können. So bekommen Organisationen und Privatpersonen das [Etikett »ausländischer Agent«](#) angeheftet, wenn sie angeblich vom Ausland finanziert werden. Die subtile Botschaft dahinter ist eindeutig: Äußerungen derart gebrandmarkter Organisationen sind reine Propaganda.

Ende Februar wurde die [russische Menschenrechtsorganisation Memorial](#) rechtskräftig aufgelöst. Seit Anfang März stehen [bis zu 15 Jahre Haft auf »öffentliche Verbreitung wissentlich falscher Informationen über den Einsatz der Streitkräfte«](#). Mit der Schließung internationaler NGOs verdorrt ein weiterer alternativer Kommunikationskanal in die russische Gesellschaft. Die deutschen politischen Stiftungen dürfen ihre russischen Partner nicht im Stich lassen, diese leiden am meisten unter dem repressiven gesellschaftlichem Klima. Sie brauchen Unterstützung, um der Öffentlichkeit alternative Narrative anbieten zu können.

.) Kräftesammeln für neues Gemetzel, Russland ernannte erstmals

Oberbefehlshaber für die »spezielle militärische Operation« in der Ukraine :

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162919.alexander-wladimirowitsch-dwornikow-kraeftesammeln->

[fuere-neues-gemetzel.html](#) - Alexander Wladimirowitsch Dwornikow, der vermutlich den als "Sonderoperation" verharmlosten russischen Angriffskrieg auf die Ukraine künftig ausführen wird.

Als das russische Militär am 24. Februar ins Nachbarland einfiel, hatten westliche Militärexperten den ukrainischen Streitkräften bestenfalls eine zweiwöchige Widerstandskraft zugebilligt. Dass die Angreifer trotz ungeheurer Verluste noch immer keines ihrer Kriegsziele erreicht haben, den Vorstoß auf Kiew abbrechen mussten und gezwungen sind, Truppen umzugruppieren und Reserven aus der Tiefe des Hinterlandes nachzuführen, hängt auch mit der bislang fehlenden einheitlichen Führung der »speziellen militärischen Operation« zusammen.

Nun hat Oberbefehlshaber Wladimir Putin offenbar einen fähigen Oberbefehlshaber ernannt. Er heißt Alexander Wladimirowitsch Dwornikow. Der 61-Jährige ist seit 1979 Soldat. Er diente von der Pike auf, war Zugführer, dann Kompanie- und Bataillonschef. Eine kurze Zeit diente er bei der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, studierte an einer Militärakademie, [kommandierte 2015 und 2016 die russischen Truppen in Syrien](#) und holte sich dafür bei Putin den Titel »Held der russischen Föderation« ab. Seit August ist der Chef des südlichen Militärbezirkes einer von sechs russischen Armeegeneralen.

Ob er seinen Stab, mit dem er demnächst den Angriffen in der östlichen und südlichen Ukraine neuen Schwung verleihen soll, bereits beisammen hat, ist nicht bekannt. Auch lässt sich derzeit die Frage, ob genügend Truppen, Material und Nachschub vorhanden sind, um mit überlegenden Kräften im notwendigen Verhältnis von mindestens 1:3 zu operieren, nicht beantworten. Fachleute erwarten nun aus russischer Sicht ebenso klassische wie umfangreiche Angriffsoperationen. Sie würden von der aktuellen Wetterlage und dem Gelände begünstigt.

Klar ist, dass auch die ukrainischen Verteidiger sich dafür neu aufstellen müssen. Ihre bisherige hartnäckige Verteidigung strategisch wichtiger Knotenpunkte sowie die Nadelstichtaktik, mit der sie in den Reihen der Angreifer verheerende Wirkung erzielten, sind weitgehend obsolet. Wegen der zu erwartenden großräumigen Gefechte der – wie es militärisch heißt – verbundenen Waffen hat die Regierung in Kiew die Zivilbevölkerung im Osten zur Flucht aufgefordert.

Hunderte wurden dabei am Freitag am Bahnhof von Kramatorsk durch einen Raketenangriff überrascht. Von mindestens dreißig Toten und einhundert Verletzten, darunter viele Kinder, ist die Rede. Moskau und Kiew geben sich dafür gegenseitig die Schuld. Der Splittersprengkopf der Rakete hat eine Zielgenauigkeit zwischen fünf und einhundert Meter. Welche Seite die »Totschka«-Rakete auch abfeuerte – es war ein weiterer Akt von Terrorismus

übelster Sorte. Um die erwarteten Attacken des russischen Heeres und seiner Luftwaffe abwehren und selbst Entlastungsangriffe führen zu können, braucht die Ukraine schwere Waffen. Westliche Systeme – beispielsweise der von Kiew immer wieder geforderte deutsche Schützenpanzer

»Marder« – sind für den Ad-hoc-Bedarf nicht geeignet. Die Ausbildung daran ist zu umfangreich, es gibt keine logistische Lösung für Ersatzteile und Munition. Daher schicken vor allem östliche Nato-Mitglieder einsatzbereite Waffensysteme, die noch aus den Zeiten des Warschauer Paktes stammen. Tschechien beispielsweise hat Züge mit T-72-Kampf- und BMP-Schützenpanzern beladen, S-300-Flugabwehrsysteme werden gerade von der Slowakei geliefert.

.) USA: Folgen von US-Atomtests. "Unsere eigenen Leute haben uns getötet" : <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/usa-strahlenopfer-101.html> - In der Wüste Nevadas führten die USA in den 1950er- und 1960er-Jahren Atomtests durch. Die Strahlung verteilte sich weit im Land. Viele, die danach an Krebs erkrankten, kämpfen bis heute um Entschädigung. Die Generation seiner Eltern sei gar extra auf die umliegenden Berge gestiegen, um die Atom-Explosionen in der Ferne besser bewundern zu können. Niemand habe sie gewarnt, auch nicht die Regierung. Heute stehen die Atomwaffen - nach dem Ende des Kalten Kriegs in den Hintergrund getreten - wieder weit vorne in der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Wenn Bill Reynolds in diesen Tagen die Nachrichten verfolgt, quält ihn das. Das Leid der Ukrainer, und auch die Sorge vor einem möglichen Atomschlag Russlands. "Ich will nicht, dass meine Kinder und meine Enkelkinder so etwas Schreckliches erleben. Ich bin bis auf den Krebs ein gesunder Mann, kein Herzproblem, nichts, aber die Strahlung von damals bringt mich jetzt um. Das ist schrecklich."

Die erste Atombombe überhaupt in der Wüste Nevada wurde unter dem religiösen Code gezündet : „Die heilige Dreifaltigkeit“ - das bedeutet: Gott Vater, Gott Sohn und Gott Heiliger Geist – alles männlich.

.) Age: »Sie erfinden jeden Tag neue Gesetze« : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162943.imperial-age-sie-erfinden-jeden-tag-neue-gesetze.html> - Die russische Band Imperial Age über ihren Neuanfang im Westen, Russophobie und Putins Propaganda. „Wir leben im 21. Jahrhundert!« Die russische Band Imperial Age bei einem Liveauftritt 2018 – in der Mitte Alexander Osipov, rechts daneben Jane Odintsova. Mehr lesen unter dem Link.

.) Amed: „Die Menschen suchen im Müll nach Essen“ : <https://anfdeutsch.com/kurdistan/amed-die-menschen-suchen-im-mull-nach-essen-31618> - Die Verbraucherpreise in der Türkei sind im März so stark gestiegen wie seit 20 Jahren nicht mehr, die Inflationsrate stieg auf 61,14 Prozent gegenüber dem

Vorjahresmonat. Das macht sich auch auf den Wochenmärkten in den kurdischen Provinzen bemerkbar.

.) Geschürter Massenhunger : <https://www.jungewelt.de/artikel/424354.welthunger-durch-krieg-gesch%C3%BCrter-massenhunger.html> - Durch den Ukraine-Krieg und die gegen Russland verhängten Sanktionen wird die ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln weltweit erheblich erschwert. Die Weizenpreise werden infolge des Krieges in der Ukraine weltweit drastisch steigen. In den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens kam es in der Vergangenheit immer wieder zu »Brotunruhen« (Bäckerei in einem Vorort von Kairo, 31. Januar 2022)

Wiebke Diehl schrieb an dieser Stelle zuletzt zusammen mit Ali Al-Dailami am 26. November 2019 über Geschichte und Hintergründe des Krieges im Jemen.

Der Ukraine-Krieg werde globale Auswirkungen haben, »die über alles hinausgehen, was wir seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt haben«, sagte David Beasley, Direktor des UN-Welternährungsprogramms (World Food Programme, WFP), vergangene Woche vor dem UN-Sicherheitsrat in New York. In der Ukraine selbst versorge das WFP derzeit etwa eine Million Menschen mit Nahrungsmitteln. Man gehe aber davon aus, dass die Zahl der Hilfsbedürftigen dort auf 2,5 Millionen, bis Ende Mai auf vier Millionen und bis Ende Juni gar auf sechs Millionen Menschen steigen werde.

Die Dimension der Krise reicht indes weit über die Ukraine hinaus: Für Deutschland hat das Statistische Bundesamt für den März eine Inflationsrate von 7,6 Prozent berechnet. So hoch wie seit 40 Jahren nicht mehr. Viele Wirtschaftsinstitute befürchten zudem, dass die Preissteigerungen noch deutlich zunehmen werden. Der Vizepräsident des Bauernverbands Schleswig-Holstein rechnet gar mit einer Verdopplung des Brotpreises auf bis zu zehn Euro pro Kilo.¹ Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen werden sich Sprit, Energie und Lebensmittel immer weniger leisten können und so zusehends vor existentielle Probleme gestellt. Dies gilt auch deshalb, weil die Preise für Nahrungsmittel schon vor dem Ukraine-Krieg in den vergangenen Jahren beständig gestiegen sind, Löhne und Sozialleistungen aber nur minimal angepasst wurden.

Um Leben und Tod geht es derweil für unzählige Menschen in Afrika und dem Nahen Osten, wo sich Preissteigerungen infolge des erheblichen Rückgangs von Produktion und Exportfähigkeit bei Grundnahrungsmitteln sowie durch drastisch steigende Energie- und Transportpreise ganz besonders fatal auswirken. Ursächlich ist der Ukraine-Krieg selbst, in dessen Folge in der »Kornkammer« Europas, zu der neben weiten Teilen der südlichen und östlichen Ukraine auch die angrenzenden Gebiete in Russland zählen, zumindest auf ukrainischer Seite kaum noch Getreide, Mais oder Raps angebaut werden können. Aber auch die erheblich verschärften, umfassenden Sanktionen gegen das wesentlich größere und exportstärkere Russland treffen den globalen Süden mit aller Härte. Es muss davon ausgegangen werden, dass sich

bereits bestehende Hungerkrisen verschärfen und vielerorts sogar zu Hungersnöten auswachsen werden.

Hungerkrisen und Hungersnöte.

Eine Hungersnot wird entsprechend der Integrated Food Security Phase Classification (IPC) des WFP, die von verschiedenen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen weiterentwickelt und verfeinert wurde, ausgerufen, wenn mindestens 30 Prozent der Kinder akut unterernährt sind, pro Person weniger als vier Liter Wasser am Tag zur Verfügung stehen, mindestens 20 Prozent der Bevölkerung weniger als 2.100 Kilokalorien am Tag zu sich nehmen können, kein eigenes Einkommen mehr erwirtschaftet werden kann und mindestens zwei von 10.000 Menschen pro Tag wegen Nahrungsmittelmangels sterben. Bis von einer Hungersnot gesprochen wird, müssen fünf Stufen der Hungerkrise durchlaufen sein. Phase fünf ist so extrem, dass sie nur selten erreicht wird. Die betroffene Bevölkerung kämpft jedoch schon in den vorhergehenden Stufen oft akut ums Überleben. Hungerkrisen und Hungersnöte entstehen durch Wetterextreme wie Dürren und die damit verbundene Zerstörung landwirtschaftlicher Erträge. Allein im Jahr 2020 haben die Folgen des Klimawandels 30 Millionen Menschen zu Vertriebenen gemacht. Vor allem Kriege und bewaffnete Konflikte aber zwingen Menschen zur Flucht, zerstören Märkte und stürzen ganze Bevölkerungen in Hungerkrisen und Hungersnöte. Sanktionen und hier insbesondere Wirtschaftssanktionen verschärfen solche Katastrophen immens. 60 Prozent der Hungernden leben nach Angaben des WFP in Gebieten, in denen Krieg und Gewalt herrschen, die zumeist von Rüstungsgüter exportierenden Staaten geschürt werden. Obwohl rechnerisch ausreichend Nahrungsmittel für die gesamte Weltbevölkerung vorhanden sind, leiden mehr als 820 Millionen Menschen weltweit Hunger. Anders gesagt: Jedem neunten Menschen stehen nicht ausreichend Lebensmittel zur Verfügung, um ein gesundes Leben zu führen. Und der Hunger nimmt tagtäglich zu – auch weil der Preisindex für Nahrungsmittel schon seit langem beständig ansteigt. Schon vor Beginn der Eskalation des seit 2014 schwelenden Krieges in der Ukraine hatten die globalen Preise für Nahrungsmittel einen Höchststand seit 2011 erreicht. Besonders sind sie im Zeitraum von 2007 bis 2008 sowie zwischen 2010 und 2011 gestiegen. Preise für Mais, Weizen und Reis haben sich in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten auf das doppelte und mehr verteuert. Dann ließen die SARS-CoV-2-Pandemie und die ihretwegen verhängten Maßnahmen wie Lockdowns, aber auch gesunkene oder ganz wegfallende Einkommen die Anzahl humanitärer Krisen weltweit sprunghaft ansteigen. Im Vergleich zu 2019 erhöhten sich die Preise, die Hilfsorganisationen für die von ihnen verteilten Lebensmittel bezahlen müssen, um 30 Prozent. Außerdem nahmen die Lieferkosten im gleichen Zeitraum um 42 Millionen US-Dollar pro Monat zu, schreibt das WFP auf seiner Webseite. Infolge des Ukraine-Kriegs und der verschärften Sanktionen gegen Russland sind sie inzwischen

gar um 71 Millionen US-Dollar pro Monat gestiegen.² Der Preis für Agrarrohstoffe erhöhte sich allein innerhalb eines Jahres um 20,7 Prozent, im ersten Pandemiejahr sogar um 31 Prozent. Bei Ölsaaten wie Raps musste gar doppelt soviel bezahlt werden, ähnlich sah es bei Mais aus.

Experten wie Hans-Heinrich Bass vertreten die Ansicht, dass auch das Verhalten der Finanzmarktinvestoren preistreibend wirkt.³ Steigende Erdölpreise haben zusätzlich extrem verschärfende Effekte. Es muss davon ausgegangen werden, dass infolge des Ukraine-Krieges und der Russland-Sanktionen die Zahl der von akutem Hunger Betroffenen noch deutlich über derzeit 267 Millionen anwachsen wird.

Abnehmende Spendenbereitschaft

Zugleich nimmt die Bereitschaft der Geberländer, für die Kosten der Versorgung der Hunger leidenden Bevölkerungen aufzukommen, beständig ab. In Syrien und dem Jemen mussten bereits Nahrungsmittelrationen gekürzt werden, weil weit weniger als 50 Prozent der benötigten Mittel gedeckt sind. Das Phänomen abnehmender Spendenbereitschaft verstärkt sich infolge des Ukraine-Krieges, denn die Regierenden der westlichen Industrienationen leiten Gelder an die ebenfalls notleidende ukrainische Bevölkerung um. Hinzu kommen immens steigende Ausgaben für die Aufrüstung des eigenen Militärs. Nicht zuletzt die zukünftige Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO und die gigantische Summe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr führen dazu, dass die Bundesregierung anderswo sparen wird. Im aktuell im Bundestag behandelten Haushaltsentwurf machen sich die Folgen deutlich bemerkbar: Ausgerechnet für das WFP sollen die Mittel um 56 Prozent sinken, für Krisenbewältigung und Wiederaufbau bereitgestellte Mittel um 40 Prozent. Bei einer jüngst für den Jemen abgehaltenen Geberkonferenz hat die Bundesregierung ihren Beitrag im Vergleich zum Vorjahr von 200 Millionen auf 110 Millionen Euro fast halbiert, obwohl der Bedarf laut Vereinten Nationen erheblich angestiegen ist.

Zwar rechtfertigt die Bundesregierung die drastischen Kürzungen der Beiträge ans WFP mit der während der Coronapandemie vorgenommenen Aufstockung, die man jetzt wieder zurücknehme, indem der Betrag also auf den Stand vor Corona gesetzt werde. Das ist aber alles andere als angemessen angesichts der Tatsache, dass die Folgen der Pandemie keinesfalls als bewältigt gelten können und zudem durch die aktuellen und zukünftigen deutlichen Preissteigerungen vielmehr eine weitere Erhöhung nötig wäre. In eindringlichen Worten warnen Hilfsorganisationen deshalb davor, Hungerkrisen weltweit im Zuge des Ukraine-Krieges zu vergessen.

Denn die globalen Auswirkungen machen sich bereits nach kurzer Zeit auf das schlimmste bemerkbar: Von »Schockwellen auf den Lebensmittelmärkten« infolge des Ukraine-Krieges spricht Corinne Fleischer, WFP-Generaldirektorin für den Nahen Osten und Nordafrika, und gelangt zu dem Schluss, die »Widerstandsfähigkeit der Menschen« sei »an einem Wendepunkt angelangt«. Jeder Haushalt in den

betroffenen Regionen werde getroffen, niemand verschont.⁴ So ist laut WFP Speiseöl in den vergangenen Wochen im Jemen um 36 Prozent, in Syrien gar um 39 Prozent teurer geworden. Im Libanon sei der Preis für Weizenmehl um 47 Prozent gestiegen, in Libyen seien es 15, in Palästina 14 Prozent. Der Nahe Osten und Nordafrika haben vor dem Krieg und der Verhängung der Sanktionen mehr als 50 Prozent ihres Getreidebedarfs besonders aus Russland, aber auch aus der Ukraine bezogen, Kenia sogar 70 Prozent. Der sich in der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seiner Geschichte befindliche Libanon deckte seinen Weizenbedarf zu 50 Prozent allein aus der Ukraine. Gerade die Länder des Nahen und Mittleren Ostens sind dafür bekannt, dass in der Vergangenheit »Brotunruhen« immer wieder zu schweren politischen Verwerfungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen geführt haben.

Die Bevölkerung im globalen Süden treffen die Preissteigerungen nicht nur besonders hart, weil ohnehin schon große Teile der Bevölkerung hungern. Ursächlich dafür ist auch, dass dort schon jetzt zwischen 60 und 100 Prozent des einem Haushalt zur Verfügung stehenden Geldes für Nahrungsmittel ausgegeben wird – im Vergleich zu im Schnitt etwa zwölf Prozent in Deutschland. Auch deshalb beteiligen sich unter dem Strich nur die westlichen Industrienationen an den Russland-Sanktionen. Ärmere Länder könnten sich dies schlichtweg nicht leisten, selbst wenn sie wollten.

Wichtigste Exporteure fallen aus

Aus der Schwarzmeerregion wurden vor der Eskalation im Ukraine-Krieg mehr als 30 Prozent des weltweit konsumierten Weizens, davon 20 Prozent allein aus Russland, und ein fast genauso hoher Anteil an Gerste exportiert. 20 Prozent der Sonnenblumen und ihres Öls kamen aus der Ukraine, aus Russland waren es gar 70 Prozent. Hinzu kommen unter anderem Raps und Mais. Russland ist zudem gemeinsam mit Belarus der weltweit größte Exporteur für Düngemittel. Wegen der schon vor dem Ukraine-Krieg und den verschärften Russland-Sanktionen, jetzt aber noch einmal deutlich stärker gestiegenen Preise für Düngemittel sind auch Länder in Lateinamerika wie etwa Brasilien, das weltweit größter Exporteur von Sojabohnen ist, betroffen und müssen ihre Produktion zurückfahren. Mit 200 Millionen Hektar gegenüber nur 17 Millionen Hektar in Deutschland verfügt Russland über riesige landwirtschaftliche Nutzflächen. Über am Schwarzen Meer gelegene Häfen wurden bislang Grundnahrungsmittel in alle Welt verschifft.

Aber jetzt werden Ausfuhren aus russischen Häfen durch die Sanktionen erheblich eingeschränkt. So steht etwa der wichtigste russische Exporthafen Noworossijsk, der zugleich Haupthafen der russischen Schwarzmeerflotte ist, auf westlichen Sanktionslisten. Auch wissen Händler nicht, wie sie angesichts der Sanktionen Weizen und andere Grundnahrungsmittel bezahlen sollen. Zudem wird die Schwarzmeerregion von der zivilen Schifffahrt aus Sicherheitsgründen gemieden. Die in ihrer Härte fast präzedenzlosen Sanktionen gegen Russland, die von Washington

vorgegeben und von den EU-Mitgliedstaaten in vorseilendem Gehorsam umgesetzt werden, sind vielfältig. Neben der Beschlagnehmung von Vermögen von reichen Russen, die vermeintlich, aber in den allermeisten Fällen nicht nachgewiesenermaßen Präsident Wladimir Putin unterstützen, und Sanktionen im Flugverkehr wurden Handel und Finanzbranche umfassenden Einschränkungen und Blockaden unterworfen. Besonders weitgehende Konsequenzen werden der Ausschluss von russischen Banken aus dem internationalen Zahlungssystem SWIFT und das Einfrieren von Devisenreserven der russischen Zentralbank haben. Westliche Firmen ziehen sich mehr und mehr aus Russland zurück. Die USA haben zudem einen Importstopp für russisches Erdöl und Gas verhängt, worauf sie allerdings viel weniger angewiesen sind als die EU-Staaten: So importierte Deutschland 2019 41 Prozent seines Erdgases, 27 Prozent seines Öls und sogar 47 Prozent seiner Kohle aus Russland.

Als Gegenmaßnahme hat Moskau inzwischen den Export von Getreiden bis Ende Juni teilweise gestoppt, wenn es auch auf der Grundlage einzelner Lizenzen Ausnahmen geben soll. Zucker und Zuckerstoff sollen gar bis Ende August nicht mehr ins Ausland verkauft werden. Für die Monate Februar und März wurde zudem ein Exportverbot für Ammoniumnitrat, das für die Herstellung von Stickstoffdünger benötigt wird, verhängt. Nachdem russisches Staatsvermögen in Höhe von mehr als 300 Milliarden US-Dollar konfisziert worden war, ordnete Putin an, dass russische Rohstoffe in Zukunft nur noch in der Landeswährung Rubel bezahlt werden können. Denn in den bislang üblichen westlichen Reservewährungen gebe es keine Eigentumssicherheit mehr. Zwar haben sich die G7-Staaten geweigert, dies zu akzeptieren. Aber dass Moskau insbesondere gegenüber Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten einen gewichtigen Hebel in der Hand hat, ist offensichtlich. Ebenfalls als Gegenmaßnahme gegen westliche Finanzsanktionen hat die russische Zentralbank den Verkehr von Geldern im Wert von gleichfalls 300 Milliarden US-Dollar für »unfreundliche Länder« eingegrenzt. Der Rubel hat sich nach einem ersten starken Verfall schnell wieder stabilisiert. Dennoch: Jeder, der in Russland über ein Konto verfügt, spürt die Auswirkungen westlicher Sanktionen. Von Visa oder Mastercard ausgestellte Bankkarten können nicht mehr verwendet werden, und es ist verboten, mehr als 10.000 US-Dollar abzuheben. Dies trifft allerdings auch im Ausland lebende Russinnen und Russen sowie Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner. Die Kaufkraft der russischen Bevölkerung ist gesunken, Waren sind aus den Geschäften verschwunden. Obwohl Moskau das russische Finanzsystem nach der Verhängung von Sanktionen 2014 infolge der russischen Annexion der Krim unabhängiger gemacht und ein eigenes Kreditkartensystem eingeführt hat, werden die Auswirkungen der Maßnahmen auf die russische Bevölkerung spürbar bleiben. Russland ruinieren.

Dass die gegen Russland verhängten Sanktionen tatsächlich als »friedenspolitische

Sanktionen«⁵ zu bezeichnen sind, also allein die Beendigung des Krieges gegen die Ukraine zum Ziel haben, ist mehr als fragwürdig. Denn wäre dies der Fall, müssten sich die Maßnahmen auf den militärischen Bereich beschränken und ein klares Ziel haben – nämlich die Beendigung des Krieges. Auch müsste ein Ende der Sanktionen definiert und explizit festgeschrieben werden, dass sie auslaufen, sobald Putin den Krieg stoppt. Statt dessen deutet einiges darauf hin, dass auch die gegen Russland verhängten Sanktionen dem alten, etwa aus Syrien, Kuba, Venezuela, dem Irak und dem Iran bekannten Drehbuch von Regime-Change-Versuchen folgen: Das Leid der Bevölkerung soll in einem Maße erhöht werden, auf dass die sich gegen die eigene Regierung erhebt und sie stürzt. Dafür sprechen auch zahlreiche Äußerungen von Regierenden in den westlichen Industrienationen. So will Bundesaußenministerin Annalena Baerbock Russland »ruinieren«. Und US-Präsident Joseph Biden verstieg sich jüngst während eines Besuchs in Polen zu der Aussage, Putin könne »nicht an der Macht bleiben«.

Allerdings haben Sanktionen das jeweilige Ziel – zumeist den Regime-Change – in den allerwenigsten Fällen erreicht. Im Gegenteil: Die getroffene Bevölkerung rückt zumeist näher an ihre Regierung, während letztere die politische Repression erhöht. Gerade an Erdöl und Erdgas reiche Länder sind noch nie durch Sanktionen in die Knie gezwungen worden. Auch Russland wird sein Öl und Gas woanders verkaufen können. Es sind ärmere Menschen, ob in Deutschland, anderen EU-Ländern oder Russland selbst, vor allem aber im globalen Süden, die erheblichen Schaden nehmen werden, was aber die Staaten, die Sanktionen verhängen, billigend in Kauf nehmen. Selbst sogenannte »Targeted sanctions«, also »gezielte« oder »individuelle« Sanktionen, sind in ihrer Wirkung keinesfalls so zielsicher wie behauptet. Viele, die sich heute freuen, wenn die Yachten russischer Oligarchen beschlagnahmt werden, sollten sich klarmachen, dass auch diese Form von Sanktionen in den meisten Fällen letztlich die Zivilbevölkerung trifft. Dies gilt, weil »Machteliten« sich das Geld, das ihnen genommen wird, oft aus der Staatskasse wiederaneignen. Aber auch, weil die »gezielten« Sanktionen, die äußerst willkürlich verhängt werden und denen in den allermeisten Fällen keine unabhängige Überprüfung der proklamierten Schuld des Sanktionierten vorausgeht und in deren Prozedere keine gangbaren Beschwerde- und Anfechtungsmöglichkeiten vorgesehen sind, sehr häufig nur eine Vorstufe zu Wirtschaftssanktionen darstellen. Von den gesellschaftlichen Verwerfungen, die sich in Form von in diesem Fall gegen Menschen russischer Herkunft begangenen Übergriffen und Drohungen sowie der bereits stattgefundenen Schändung sowjetischer Ehrenmale manifestieren, ganz zu schweigen.

Verantwortungslose Politik.

Am 14. März erklärte Caritas International anlässlich des 11. Jahrestags des Syrien-Krieges, »der Krieg in der Ukraine« habe »dramatische Auswirkungen auf die Versorgungslage in Syrien«. Die Preise seien in nur wenigen Tagen rapide gestiegen,

der Wert des syrischen Pfunds sei »kaum noch kalkulierbar«. Es zeige sich »wie unter einem Brennglas, welche drastischen Auswirkungen der Krieg auf die Ernährungssicherheit in vielen Ländern haben wird«. In Syrien leben bereits jetzt 90 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Verschuldet haben ihre aussichtslose Lage ebenfalls Wirtschaftssanktionen mit dem Ziel, einen Regime-Change herbeizuführen.

Laut einer im März veröffentlichten Studie des US-Instituts »Center for Global Development« werden die zu erwartenden weltweiten Preiserhöhungen mehr als 40 Millionen Menschen in extreme Armut stürzen.⁶ Wie viele – auch wegen der Russland-Sanktionen – den Hungertod sterben müssen, ist nicht abschätzbar. Zwar hat Präsident Putin angekündigt, Länder des globalen Südens könnten Importe aus Russland weiterbeziehen und in russischem Rubel bezahlen. Aber die oftmals von schweren Finanz- und Wirtschaftskrisen gebeutelten Länder, in denen ein großer Teil der Bevölkerung hungert, haben nahezu keine finanziellen Mittel, um selbst Nahrungsmittel zu beschaffen. Statt dessen sind sie auf die Unterstützung von Hilfsorganisationen angewiesen, die den Bestimmungen in ihren jeweiligen Herkunftsländern und damit auch den Sanktionsregimes unterliegen. Und auf UN-Ebene werden Washington und Brüssel dafür sorgen, dass etwa das WFP die von ihm verteilten Lebensmittel nicht in Rubel bezahlt.

Die ehemalige US-amerikanische Außenministerin Madeleine Albright befand noch Jahre später, dass die 500.000 Kinder, die durch die – zwar vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen, in ihrer Wirkung aber zweifellos völkerrechtswidrigen – Irak-Sanktionen getötet wurden, »den Preis wert« gewesen seien. Und das, obwohl das Ziel, Saddam Hussein zu stürzen, nicht erreicht wurde. Es sieht alles danach aus, dass auch der deutsche Bundeskanzler, die deutsche Außenministerin oder der US-amerikanische Präsident diese Frage eines Tages werden beantworten müssen. Dieses Mal allerdings wird sie sich nicht auf die Bevölkerung des sanktionierten Landes beschränken.

.) »Die Projekte werden nun durchgewinkt« :

<https://www.jungewelt.de/artikel/424479.viel-geld-f%C3%BCrs-milit%C3%A4r-die-projekte-werden-nun-durchgewinkt.html> -

Aufrüstung: Bundeswehr soll auch bewaffnete Kampfdrohnen bekommen. Warnung vor vollautomatischem Krieg. Ein Gespräch mit Karl-Heinz Peil. Der Verteidigungsausschuss des Bundestags hat vergangene Woche der Anschaffung von 140 bewaffneten Militärdrohnen des israelischen Modells »Heron TP« zugestimmt. Ohne die versprochene öffentliche Debatte erhält die Bundeswehr damit also Kampfdrohnen. Was sagen Sie zu diesem Vorgehen?

Von einer öffentlichen Debatte war in der vergangenen Legislaturperiode noch die Rede gewesen. Das erwies sich aber bei den tatsächlich erfolgten Online-Hearings

als Farce. Bereits bekannt war der Beschluss zur Beschaffung von sieben offiziell unbewaffneten israelischen »Heron TP«-Kampfdrohnen. Angesichts des von Bundeskanzler Scholz angekündigten »Sondervermögens« für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro kann das derzeitige Vorgehen aber nicht überraschen. Diese Entscheidung ist als Aufforderung zu verstehen, alle derzeit noch in der Diskussion befindlichen Rüstungsprojekte einfach durchzuwinken.

Im Eiltempo sollen nun 152,6 Millionen Euro für die Drohnen freigegeben werden. Die Begründung: Wegen des Ukraine-Krieges bestehe »dringender Bedarf«, die Bewaffnung der Drohnen »zeitnah« in Auftrag zu geben. Nur sollen die Drohnen erst binnen zwei Jahren geliefert werden. Ist der Verweis auf den Krieg also nur ein Vorwand?

Alle aktuellen Aufrüstungsprogramme erfolgen unter Vorwänden. »Dringender Bedarf« wird von der Bundesregierung tatsächlich an ganz anderer Stelle gesehen. Da die Anschaffung der »Heron TP« nur als Zwischenschritt zur Entwicklung der Eurodrohne angesehen wird, wird diese vor allem zur Gewinnung praktischer Erfahrungen angesehen, die man zu deren Einbindung in große Rüstungsprojekte wie FCAS (maßgeblich von Deutschland und Frankreich vorangetriebenes Luftkampfsystem, jW) benötigt.

.) Spiel mit Weltkrieg :

<https://www.jungewelt.de/artikel/424523.spiel-mit-weltkrieg.html>

Und

<https://www.jungewelt.de/artikel/424489.r%C3%BCstungsexporte-gr%C3%BCne-im-kriegsrausch.html> -

Olaf Scholz betont, seine Regierung habe als erste offiziell mit den Regeln für Rüstungsexport gebrochen. Die Auflage, keine Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete zu liefern, galt zwar noch nie – siehe Israel, Saudi-Arabien, Ägypten und andere –, aber sie erfüllte ihren Propagandazweck.

Seit dem 26. Februar, als die Bundesregierung offiziell erklärte, sogenannte nichttödliche Waffen in die Ukraine zu liefern, ist das anders. Ab dem 29. März sind nun auch schwere Waffen auf der Versandliste. Der Westen lehnte an diesem Tag den schriftlichen Entwurf der Kiewer Regierung für eine Vereinbarung mit Russland ab. US-Außenminister Antony Blinken erledigte das Papier mit der Bemerkung, es sei Sache der Ukraine zu beurteilen, ob es in den Gesprächen wirkliche Fortschritte gebe, die USA konzentrierten sich auf die Taten Russlands. Am darauffolgenden Wochenende folgten die Bilder aus Butscha und zwei Tage danach verlangte der Grünen-Vorsitzende Omid Nouripour im ZDF, ungenutzte »Marder«-Panzer in die Ukraine zu schicken. Im Lauf der vergangenen Woche eskalierte Kiew weiter: Es nahm das Dokument zurück und drängte auf »Waffen, Waffen, Waffen«, vor allem Panzer. Das lässt Rückschlüsse auf Mangel an Material und Munition zu: Das aus

sowjetischen Zeiten ist offenbar weitgehend zerstört oder verbraucht. Die Signale aus NATO und EU auf diese Forderungen entsprachen deren erklärtem Wunsch, das Töten und Sterben in der Ukraine um fast jeden Preis zu verlängern.

Nach den Äußerungen des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell vom Freitag, der Ukraine-Krieg werde nicht durch Sanktionen, sondern »in der Schlacht um den Donbass entschieden«, wurden die Grünen in der Bundesrepublik erneut ihrer Rolle als am meisten bellizistische Partei gerecht und verlangten schwere Waffen aus deutschen Beständen für die Ukraine. Kein Zufall, dass dies zeitgleich mit den Angeboten von Rheinmetall, »Leopard I«-Panzer zu liefern, geschah.

Die jetzige Grünen-Führung hat aus der Hetze für den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 gelernt. So wie damals der grüne Außenminister Joseph Fischer die Bilder vom angeblichen serbischen Massaker in Racak nutzte, um gemeinsam mit seiner US-Amtskollegin Madeleine Albright Diplomatie für gescheitert zu erklären und den Krieg zu starten, so wiederholt sich dieses Muster bei jedem Versuch des Westens, Waffenstillstand oder gar Frieden in der Ukraine zu verhindern. Das bedeutet, mit dem Weltkrieg zu spielen. Niemand weiß, wo die russische Führung jene Linie überschritten sieht, die NATO und EU zur Kriegspartei macht. Jeder gelieferte Panzer, jede Kanone bringt diesen Punkt näher. Die Grünen waren schon 1999 bereit, die Konfrontation mit der Atommacht Russland einzukalkulieren, denn es ging auch 1999 um den jugoslawischen Verbündeten. Deutsche Grüne sind ein Synonym für Kriegswahnsinn mit Methode.

.) Russischer Aktivist über seinen Protest: <https://taz.de/Russischer-Aktivist-ueber-seinen-Protest/15848482/> - „War auf das Schlimmste gefasst“, Der Menschenrechtler Oleg Orlow protestierte mitten in Moskau gegen den Krieg und kam glimpflich davon. Hier spricht er über die Aktion. taz: Herr

Orlow, Sie haben am Sonntag allein auf dem Roten Platz in Moskau protestiert. Auf Ihrem Schild stand: „Unser Unwille, die Wahrheit zu wissen, und unser Schweigen machen uns zu Mittätern von Verbrechen“. Mit welchem Ziel haben Sie das getan?

Oleg Orlow: Ich habe das Gefühl, dass wir Russen alle zu Komplizen eines schrecklichen Verbrechens werden. Das habe ich versucht meinen Mitbürgern zu vermitteln, als ich auf den Roten Platz ging. Ich appelliere an sie – an alle in Russland. Ich weiß, dass es eine Protestbewegung gibt, aber sie ist sehr klein, sehr schwach. Ich sehe, dass viele die Wahrheit nicht wissen wollen.

Woher kommt das?

Die Russen erkennen vielleicht tief in ihrem Inneren, dass etwas Furchtbares und Schreckliches passiert. Aber sie blenden es aus, täuschen sich absichtlich. Ich denke, es ist ähnlich wie in Deutschland im Dritten Reich: Die Menschen wussten zwar, dass es in ihrer Nähe Todeslager gab, aber sie wollten es nicht wahrhaben, sie haben bewusst die Augen verschlossen, weil sie wahrscheinlich dachten: Was können wir

tun? Was wird das schon verändern?

Darum schweigen sie?

Das Schweigen kommt sowohl vom Unwillen, etwas wissen zu wollen, als auch von der Angst. Es gibt Angst. Ich wollte den Russen mit meiner Aktion auch zeigen, dass man die Angst überwinden kann. Man muss raus, man muss sich artikulieren. Dies ist meine Botschaft an meine Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Kommt die Botschaft an?

Ich bin mir nicht sicher, ob sie meine Mitbürger erreichen wird. Ich bin mir auch nicht sicher, ob ich wirklich alles unternommen habe. Ich habe das ja wegen meiner eigenen Hilflosigkeit getan. Ich kann keinen Einfluss auf die schreckliche Ereignisse nehmen, aber ich habe mich für diesen Weg entschieden.

Sie sind bei dieser Aktion festgenommen worden.

Ja, die Polizei hat mich festgenommen und auf die nächste Polizeiwache gebracht. Insgesamt war das meine meine vierte Festnahme seit dem 24. Februar. Ich habe mit einem Strafverfahren gerechnet. Aber es wurde kein Strafverfahren eingeleitet. Das Erstaunlichste ist, dass sie auf meinem Plakat nichts gefunden haben, was ihrer Auffassung nach die Streitkräfte diskreditiert.

Sie sind selbst überrascht von dem Ausgang?

Ich kann mir nicht erklären, was dahintersteckt und warum es so gekommen ist. Man hat bei Leuten, die mit dem Slogan „Nein zum Faschismus“ auf die Straße gegangen sind, eine Diskreditierung der Armee festgestellt. Aber bei meinem Plakat sehen sie keine Diskreditierung der Streitkräfte. Stattdessen wirft man mir vor, gegen die Vorschriften für das Abhalten von Kundgebungen verstoßen zu haben, weil man ja auf dem Roten Platz keine Kundgebungen abhalten darf. Ich war auf das Schlimmste gefasst, aber man hat mich sehr sanft behandelt.

.) Nachrichten zum Ukrainekrieg: Möglicherweise Einsatz von Chemiewaffen / Berichte über Giftgas-Anschlag auf Mariupol – Die Kriegslage im Überblick :

<https://taz.de/-Nachrichten-zum-Ukrainekrieg-/!5848557/> -

Großbritanniens Außenministerin Liz Truss kündigt Untersuchungen an.

Großbritannien versucht Berichte zu verifizieren, wonach Russland bei einem Angriff auf die belagerte ukrainische Stadt Mariupol chemische Waffen eingesetzt haben soll. „Es gibt Berichte, dass die russischen Streitkräfte bei einem Angriff auf die Bevölkerung von Mariupol chemische Kampfstoffe eingesetzt haben könnten“, schrieb Außenministerin Liz Truss am Montagabend auf Twitter. Unterdessen wird die Situation der verbliebenen ukrainischen Soldaten in Mariupol offenbar immer schwieriger.

Wir arbeiten dringend mit Partnern zusammen, um die Details zu überprüfen“, erklärte Truss zu dem mutmaßlichen Chemiewaffeneinsatz. „Jeder Einsatz solcher Waffen wäre eine gefühllose Eskalation in diesem Konflikt, und wir werden Putin und

sein Regime zur Rechenschaft ziehen“, schrieb Truss weiter.

Der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, John Kirby, sagte am Montagabend, auch Washington habe unbestätigte Informationen über einen Chemiewaffenangriff in der strategisch wichtigen Stadt. „Wenn diese Informationen wahr sind, sind sie sehr besorgniserregend“, sagte er. Er verwies auf „Bedenken“ des US-Militärs, dass Russland „verschiedene Mittel“, „insbesondere Tränengas gemischt mit chemischen Kampfstoffen, in der Ukraine einsetzen könnte“.

Das ukrainische Asow-Bataillon, das in Mariupol kämpft, hatte am Montag im Messengerdienst Telegram erklärt, eine russische Drohne habe eine „giftige Substanz“ auf ukrainische Soldaten und Zivilisten abgeworfen. Betroffene hätten danach unter Atemproblemen und neurologischen Problemen gelitten.

Batallionsgründer Andrej Biletsky sagte in einer Videobotschaft: „Drei Menschen haben deutliche Anzeichen einer Vergiftung durch Kriegskemikalien, aber ohne katastrophale Folgen.“ AFP konnte die Angaben nicht verifizieren.

Der Vertreter der in Mariupol kämpfenden pro-russischen Separatisten, Eduard Basurin, hatte am Montag die Möglichkeit eines Chemiewaffeneinsatzes in der Stadt angesprochen. Demnach könnten die Separatisten sich „an chemische Truppen wenden, die einen Weg finden werden, die Maulwürfe in ihren Löchern auszuräuchern“, zitierte ihn die russische Nachrichtenagentur Ria Novosti. (afp)

? Österreichs Kanzler bei Putin

taz-[Korrespondent Ralf Leohnard](#) erörtert, was sich Österreichs Kanzler Karl Nehammer davon versprochen hat, das persönliche Gespräch mit Wladimir Putin gesucht zu haben.

Lage in

Mariupol weiter prekär

Knapp

sieben Wochen nach Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine ist die [militärische Lage in Mariupol prekär](#). Die verbliebenen ukrainischen Soldaten in der Stadt erklärten am Montag, sie bereiteten sich auf die „letzte Schlacht“ vor. Die Vorräte gingen aus und die Hälfte der Soldaten sei verwundet. Pro-russische Separatisten aus der Region Donezk meldeten zudem die Einnahme des Hafens von Mariupol.

Die ukrainischen Behörden gaben sich indessen kämpferisch. „Die Russen haben vorübergehend einen Teil der Stadt besetzt. Ukrainische Soldaten verteidigen weiterhin das Zentrum und den Süden der Stadt sowie die Industriegebiete“, sagte der stellvertretende Bürgermeister der Stadt, Sergej Orlow, der BBC. Die ukrainische Armeeführung erklärte unterdessen auf Telegram: „Die Verteidigung von Mariupol geht weiter.“ Die Verbindung zu den Truppen dort sei „stabil“. Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski forderte am Montagabend in einer Videoansprache mehr Waffen von seinen Verbündeten, um die „Blockade“ von Mariupol zu beenden. Nach dem Rückzug seiner Truppen aus der Region Kiew hatte Russland angekündigt, den militärischen Fokus verstärkt auf den Donbass zu richten. Ziel Moskaus ist laut

Experten die Errichtung einer direkten Landverbindung zwischen der 2014 annektierten Schwarzmeer-Halbinsel Krim und den von pro-russischen Separatisten kontrollierten Gebieten in den Regionen Luhansk und Donezk. Das am Asowschen Meer gelegene Mariupol gilt dabei als strategisch entscheidend.

Inzwischen ist die einst mehr als 400.000 Einwohner zählende Stadt weitgehend zerstört, die humanitäre Lage katastrophal. Selenski sprach in einer Videoansprache vor dem südkoreanischen Parlament von „mindestens zehntausenden“ Toten durch die russische Belagerung Mariupols.

Auch in anderen Städten im Osten des Landes gingen die Kämpfe weiter. Bei einem Angriff in Charkiw, der zweitgrößten Stadt des Landes, wurden nach Angaben des Regionalgouverneurs Oleg Syneubow acht Menschen getötet. (afp)

Selenski erwartet erneuten Angriff auf Mariupol

Die Ukraine bittet um mehr Waffen, um die Belagerung der Hafenstadt Mariupol zu beenden. In einer Fernsehansprache sagt der ukrainische Präsident [Wolodimir Selenski](#), die russischen Streitkräfte sammelten sich zu einem erneuten Angriff auf Mariupol und könnten dabei auch auf chemische Waffen zurückgreifen. „Wir sind bei den notwendigen Waffen immer noch auf Nachschub angewiesen. Leider bekommen wir nicht so viele, wie wir brauchen, um die Blockade von Mariupol aufzuheben und den Krieg schneller zu beenden.“ In Mariupol seien bereits Tausende Menschen gestorben. (rtr)

Unmut über

Wirtschaftssanktionen stärkt Putin

Die harten

Wirtschaftssanktionen des Westens gegen Kreml-Chef Wladimir Putin haben bei der russischen Elite einen neuen Trend ausgelöst – bisher pro-westlich eingestellte Russen sammeln sich nun hinter ihrem Präsidenten. „Putin hatte keine andere Wahl, als eine Invasion in die Ukraine anzuordnen, um uns vor den Angelsachsen zu bewahren“, sagt etwa Rita German. Die 42-jährige Werbeproduzentin war nach eigenen Worten bis vor Kurzem noch „liberal und anti-Putin“. Doch die nach der russischen Invasion in der Ukraine verhängten Sanktionen des Westens hätten ihr „die Augen geöffnet“, sagt sie.

Der Westen hat

Russland wegen der Invasion der Ukraine mit beispiellosen Strafmaßnahmen überzogen. Die westlichen Staaten hofften, dass die Sanktionen die Unterstützung für Putin im eigenen Land schwächen würden. Doch nun sieht es danach aus, als wenn das Gegenteil der Fall wäre. Nach dem ersten Schock haben viele Mitglieder der bisher pro-westlichen russischen Mittelklasse das Gefühl, dass sie vom Westen unfair behandelt werden – und scharen sich hinter Putin.

Durch die

jüngsten Sanktionen wurden die Russen ohne Unterschied getroffen. Verträge mit westlichen Unternehmen fielen ebenso weg wie geplante Urlaubsreisen nach Europa, Kreditkarten oder Medikamente aus dem Westen. Viele Mitglieder der Mittelklasse verstünden nicht, warum sie kollektiv die Folgen von Putins Vorgehen in der Ukraine tragen müssen, obwohl sie den Präsidenten nie gewählt haben, sagt die

Soziologin Natalja Tichonowa von der Russischen Akademie der Wissenschaften: „Die Dämonisierung der Russen als Nation durch Europa treibt sie nur dazu, sich hinter der Flagge zu versammeln.“ Als Putin seine Truppen in die Ukraine schickte, war Rita German gerade dabei, eine Werbekampagne für ein ukrainisches Unternehmen fertigzustellen. Im ersten Schock habe sie überlegt, Geld für die ukrainische Armee zu spenden, sagt sie. Dann habe sie zwei Wochen lang nachgedacht und sich angehört, was „Historiker und Geopolitik-Experten“ in Russland zur Ukraine sagten – und wurde zur Putin-Anhängerin. Normalerweise könne „niemand Krieg akzeptieren“, sagt die Werbefachfrau. In der gegenwärtigen Lage gehe es aber um die „Souveränität Russlands“: „Wir stehen unter Belagerung“, sagt sie mit Blick auf die Sanktionen. Auf „Coca Cola und iPhones“ könne sie verzichten – es gebe wichtigere „grundlegende Werte“. (afp)

83 Prozent der Russ:innen zufrieden mit Putin

In einer im März veröffentlichten Studie des unabhängigen Instituts Lewada äußerten sich 83 Prozent der Befragten mit Putins Arbeit zufrieden, im Dezember waren es noch 65 Prozent gewesen. Viele Soziologen weisen allerdings darauf hin, dass Umfragen in einer Kriegssituation kein objektives Bild vermitteln, da Kritik an der Regierung quasi verboten ist. Die letzten oppositionellen Medien wurden in den vergangenen Wochen verboten oder mussten den Betrieb einstellen. Die verbliebenen staatsnahen TV-Kanäle produzieren derweil fleißig Sendungen mit anti-ukrainischer und anti-westlicher Propaganda.

Zu Beginn des Ukraine-Konflikts wurden in Russland mehr als 15.000 Menschen bei Protesten festgenommen, inzwischen gibt es kaum noch Proteste. Zehntausende Russen, die meisten davon mit hoher Bildung, verließen das Land. Wer geblieben ist, muss sich mit den Folgen der Wirtschaftssanktionen arrangieren – und viele stimmen der vom Kreml verbreiteten Darstellung zu, der Westen führe einen „umfassenden Krieg“ gegen Russland.

Der 37-jährige Moskauer Alexander Nikonow glaubt, derzeit herrsche im Rest der Welt eine „anti-russische Hysterie“. Die Russen müssten daher zusammenstehen: „Dies ist nicht die Zeit für Zankereien.“ Selbst seine Kollegen, die noch vor kurzer Zeit offen regierungskritisch gewesen seien, seien nun verstummt.

Auch eigentlich Politik-ferne Prominente haben sich in die öffentliche Debatte eingeschaltet. Die Schauspielerin Marina Ermoschkina forderte russische Influencer beispielsweise auf, ihre Chanel-Handtaschen zu zerschneiden, um gegen den Russland-Boykott des Luxus-Modehauses zu protestieren – und veröffentlichte ein Foto, das sie selbst dabei zeigt, wie sie ein Chanel-Täschchen mit einer Gartenschere zerfetzt, um ein Zeichen gegen „Russophobie“ zu setzen.

„Der Wirtschaftskrieg, den der Westen gegen alle Russen unabhängig von ihren politischen Überzeugungen begonnen hat, vereint sie mehr als alle Kreml-

Propaganda der vergangenen Jahre“, sagt der Politologe Georgi Bowt. „Indem er die Nation nicht von ihrem Anführer unterscheidet, befördert der Westen die Entstehung eines neuen Staates vor seinen Grenzen: des Anti-Westens.“ (afp)

UN: Fast zwei Drittel aller ukrainischen Kinder auf der Flucht

Fast zwei Drittel aller ukrainischen Kinder sind seit Beginn der russischen Invasion in die Ukraine nach Angaben des UN-Kinderhilfswerks (Unicef) aus ihrem Zuhause geflohen. Die UN bestätigten bislang den Tod von 142 Kindern, wenngleich diese Zahl sicher viel höher sei, erklärte Unicef.

Der jüngst aus der Ukraine zurückgekehrte Nothilfekoordinator von Unicef, Manuel Fontaine, erklärte, die Entwurzelung von 4,8 Millionen der 7,5 Millionen ukrainischen Kinder in so kurzer Zeit sei etwas, dass er in so großer Geschwindigkeit in 31 Jahren humanitärer Arbeit nicht erlebt habe. Fontaine sagte, 2,8 Millionen Kinder seien innerhalb der Ukraine vertrieben, zwei Millionen seien in anderen Ländern.

Der ukrainische UN-Botschafter Serhij Kyslyzja gab an, Russland habe mehr als 121 000 Kinder aus der Ukraine gebracht und Berichten zufolge einen Gesetzentwurf erarbeitet, der Adoptionsverfahren bei Waisen und selbst solchen Kindern, die Eltern und andere Angehörige haben, vereinfachen und beschleunigen soll.

Die meisten Kinder wurden nach seinen Angaben aus der Hafenstadt Mariupol fortgebracht, in den Osten der Region Donezk und dann in die russische Stadt Taganrog. (ap)

Großhandelspreise nach Kriegsausbruch mit Rekordanstieg

Die deutschen Großhändler haben ihre Preise im März nach dem russischen Einmarsch in die [Ukraine](#) in Rekordtempo angehoben. Sie stiegen um durchschnittlich 22,6 Prozent zum Vorjahresmonat, wie das Statistische Bundesamt am Dienstag mitteilte. Ein größeres Plus hat es seit Beginn der Berechnungen 1962 nicht gegeben. Im Februar hatte es noch 16,6 Prozent betragen. Auch gestörte Lieferketten, etwa durch Corona-Ausbrüche in China, machen viele Waren teurer. Allein von Februar auf März zogen deshalb die Großhandelspreise um 6,9 Prozent an – auch das ist ein Rekordanstieg. Die Entwicklung gilt als Indikator für zukünftige Inflationstendenzen, da der Großhandel das Scharnier zwischen Herstellern und Endkunden darstellt und höhere Kosten am Ende meist bei den Verbrauchern landen.

Der hohe Anstieg geht auf stark gestiegene Preise für viele Rohstoffe und Vorprodukte zurück. „Da die Erhebung zum Stichtag 5. März 2022 erfolgte, dürften in den Ergebnissen auch bereits erste Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine sichtbar sein“, so die Statistiker. Mineralölerzeugnisse kosteten im Großhandel 70,2 Prozent mehr als im März 2021. Festen Brennstoffen (plus 61,9 Prozent) sowie Erze, Metalle und Metallhalbzeug (plus 55,8 Prozent) verteuerten sich ebenfalls sehr stark. Erheblich höher waren auch die Preise im Großhandel mit Getreide, Rohtabak, Saatgut und Futtermitteln (+43 Prozent), mit Roh- und Schnittholz (plus 42,5

Prozent) sowie mit chemischen Erzeugnissen (plus 40,1 Prozent). Für Milch, Milcherzeugnisse, Eier, Speiseöle und Nahrungsfette mussten 22,6 Prozent mehr bezahlt werden.

Der Großhandelsverband BGA befürchtet weiter steigende Preise, weil die Lager sich leeren könnten und der Nachschub nach dem russischen Angriff auf die Ukraine in manchen Fällen nicht mehr funktioniere. Neben der starken Abhängigkeit im Energiebereich könnten davon Aluminium-Produzenten und der Lebensmittelhandel betroffen sein. Auch Zellstoffe könnten knapp werden, also etwa Toilettenpapier und Küchenrollen. Knappheiten führten zwar nicht automatisch zu leeren Regalen, so der BGA. Oft könnten Produkte aber nur zu höheren Preisen und mit längeren Lieferzeiten anderweitig als aus der Ukraine oder [Russland](#) bezogen werden. (rtr)

.) Dieser Krieg wird auf dem Schlachtfeld gewonnen: Es gibt ja einen heftigen Meinungskampf über den Krieg in der Ukraine - im angehängten Artikel werden die beiden Positionen dargestellt Eine klare Position hat die Wagenknecht hier:

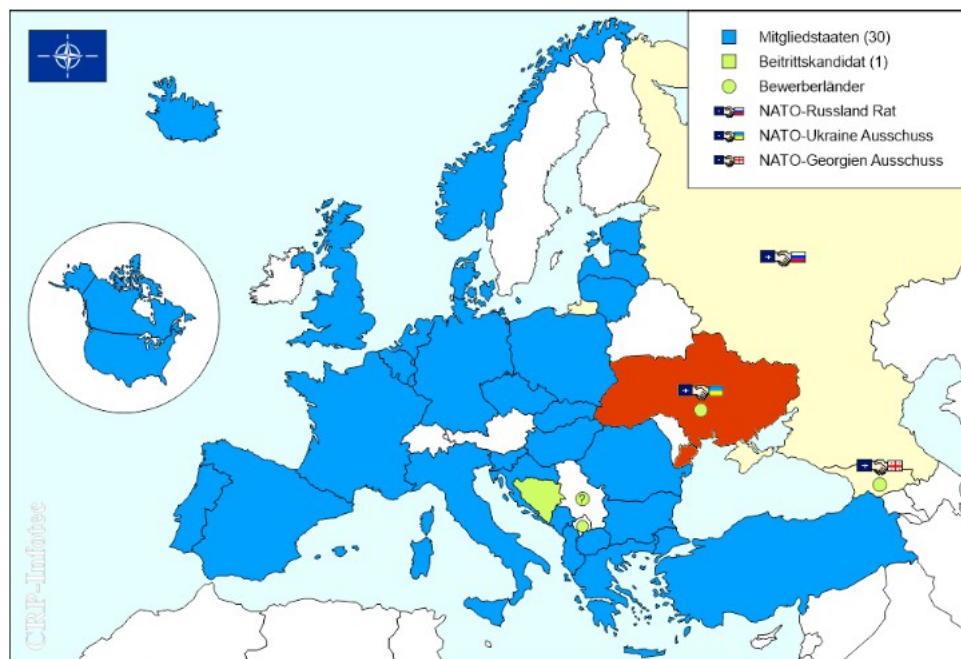
<https://www.youtube.com/watch?v=HEzT9HKj6D8> - und hier noch weitere Infos:

DLF: Gestern hat Frau Baerbock versprochen, der Ukraine Offensivwaffen zu liefern, weil es jetzt auf KREATIVITÄT ankomme!

<https://lostineu.eu/neues-vom-wirtschaftskrieg-24-opec/>

Die Friedensunion und ihr erster Krieger: Borell!

<https://krass-und-konkret.de/politik-wirtschaft/eu-aussenbeauftragter-borrell-dieser-krieg-wird-auf-dem-schlachtfeld-gewonnen-werden/>



Blau = Nato-Mitglieder am 1.1.2022. Rot = Ukraine (ohne Krim). Gelb = Russland ©

[richter-publizistik](#)

Die Verteidiger der US-Vorherrschaft und die «Putin-Versteher»

[Urs P. Gasche](#) / **Die zwei unversöhnlichen Positionen: 1. «Putin keinen Meter nachgeben!» – 2. «Nato weg von den Grenzen Russlands!»**

Wie bei jedem Krieg stellt sich die Frage, wie es zum Krieg kommen konnte, und ob die russische Invasion der Ukraine nicht hätte verhindert werden können.

Putin hat von der Nato verlangt, die Ukraine nicht als Mitglied aufzunehmen und dort keine Raketen an der Grenze zu Russland aufzustellen, wie es die Nato bereits in den baltischen Ländern, Polen und Rumänien tat.

Im Vordergrund stehen zwei Fragen:

Haben «Putin-Versteher» den Krieg mitverschuldet, weil sie gegen eine stärkere Aufrüstung Westeuropas waren, und weil sie unterschätzten, wie gefährlich der russische Präsident ist?

Hätte ein Nachgeben der Nato und eine Ukraine ohne schwere Waffen Russland vom Krieg abhalten können?

Der Angriffskrieg Russlands sei der Beweis dafür, dass all jene Russland-Kenner, Historiker und Politiker falsch lagen, die davor warnten, dass die Osterweiterung der Nato den Frieden gefährde. Der Krieg entlarve sie jetzt als «naive Putin-Versteher», sagen die Nato, viele Militärs, Politiker und Medien.

Stimmen, welche die Osterweiterung der Nato als mitverantwortlich für den Krieg halten, kommen in grossen Medien kaum mehr zu Wort. «Die Osterweiterung war kein Fehler» titelte der Tages-Anzeiger am 25. März über fünf Spalten.

Im Folgenden stellen wir zuerst die Sichtweise jener vor, welche in der Nato-Osterweiterung keine Bedrohung Russlands und keinen möglichen Grund des Krieges sehen. Anschliessend fassen wir die Sichtweise derer zusammen, die überzeugt sind, dass es ohne Osterweiterung zu diesem fürchterlichen Krieg höchstwahrscheinlich nicht gekommen wäre.

Der Autor dieses Artikels neigt zur zweiten Sichtweise.

1. «Es geht darum, wer gewinnen wird: die Demokratien oder die Autokratien»

Aus der ersten Sichtweise gab es für Russland keinen Grund, die Ukraine anzugreifen. Die Ukraine hat das Recht, Mitglied der Nato zu werden. Die Nato-Osterweiterung diente als Vorwand. Vielmehr träumt ein verrückt gewordener und unberechenbarer Diktator von der Restaurierung der Sowjetunion.

«Putin will das russische Reich wiederaufleben lassen.»

NZZ 5.3.2022

«Nationalistische Grössenphantasien»

NZZ 10.3.2022

«Putin ist ein lupenreiner Faschist.»

Untertitel eines Gastbeitrags in der NZZ vom 10. März

«Imperiale Macht» ist für Putin viel wichtiger als Freiheit.

Die «primitive Logik des Tyrannen» lautet «Freiheit gegen Unfreiheit, internationale Regeln gegen Aggression, Freund gegen Feind.»

Leitartikel von NZZ-Chefredaktor Eric Gujer am 5. März

«Die Osterweiterung der Nato hat die baltischen Staaten und wahrscheinlich ganz Osteuropa vor Russland gerettet»

Hillary Clinton am 28. März in der New York Times

«Die Osterweiterung war das Erfolgreichste der US-Aussenpolitik der letzten dreissig Jahre.»

Historikerin Anne Applebaum

Nach dem Überfall auf die Ukraine ist eine neue Sicherheitslage entstanden. Sie macht es nötig, dass die europäischen Nato-Länder aufrüsten. Die baltischen Staaten, Finnland, Polen, Rumänien und die Moldau fühlen sich zurecht bedroht. In der NZZ vom 25. März forderte der frühere Chef des Schweizer Nachrichtendienstes Peter Regli «eine stärkere Anbindung an die Nato». Die Schweiz muss die F-35-Kampfflieger in einem beschleunigten Verfahren beschaffen.

Man darf Putin auf keinen Fall mit einem Angebot entgegenkommen, damit dieser ohne grösseren Gesichtsverlust einem sofortigen Waffenstillstand zustimmen kann – selbst wenn das Angebot für die Ukraine und den Westen zumutbar wäre. Denn erstens ist es falsch, einem Despoten auch nur einen Schritt entgegenzukommen, und zweitens wird Putin sowieso nicht darauf einsteigen. Es macht keinen Sinn mehr, mit Russland politisch, wirtschaftlich und kulturell zusammenzuarbeiten.

«Nur eine Niederlage der russischen Truppen kann das Gemetzel stoppen.»

Fünfspaltiger Titel in der NZZ vom 18. März

«Es geht darum, wer gewinnen wird: Die Demokratien oder die Autokratien.»

US-Präsident Joe Biden am 25. März in Polen

«In diesem epochalen Konflikt zwischen Demokratie und Autokratie geht es letztlich darum, ob Freiheit und Menschenrechte obsiegen oder Unterdrückung, Gewalt und Einsperrung.»

Peter Wanner, Verleger des AZ-Medienkonzerns, in der Schweiz am Wochenende vom 19.3.2022

«Klassentreffen der Demokraten»

Titel im Tages-Anzeiger vom 25. März über einem Bericht zum Nato-Sondergipfel in Brüssel

«Der Kremlchef wagt sich so weit wie kein anderer Despot. Sein Angriff auf die Ukraine trägt die Tyrannei ins Ausland, offen, unverblümt, hemmungslos.»

NZZ-Auslandredaktor Fabian Urech am 17. März

Putin hat den Krieg gegen die Ukraine bereits seit 2014 gezielt vorbereitet. Er träumte schon immer von der Wiederherstellung der zerbrochenen Sowjetunion und will die imperialistische Tradition der Zaren fortsetzen (Eric Gujer, NZZ vom 2.4.202). Diejenigen, welche die Osterweiterung der Nato kritisierten, haben sich getäuscht. Auch «Spitzenpolitiker und Wirtschaftsführer», welche die Nato-Osterweiterung in Frage stellten und den Bau der Nordstream-2 befürworteten, haben sich «als naive Verharmloser und nützliche Idioten gebärdet» (Lucien Scherrer, NZZ vom 28. März). Das Gleiche gilt für etliche Journalisten. «Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel agierte sehr lange zu nachsichtig gegenüber dem russischen Staatschef Wladimir Putin», schrieb die NZZ am 1. April auf der Frontseite.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist nicht vergleichbar mit den Kriegen, welche die Nato gegen Afghanistan oder gegen Serbien lostrat. Und ebenso wenig mit dem Krieg der USA gegen den Irak oder mit dem von den USA unterstützten Krieg von Saudi-Arabien gegen Jemen. Denn die USA und die Nato verteidigen mit ihrem Hegemonieanspruch Freiheit und Demokratie rund um den Globus sowie die liberale Weltordnung (NZZ vom 29. März), während das imperialistische Russland Osteuropa und die früheren Länder der Sowjetunion und des Warschauer Paktes wieder unter seine totalitäre Kontrolle bringen möchte. Als Präzedenzfall dienen Tschetschenien, Abchasien und Südossetien.

Der Hegemonie-Anspruch der USA auf Mittel- und Südamerika (Monroe-Doktrin) ist nicht mit einem russischen Sicherheitsbedürfnis zu vergleichen. Denn den USA geht es nicht um Machtpolitik, sondern um den Schutz der freien Welt (NZZ vom 29. März), während Russland seine «Tyrannei ins Ausland tragen» will (NZZ vom 17. März).

2. Ohne Nato an den russischen Grenzen wäre es wahrscheinlich nicht zum Krieg gekommen

Wer den Westen mitverantwortlich macht für die ständige Verschlechterung der Beziehungen zu Russland seit Ende der 1990er Jahre, Beziehungen, die jetzt in

diesen Krieg kulminierten, wird als «Putin-Versteher» (u.a. NZZ vom 30. März) zum Schweigen gebracht. Diese «Putin-Versteher» mit ihrer anderen Sichtweise kommen in den grossen westlichen Medien seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine kaum mehr zu Wort.

Diese Sichtweise sei hier ebenfalls vorgestellt.

Nachdem die Nato im Jahr 1999 die baltischen Staaten, Polen, Tschechien und Ungarn in ihr Bündnis aufgenommen hatte, erklärte es Moskau zur roten Linie, dass auch noch Georgien oder die Ukraine der Nato beitreten. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz von [2007 machte Putin seine Sorge und seinen Ärger öffentlich](#). Er stellte klar: Die Nato-Osterweiterung ist eine Bedrohung der nationalen Sicherheit Russlands.

Seine Worte blieben ungehört.

Die Nato akzeptierte keine rote Linie Russlands und machte der Ukraine vielmehr ein Beitritts-Angebot. Die Ukraine schrieb das Ziel eines Nato-Beitritts sogar in die Verfassung. Darauf stufte Russland die Nato und die Ukraine in einer [neuen Militärdoktrin](#) als Gefahr für die russische Sicherheit ein. Man erinnerte sich in Russland an den [Nato-Angriff auf Serbien](#) im Jahr 1999 und an den seit Jahren geführten [Krieg der Nato in Afghanistan](#).

Die «Europäische Sicherheitscharta der OSZE verpflichtet die Staaten «gegenseitige Sicherheitsinteressen zu respektieren und die Sicherheit nicht zu Lasten anderer Staaten zu stärken».

Obwohl der Beitritt der Ukraine zur Nato erst eine beidseitig verkündete, aber noch nicht realisierte Absicht war, liess die Ukraine nach dem Regierungswechsel 2014 und der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim ihr Militär von der Nato ausbilden, rüstete auf und nahm an Nato-Manövern teil. Nach Angaben der NZZ vom 14. Februar bildeten Nato-Offiziere 10'000 ukrainische Soldaten aus. Über drei Milliarden Dollar gaben die USA seit 2014 für Ausbildung und Ausrüstung der ukrainischen Streitkräfte aus. Russland musste befürchten, dass die Ukraine versucht, die Krim und die Separatistengebiete im Donbass militärisch zurückzuholen.

Die von der Nato unterstützte Ukraine drohte im Osten zu nahe zu kommen und im Schwarzen Meer die Russen zu vertreiben.

Für Russland war die rote Linie überschritten.

Russland wollte nicht warten, bis die Ukraine voll aufgerüstet ist. Und noch weniger wollte Russland warten, bis auf der ukrainischen Seite der 2000 Kilometer langen

gemeinsamen Grenze atomar bestückbare Raketen und Raketenabwehrsysteme einsatzfähig sind.

Russland entschied sich schliesslich, mit grossen Militärmanövern an der Grenze zur Ukraine eine Drohkulisse aufzuziehen. Während Wochen verlangte Putin ultimativ, die Ukraine müsse auf einen Beitritt zur Nato verzichten. Auch müsse die Ukraine das [Nazi-Bataillon](#), das mit dem Segen der Kiewer Regierung namentlich im Donbass wütete, oder auch die [Neo-Nazi-Gruppe C14](#) kaltstellen. Auf beide Forderungen gingen Selensky und die Nato nicht ein, sondern wiederholten unablässig, jedes Land habe das Recht, der Nato beizutreten. Doch aus Sicht Russlands ist die Nato mit Raketenstellungen an seinen Grenzen eine existenzielle Bedrohung.

Auch die USA verteidigen ihre Hemisphäre

Eine Politik der Einkreisung mit modernsten Waffen eines Gegners unmittelbar an den Landesgrenzen akzeptiert keine Grossmacht. Seit zweihundert Jahren setzen die USA die [Monroe-Doktrin](#) bis heute durch: Nicht nur in Nachbarstaaten, sondern in ganz Mittel- und Lateinamerika wird keine feindliche Rakete geduldet.

Die USA würden nicht warten, wenn Kuba oder selbst das weit entfernte Venezuela Russland oder China erlauben würde, in ihrem Land Raketen zu stationieren.

Selbst ohne Bedrohung durch feindliche Raketen bestrafen die USA in ihrem Hegemoniebereich Länder, wenn sie sich sozialistisch gebärden und US-Konzernen keinen freien Zugang gewähren. Die Uno-Generalversammlung verurteilt die Blockade und die Sanktionen der USA gegen Kuba Jahr für Jahr, im Jahr 2021 [mit 184 zu 2 Stimmen](#) der USA und Israels. Nur Brasilien, Kolumbien und die Ukraine enthielten sich. Diese Abstimmungen sind den westlichen Leitmedien kaum eine Zeile wert. Die USA stürzten selbst demokratisch gewählte Regierungen wie diejenige in Chile oder Panama und ersetzten sie durch eine Militärdiktatur. «Einflussphären von Grossmächten sind rund um den Globus eine Realität», sagt [Peter Beinart](#), Associate Professor für Journalismus und Politikwissenschaften an der City University of New York. Nur wenn die USA auch die Einflussphäre Russlands respektieren, sei garantiert, «dass der russische Einfluss die Ukraine nicht zerstört und dass Europa nicht in einen Krieg hineingezogen wird» (siehe [Infosperber vom 28.1.2022](#)). Das ist jetzt passiert: Russland zerstört die Ukraine.

[Herfried Münkler](#), lange Professor für Politikwissenschaften an der Berliner Humboldt Universität erklärte zur Ukraine:

«Man kann feststellen, dass die Russen so etwas wie Einkreisungsängste haben. Diese haben schon immer bei der Entstehung von Kriegen eine bedeutende Rolle

gespielt. Ein Mittel dagegen sind Pufferzonen. Sie dienen einer gewissen Stabilität und schaffen Flexibilität bei Verhandlungen zwischen Grossmächten.»

[George F. Kennan](#), US-Diplomat mit Stationen in Moskau, Riga, Tallinn und Berlin und in der Folge Geschichtspräsident an der Princeton University, warnte bereits 1997 – also noch bevor Polen, Tschechien und Ungarn in die Nato aufgenommen wurden: «Eine Erweiterung der Nato wäre der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der gesamten Ära nach dem Kalten Krieg. Es ist zu erwarten, dass eine solche Entscheidung die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der russischen Meinung anheizt ... Die Russen sind wenig beeindruckt von den amerikanischen Versicherungen, eine Erweiterung der Nato finde ohne feindselige Absichten statt. Sie würden ihr Prestige (das in der russischen Meinung immer an erster Stelle steht) und ihre Sicherheitsinteressen als beeinträchtigt ansehen.»

[Henry Kissinger](#), langjähriger US-Aussenminister, warnte vor einer verhängnisvollen Politik des Westens. Um die Sicherheitsinteressen Russlands zu respektieren, schlug Kissinger am 5. März 2014, wenige Tage vor der völkerrechtswidrigen Sezession der Krim, in der Washington Post vor (wörtliche Übersetzung):

Die Ukraine sollte das Recht haben, ihre wirtschaftlichen und politischen Verbindungen frei zu wählen, auch mit Europa.

Die Ukraine sollte nicht der Nato beitreten, eine Position, die ich 2007 vertrat, als dieses Thema das letzte Mal zur Sprache kam.

Es sollte der Ukraine freistehen, eine Regierung zu bilden, die mit dem ausdrücklichen Willen ihres Volkes vereinbar ist. Auf internationaler Ebene sollten sie eine Haltung einnehmen, die mit der Finnlands vergleichbar ist. Dieses Land lässt keinen Zweifel an seiner starken Unabhängigkeit aufkommen und arbeitet in den meisten Bereichen mit dem Westen zusammen, vermeidet aber sorgfältig eine institutionelle Feindschaft gegenüber Russland.

(Vollständige Ausführungen Kissingers auf Deutsch [hier](#))

[John Mearsheimer](#), Politik-Professor von der University of Chicago äusserste im Jahr 2015 ähnliche Befürchtungen wie Henry Kissinger und schlug «im Interesse der Ukraine, der USA und Russlands» eine neutrale Ukraine vor. «Man stelle sich die Empörung in Washington vor, wenn China ein mächtiges Militärbündnis schmiedet und versuchen würde, Kanada und Mexiko dafür zu gewinnen.» ([«The Causes and Consequences of the Ukraine Crisis»](#)).

Die frühere ARD-Moskalkorrespondentin [Gabriele Krone-Schmalz](#), die über Russland

mehrere Bücher schrieb, räumte ein, dass sie mit einem Angriffskrieg auf die ganze Ukraine nicht gerechnet habe. Doch sie denkt «nach wie vor, dass die Nato-Osterweiterung und die Missachtung russischer Sicherheitsinteressen stark dazu beitragen, dass wir uns heute einem Russland gegenübersehen, das uns als Feind betrachtet». Krone-Schmalz gibt zu bedenken, «dass wir diesen Putin mitgeschaffen haben».

Es ist nachvollziehbar, dass die baltischen und osteuropäische Staaten die Sicherheit der Nato anstrebten. Doch seit 1989 gab es keine Anzeichen dafür, dass Russland diese Staaten militärisch bedroht. Die Osterweiterung der Nato war von Beginn weg ein Fehler. Hätte der Westen die russischen Sicherheitsbedürfnisse respektiert, wäre die Geschichte anders verlaufen.

Deshalb ist der fürchterliche Krieg in der Ukraine schon gar kein Beweis dafür, dass die Angst vor Putin schon immer berechtigt war, und dass die politischen und militärischen Falken recht hatten.

Einige Profiteure des Krieges ...

Auch in einem Krieg gibt es Profiteure:

- Die USA als Weltmacht, weil es auf absehbarer Zeit keine Annäherung zwischen der EU und Russland gibt;
- Alle Grosskonzerne der USA und anderswo, die an der Herstellung von Rüstungsgütern beteiligt sind;
- Die Fracking-Industrie in den USA. Sie wird dank höheren Erdöl- und Erdgaspreisen und dank mehr Exporten nach Europa wieder äusserst profitabel.
- Russland, das sich in der Ostukraine Bodenschätze sichert.

... und einige Verlierer

- Kriegsoffer und ihre Angehörigen sowie 44 Millionen Menschen in der Ukraine, die ein zerstörtes Land wieder aufbauen müssen und wahrscheinlich den Zugang zu wertvollen Rohstoffen verlieren.
- Klimakrise: Statt genügend Ressourcen für Klimamassnahmen zu bündeln, werden Abermilliarden für Krieg, Aufrüstung, Zerstörung und Wiederaufbau verwendet. Der Krieg selber erhöht die CO2-Belastung.
- Hungerkrise: Stark steigende Weizen-, Mais- und Düngemittelpreise führen namentlich in Afrika zu mehr Hunger, politischen Unruhen und mehr Flüchtlingen.
- Finanzkrise: Die Notenbanken FED und EZB können sich zu Zinserhöhungen gezwungen sehen. Das treibt einige Länder und einige Finanzinstitute in den Ruin – mit unabsehbaren politischen und sozialen Folgen.

- Alle sozial und wirtschaftlich Schwachen weltweit und in Europa: Sie werden unter den Preissteigerungen von Benzin, Gas, Heizöl und Grundnahrungsmitteln am meisten leiden.

.) **Ein Meinungsbeitrag von Kai Ehlers** : <https://www.nachdenkseiten.de/?p=82890#more-82890>

- Der Krieg in der Ukraine erschüttert die Welt gegenwärtig mehr als andere gleichzeitig stattfindende Kriege. Warum? Weil er mitten in Europa stattfindet? Weil er wie aus heiterem Himmel fällt? Weil Wladimir Putin den Frieden, den der Westen für die Welt sichern will, mit Füßen tritt? Die Empörung über den völkerrechtswidrigen russischen Einmarsch in die Ukraine schlägt höchste Wellen. In Zukunft, heißt es, könne Frieden und Sicherheit nicht mehr mit, nur noch gegen Russland gesichert werden. Ein gigantischer Sanktionsfeldzug gegen Russland, eine Aufrüstungsspirale ohne Gleichen, eine schon ans Rassistische grenzende Ausgrenzung alles Russischen wurde in Gang gesetzt. Wem nützt das? Von Kai Ehlers.

Halten wir doch für einen Augenblick inne: War es denn wirklich so, dass der Westen, die EU, speziell auch Deutschland, seit dem Ende der Sowjetunion alles dafür getan hat, mit Russland anstelle des zusammengebrochenen Systems des „Kalten Friedens“ eine neue Sicherheitsarchitektur für einen dauerhaften Frieden aufzubauen, wie von Russland immer wieder vorgeschlagen? Warum musste die Ukraine zwischen Europäischer Union und Eurasischer Union mit Russland zerrissen werden?

Warum muss die NATO bis in die Ukraine vordringen? Warum kann die Ukraine nicht das sein, was sie aus ihrer geschichtlichen Natur als Durchzugsraum zwischen Osten und Westen, zwischen Norden und Süden sein könnte: eine Brücke, die in ihrer kulturellen, geschichtlichen und geistigen Vielfalt Russland und Europa verbindet?

Über diese Fragen könnten wir miteinander sprechen, statt uns an der Vertiefung der ohnehin schon entstandenen Gräben zu beteiligen und der Hysterie der ideologischen und materiellen Aufrüstung zu verfallen.

Steinmeiers geschichtsvergessene Selbstkritik

Zum besseren Verständnis dessen, was die Zeit von Menschen jetzt fordert, denen das Bauen von Brücken am Herzen liegt, wird es gut sein, sich zu vergegenwärtigen, was der deutsche Bundespräsident Steinmeier nach den Ereignissen in Butscha, offenbar getrieben von der militanten Agitation des ukrainischen Botschafters Andrij Melnyk, glaubte die Öffentlichkeit wissen lassen zu müssen – selbstkritisch, wie er es wohl verstanden haben möchte, nämlich: Er habe sich in Putin geirrt.

Wörtlich erklärte er: „Wir sind gescheitert mit der Errichtung eines gemeinsamen europäischen Hauses, in das Russland einbezogen wird. Wir sind gescheitert mit

dem Ansatz, Russland in eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur einzubinden.“ (FAZ, 5.4.2022) Das klingt nach radikaler Selbstkritik, abgesehen davon, auf wen sich das „wir“ abstützt. Aber radikal ist an dieser „Selbstkritik“ nur die Verkehrung der tatsächlichen Entwicklung und die bigotte Selbstvergessenheit der Rolle, die Steinmeier selbst als Mitglied der deutschen Politik in dieser Entwicklung eingenommen hat.

War es denn nicht Michail Gorbatschow, der 1989 den Vorschlag des „europäischen Hauses“ machte? War es nicht Boris Jelzin, der in die NATO eintreten wollte? War es nicht Wladimir Putin, der anbot, die nach dem Ende der Sowjetunion aufgelöste Sicherheitsordnung des Kalten Krieges durch ein Sicherheitsabkommen für ganz Eurasien zu erneuern? Waren es nicht Putin und sein Interimsnachfolger Dmitri Medwedew, die seitdem immer aufs Neue den geradezu schon zum Kanon gewordenen Vorschlag einer „Sicherheitsarchitektur von Wladiwostok bis Lissabon“ an die NATO, den „Westen“ herantrugen? War es nicht Russland, das diese Vorschläge vor der jetzigen Eskalation noch einmal, zuletzt auch ultimativ vortrug? Und sind nicht all diese Bemühungen, die von russischer Seite kamen, schlicht gekontert worden durch die NATO-Erweiterungen, durch die EU-Erweiterungen bis an die Grenzen Russlands, durch die Unterstützung bunter Revolutionen bis hin zur Förderung der putschartigen Übernahme der Ukraine durch die Maidan-Rechte 2014 und die sich daran anschließende Blockierung einer Umsetzung der Minsker Beschlüsse seitens der von der deutschen Bundesregierung, der NATO und den USA geförderten Kiewer Regierung? Da hätte niemand „eingebunden“ werden müssen, man hätte nur bereit sein müssen, die Vorschläge aufzugreifen und die neue Ordnung, welche die Sicherheitsbedürfnisse Russlands und der EU berücksichtigt, auf Augenhöhe miteinander auszuhandeln.

Aber nun ist aus dem ukrainischen Bürgerkrieg, der seit dem Maidan 2014 als „antiterroristische Aktion“ von Kiew her gegen den Osten des Landes geführt wird, ein veritabler Krieg geworden, der die Neuordnung Europas, darüber hinaus Eurasiens als Ganzem und weltweit zu chaotisieren droht.

Halten Sie ein!, kann man da nur dem zur Selbstkritik bereiten deutschen Präsidenten und der gegenwärtigen deutschen Regierung zurufen! Schön, wenn sie, Herr Steinmeier, an so prominenten Platz wie den eines Bundespräsidenten gestellt, Ihren Irrtum erkennen und ihn auch noch öffentlich bekennen! Der Irrtum bestand allerdings nicht darin, Russland nicht in „unsere“ Sicherheitsarchitektur „eingebunden“ zu haben. Er bestand vielmehr darin, die Vorschläge und Bemühungen um eine gemeinsame eurasische Sicherheitsarchitektur, wie sie von Russland vorgeschlagen wurden, penetrant beiseitegeschoben und mit hemmungsloser Erweiterungspolitik beantwortet zu haben, statt sie als Einladung zur Erarbeitung einer neuen Friedensordnung Eurasiens anzunehmen, die in der Lage gewesen wäre, die zerfallene Ordnung des Kalten Krieges zu ersetzen.

.) Steinmeier in Kiew unerwünscht :

<https://www.tag24.de/thema/ukraine-konflikt/in-kiew-nicht-gewuenscht-ukrainer-lassen-bundespraesident-steinmeier-abblitzen-2411776> -

Warschau - **Er wollte gemeinsam mit anderen europäischen Staatschefs in die Ukraine reisen, um dort Zusammenhalt zu signalisieren, doch aus dem Besuch wird nichts.** Eine geplante Reise von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (66) nach Kiew ist geplatzt, weil er dort offensichtlich nicht willkommen ist.

Steinmeier ist derzeit zu Besuch in [Polen](#), trifft dort Präsident Andrzej Duda (49).

Dieser hatte in den vergangenen Tagen angeregt, dass sie beide zusammen mit den Staatschefs der baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland in die ukrainische Hauptstadt reisen, "um dort ein starkes Zeichen gemeinsamer europäischer Solidarität mit der Ukraine zu senden und zu setzen", so Steinmeier am Dienstag.

Steinmeier hatte bereits am Freitag signalisiert, dass er Reisepläne für Kiew hat.

"Selbstverständlich denke ich auch darüber nach, wann der richtige Zeitpunkt ist für meinen nächsten Besuch in Kiew."

.) Energieversorgung ohne russische Kohle: <https://taz.de/Energieversorgung-ohne-russische-Kohle/!5845269/>

Hamburg braucht andere Blutkohle, „Die Hamburgische Bürgerschaft debattiert heute über die Folgen für die lokale Energieversorgung. Die Steinkohle kommt nun auch aus Kolumbien. Für Jersch ist klar, dass künftig auch Kohle aus Kolumbien importiert wird. „Dann verbrennen wir hier Blutkohle“, sagt Jersch. Dort zerstören die Tagebaue riesige Landflächen. Die lokale Bevölkerung wird teilweise mit Gewalt vertrieben. Aus der Region César ist bekannt, dass paramilitärische Einheiten rund um Tagebaue eingesetzt werden. 2017 wurden dort Minengegner:innen erschossen.

.) Völkisch inspirierte Seminare: <https://taz.de/Voelkisch-inspirierte-Seminare/!5848465/> -

Freies Lernen wie in Russland, In Niedersachsen lassen sich Eltern für eigene Lernangebote schulen. Die Kinder sollen staatlicher Kontrolle entzogen werden. Kinder toben auf einem Anwesen in Lüsche im Landkreis Gifhorn.

„Schullandheim“ kann man auf einem verwitterten Holzschild über der Zufahrt lesen. Am Eingang steht auf einem Schild: „Vereinsgelände des ideellen und gemeinnützigen Vereins Gaudium in Vita – Zutritt nur für Fördermitglieder“.

Nicole Wolf ist die ehrenamtliche Präsidentin des Vereins, dessen lateinischer Name mit „Freude im Leben“ übersetzt werden kann. Seit wenigen Jahren wohnen sie und ihr Mann Steffen mit ihren Kindern auf dem 10.000 Quadratmeter großen Anwesen. Im Internet bieten sie die 44 Betten und drei Gruppenräume zum Mieten an.

Der Verein mit offiziellem Sitz in Österreich ist eng mit der „Internationalen Schul-, Sport- und Kultur-Akademie“ (ISKA) verwoben. Die selbsternannte Akademie hat vom 13. bis 26. März zu einem „Lernanleitersemester“ geladen. Der Veranstaltungsort wurde erst nach Anmeldung kurz vor Beginn bekanntgegeben – es war Lüge. Günstig ist der Kurs nicht: Der „Lernanleiter“ kostet für Eltern 1.350 Euro, für Kinder 390 Euro plus Essen und Unterbringung. Das Geld wird „bevorzugt in bar“ angenommen. In der Broschüre wurde nicht nur auf „vegetarisches Essen“ hingewiesen – die Frauen wurden auch gebeten, „gerne Röcke und Kleider“ einzupacken.

.) Russlands Außenpolitik: <https://taz.de/Russlands-Aussenpolitik/!5845227/> -Putins verquere Logik, „Mehr Nato-Präsenz in Osteuropa, Nato-Beitritte, Aufrüstung der Ukraine: Putins zerstörerische und brutale Außenpolitik wendet sich nun gegen Russland. Mehr lesen unter dem Link.

.) Hamburger Ostermarsch: Gegen Waffenlieferung an die Ukraine :

<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/> - Der traditionelle Hamburger Friedensmarsch am Ostermontag wendet sich konkret gegen Waffenlieferungen des Westens an die Ukraine. Damit würden Deutschland und andere NATO-Staaten den Krieg nur verlängern, heißt es in dem Aufruf der Veranstalter. Die NATO-Osterweiterung und mediale Hetze gegen Russland und China hätten zur Eskalation beigetragen. Die ehemalige Fraktionschefin der Linken in der Bürgerschaft, Christiane Schneider, sagte der "Hamburger Morgenpost", dieser Aufruf werde viele Menschen abschrecken.

.) Folteropfer in der Ukraine: <https://taz.de/Folteropfer-in-der-Ukraine/!5845248/> - „In meinem Kopf war nur noch Nebel“, „Als russische Soldaten die Stadt Irpin besetzten, flüchtete Wjatscheslaw Pritulenko erst in den Keller des Elternhauses – und wurde dann fast ermordet. Wir lernten uns am Abend des 1. April in einem der Höfe einer Kiewer Hochhaussiedlung kennen. Fast anderthalb Tage hatte der 33-jährige Wjatscheslaw Pritulenko gebraucht, um aus dem von russischen Besatzern eroberten Irpin in die etwa 15 Kilometer entfernte ukrainische Hauptstadt zu kommen. Er stammt von der Krim und war mit seinen Angehörigen nach der russischen Annexion der Halbinsel 2014 nach Irpin gekommen. Wjatscheslaw sagt, dass sich der vor dem Krieg dynamisch entwickelnde Kiewer Vorort innerhalb eines Monats nicht nur in einen Trümmerhaufen, sondern auch in einen Ort brutalster Kriegsverbrechen verwandelt hat. „Am Anfang habe ich nicht verstanden, was überhaupt passiert. Ich dachte, in der Wohnung meiner Mutter, für die sie ihr halbes Leben gearbeitet hatte, sei ich sicher

und mit dem Haus würde nichts passieren. Ich habe mir nicht vorstellen können, dass Bomben oder Granaten dort einschlagen oder jemand in die Wohnung kommen könnte. Ich habe mir irgendwie eingeredet, dass das alles schnell vorbeigeht“, versucht Wjatscheslaw die Gründe zu erklären, warum er in der Stadt blieb, obwohl dort schon Kampfhandlungen stattfanden.

Detonationen hielten an, er fuhr weiter

In den ersten Märztagen, etwa eine Woche nach der russischen Invasion, verließ er das Haus zum ersten Mal. Bekannte hatten ihn gebeten, eine Angehörige zu suchen, die ein paar Kilometer weiter in einem benachbarten Stadtteil lebte. Wjatscheslaw versprach, die Frau zu finden, setzte sich auf sein Fahrrad und machte sich auf den Weg. Seit Tagen war nicht mehr geschossen worden, auch hatte er noch keine einzige Leiche gesehen.

„Kurz nachdem ich von zu Hause losgefahren war, sah ich, dass irgendetwas brannte. Als ich näher heranging, realisierte ich, dass das ein von einer Granate zeretzter Zivilist war, von dem nur ein Teil des Torsos übrig war, an dem die Kleidung brannte. Der Kopf, die Mütze ... Das war furchtbar“, erzählt er leise.

Die Detonationen hielten an, Wjatscheslaw fuhr trotzdem weiter und versuchte den von den Schüssen zerberstenden Fensterscheiben auszuweichen, die auf die Straße fielen. Nach einiger Zeit fand er das gesuchte Haus und die Großmutter: „Sie saß im Keller, zusammen mit etwa 30 weiteren Leuten. Sie weigerte sich mitzukommen. Sie hätte das vermutlich auch gar nicht geschafft. Aber das Wichtigste war ja, dass sie noch lebte und ich die Nachricht ihren Angehörigen überbringen konnte.“

Den 5., 6. und 7. März verbrachte Wjatscheslaw mit seinen Nachbarn im Keller ihres Hauses. Zu elft waren sie hier drei Tage und Nächte lang: alte Menschen, junge Menschen. Mittlerweile waren die russischen Streitkräfte bis zu ihrem Stadtviertel vorgedrungen. Es gab heftigen Beschuss, die Kämpfe tobten auch auf ihrer Straße.

Menschen richteten eine Art Küche ein

Als die Kämpfe wieder nachließen, verließen die Menschen den Keller. Draußen richteten sie sich eine Art Küche ein. Das größte Problem war der Wassermangel. Aus den Leitungen kam es nur noch in kurzen Phasen. Die Menschen schmolzen Schnee oder fingen Regenwasser auf, das sie abkochten. Es gab zwar noch Brunnen, aber jeder Versuch, dort Wasser zu bekommen, war wie russisches Roulette mit dem eigenen Leben. Um ihre Handys zu laden, holten die Leute die Batterien aus ihren Autos. Aber um die Batterien aufzuladen, brauchte man zunächst einmal Benzin. Außerdem wurde es immer schwieriger, überhaupt noch eine Mobilfunkverbindung zu bekommen.

Wjatscheslaw Pritulenko steht nicht weit von seinem Haus, im Hintergrund steht Irpin Foto: Volodymyr Kutsenko

Deshalb ging Wjatscheslaw zusammen mit seinem Nachbarn Oleg auf die Straße, als es draußen ruhig geworden war. Sie wollten eine Funknetzverbindung suchen, um

ihren Angehörigen zu schreiben, dass sie noch lebten. Draußen sahen sie, dass überall Häuser brannten. Kurz darauf kamen sie zu einem Auto, neben dem die Leiche eines Mannes lag. „Auf der Rückbank entdeckten wir einen toten Hund. Und wir hörten etwas fiepen. Der Kofferraum war verschlossen, doch wir konnten über den Autorücksitz hineingreifen und eingeschlossene Hundewelpen herausholen. Plötzlich kamen russische Soldaten.“

Die Besatzer schossen mit ihren Maschinengewehren und schrien „Stehen bleiben!“. Wjatscheslaw und Oleg hoben sofort die Hände. Die Soldaten befahlen ihnen, näher zu kommen. Die beiden jungen Männer gingen langsam auf die Soldaten zu, als sie hinter sich ein Auto hörten. „Die schrien uns an: ‚Legt euch auf den Boden!‘ Wir schmissen uns hin und sie begannen, auf dieses Auto zu schießen. Die Kugeln flogen um unsere Köpfe. Während die einen schossen, schrien die anderen, dass wir näher zu ihnen herankriechen sollten.“

Danach wurden Wjatscheslaw und Oleg gefesselt und verhört: Wer sie seien, woher sie kämen und wohin sie unterwegs seien. „Sie dachten, wir seien irgendwelche Richtschützen oder zum Feuerlöschen unterwegs. Den ersten Schlag mit dem Kolben eines Maschinengewehrs bekam ich in die Kniekehlen. Ich fiel zu Boden, hielt aber trotzdem weiter meine Hände hoch“, erinnert sich Wjatscheslaw. Die Soldaten brüllten weiter, durchsuchten die beiden Männer und zwangen sie, sich auszuziehen. Jemand schrie, er habe die beiden am Vorabend gesehen, sie seien auf jeden Fall Richtschützen und ihretwegen sei jemand von den russischen Streitkräften verwundet worden. „Ich hatte irgendwie das Gefühl, in einen Abgrund zu fallen. So, als sei ich im Wasser, meine Kleidung sauge sich voll und ich würde immer weiter nach unten gezogen.“ Ich konnte Traum und Wirklichkeit nicht mehr auseinanderhalten. Konnte nicht mehr begreifen, was da überhaupt gerade passiert. Wie war das denn möglich? Ich war doch hier zu Hause.“ Während Wjatscheslaw von dem Vorfall erzählt, merkt man, dass er immer noch total unter Schock steht.

Sechs bis acht Männer

Er bemühte sich, alles zu erklären, und sagte auf Russisch: „Wir sind Zivilisten, wir wohnen in der Puschkinstraße, bei uns im Keller sind elf Menschen – Frauen und Kinder. Sie können das glauben. Wir haben drei Tage im Keller verbracht, und sind nur herausgekommen, um eine Handyverbindung zu bekommen. Das ist alles.“ Er wiederholte das immer wieder. „Meine Stimme hat gezittert, aber ich habe weitergeredet. Ob mein Nachbar Oleg auch etwas gesagt hat, habe ich nicht gehört. Dann warfen sie mich zu Boden, und jemand trat mir mit seinen Stiefeln gegen den Kopf. Ich verlor das Bewusstsein, kam dann aber wieder zu mir und wiederholte das, was ich bereits gesagt hatte. Aber sie haben uns nicht geglaubt.“

Wjatscheslaw glaubt sich zu erinnern, dass es sechs bis acht Männer gewesen sein müssen, er konnte sie nicht alle sehen. Zwei von ihnen waren besonders aggressiv. Einer von ihnen schlug vor, sie „sofort plattzumachen, um sich nicht weiter damit zu

stressen“. „Dann kam einer auf mich zu, stellte mir seinen Stiefel auf die Brust und stieß mir die Mündung seines Maschinengewehrs in die Stirn. Der Abdruck war noch lange danach zu sehen.

Ein verkohlter Stiefel in Irprin

Er wiederholte immer wieder: ‚Wenn du jetzt nicht die Wahrheit sagst, bringe ich dich um, ich bringe dich um, bringe dich um.‘ Ich sagte wieder, dass wir Zivilisten seien. Er nahm das Maschinengewehr von meiner Stirn und schoss neben mir in den Boden. Es war wie im Film, mir wurde schwarz vor Augen, in meinem Kopf war nur noch Nebel. Als ich wieder zu mir kam, wiederholte ich wieder, was ich bereits mehrfach gesagt hatte“, erinnert sich Wjatscheslaw. Dann kam ein anderer Russe, trat ihm in die Rippen und drohte, ihm mit einem Messer das Ohr abzuschneiden, sollten sie nicht endlich zugeben, Richtschützen zu sein. Dann drohte er, Wjatscheslaw mit dem Messer die Kehle durchzuschneiden.

Aber in diesem Moment fand einer der Soldaten bei Oleg Geld. Der Nachbar hatte Dollars dabei, tausend oder mehr. Genau weiß Wjatscheslaw das nicht mehr. „Er trug dieses Geld immer mit sich herum, das waren seine Ersparnisse, er wollte sich mit seiner Frau zusammen eine Wohnung davon kaufen. Als sie das Geld sahen, schrien sie ihn an, dass er dieses Geld bekommen hatte, weil er Richtschütze sei, und dass er das endlich zugeben solle“, sagt Wjatscheslaw.

Daraufhin schrie er, dass Oleg ein ganz gewöhnlicher Handwerker sei, ein Fliesenleger, der sein Gehalt nicht in Dollar ausbezahlt bekäme. Dass er ihn kennen würde, dass sie zu ihnen nach Hause mitkommen könnten, wo die Nachbarn das bezeugen würden, dass das seine Ersparnisse seien. Wjatscheslaw wiederholte das immer wieder. Dann hörte er eine Maschinengewehrsalve. Sie hatten Oleg erschossen.

„Sie zwangen mich auf die Knie, ich sah den ermordeten Oleg, und dann fing ich an zu weinen. Ich weinte und wiederholte: ‚Er ist nur Fliesenleger, er war doch nur Fliesenleger‘, erinnert sich Wjatscheslaw und weint wieder. Die Russen entschieden, von ihm abzulassen. Einer von ihnen befahl ihm, sich wieder anzuziehen, weiterzugehen und sich nicht umzudrehen. Sie folgten ihm.

Am Abend wurde es ruhig

„Als ich weiterging, konnte ich immer noch nicht glauben, dass das gerade eben passiert war, ich habe die Realität einfach komplett ausgeblendet“, sagt Wjatscheslaw, er kämpft mit den Tränen. Einer der Soldaten, ein Mann Anfang zwanzig, gab ihm 100 Dollar von Olegs Geld mit den Worten: „Nimm das, das wirst du noch brauchen.“ „Ich habe mich bedankt, aber es natürlich nicht genommen“, sagt Wjatscheslaw.

Dann brachten sie den jungen Mann in ihr Hauptquartier. Sie begannen wieder ein Verhör, zogen ihn wieder aus und begannen dann, über Politik zu sprechen. Dass in der Ukraine Nazis seien, dass Ukrainer im Donbass Leute umgebracht hätten und

solche Sachen. „In diesem Augenblick begann irgendwo ein Kampf und ich war ihnen plötzlich egal. Darum stießen sich mich in einen Keller, in dem schon 15 Leute saßen“, erinnert sich Wjatscheslaw.

„Wir saßen dort bis zum Abend, ich kam langsam wieder zu mir. Aber ich wollte dort nicht bleiben, nur ein paar hundert Meter von meinem Zuhause entfernt, wo die Nachbarn auf mich warteten.“

Am Abend wurde es ruhig und die Russen zogen aus der Gegend ab. Da beschlossen zwei der Männer, den Keller zu verlassen, Wjatscheslaw schloss sich ihnen an. Er ging mit den beiden Männern zu dem Elternhaus des einen, wo sie im Keller übernachteten. Am Morgen machten sie aus Bettzeug eine große weiße Fahne und trennten sich: [Die beiden Männer wollten weiter nach Kiew](#), Wjatscheslaw zurück nach Hause.

„Als ich in meine Straße einbog, musste ich buchstäblich über Leichen gehen. Ich stieg über die toten Körper, [das waren alles Zivilisten](#). Ich bemühte mich vergeblich, ihnen nicht ins Gesicht zu sehen. In ihren Augen sah man noch das Entsetzen. Überall waren zerschossene Autos, zerbombte Häuser, durchtrennte Stromleitungen und Berge von Granatsplintern“, beschreibt Wjatscheslaw den grausamen Anblick, der sich ihm bot.

Im Keller wurde es leerer

In den folgenden zwei Wochen verließ er seinen Keller nicht mehr. Am Anfang waren sie dort zu elft gewesen, dann gelang es immer mehr Menschen, Irpin zu verlassen. Dann aber wurde ein Nachbarhaus zerstört, und es kamen wieder neue Menschen dazu.

Nach einigen Tagen machte er sich auf den Weg, um die Stelle zu suchen, an der Oleg getötet worden war. „Oleg hatte sich verändert. Sein Körper hatte sich bereits zersetzt. Als ich an diesen Ort kam, geriet ich in Panik. Ich fiel zu Boden und bekam keine Luft mehr“, sagt Wjatscheslaw.

Im Keller wurde es leerer. Als niemand mehr dort war, beschloss auch Wjatscheslaw, Irpin zu verlassen. Das war zu dem Zeitpunkt, als die ukrainische Armee wieder in die Stadt kam. Das Erste, was er in Kiew tat, war, sauberes Wasser zu trinken.

Wjatscheslaw ist froh, dass er noch lebt: „Das Leben hat mir eine zweite Chance gegeben. Jetzt werde ich mit allen weiteren Schwierigkeiten auch noch fertig.“

..) Vergewaltigung als Waffe: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-un-sicherheitsrat-vergewaltigungen-101.html> - Vor dem UN-Sicherheitsrat haben Hilfsorganisationen und Aktivistinnen eindringlich das Leid der ukrainischen Zivilbevölkerung beschrieben. Neben Kindern sind es besonders Frauen, die zur Zielscheibe werden. Mit den Kindern sind vor allem Frauen die Hauptbetroffenen dieses Kriegs, mahnte die Exekutivdirektorin der Frauenorganisation UN Women, Sima Bahous. "Die Kombination von Massenvertreibung und der Brutalität gegen

ukrainische Zivilisten hat alle roten Flaggen aktiviert." Frauen im öffentlichen Leben besonders im Visier. Zum ersten Mal seit der russischen Invasion sprach eine zugeschaltete ukrainische Aktivistin vor dem Sicherheitsrat über die Lage der Frauen dort.

.) **Ex-Merkel-Berater Vad gegen Lieferung von schweren Waffen an Ukraine :**

<https://www.gmx.net/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/ex-merkel-berater-vad-lieferung-schweren-waffen-ukraine-36771660> - Der ehemalige militärpolitische Berater von Altkanzlerin [Angela Merkel](#), Brigadegeneral a.D. Erich Vad, hat sich gegen die Lieferung von schweren Waffen an die [Ukraine](#) ausgesprochen. Solche Lieferungen seien potenziell ein "Weg in den Dritten Weltkrieg", sagte Vad der Deutschen Presse-Agentur.

Davon abgesehen, könne man komplexe Waffensysteme wie den Kampfpanzer Leopard oder den Schützenpanzer Marder nur nach jahrelanger Ausbildung systemgerecht bedienen und einsetzen, sagte Vad. Sie nützten den Ukrainern militärisch aktuell und auf absehbare Zeit also gar nichts.

"Wir machen im Moment sehr viel Kriegsrhetorik - aus guter gesinnungsethischer Absicht", sagte Vad. "Aber der Weg in die Hölle ist bekanntlich immer mit guten Vorsätzen gepflastert. Wir müssen den laufenden Krieg zwischen [Russland](#) und der Ukraine vom Ende her denken. Wenn wir den Dritten Weltkrieg nicht wollen, müssen wir früher oder später aus dieser militärischen Eskalationslogik raus und Verhandlungen aufnehmen."

Vad: Putin nicht als krankhaften Despoten abstempeln.

Vad warnte davor, dem russischen Präsidenten [Wladimir Putin](#) das Menschsein abzusprechen und ihn zum krankhaften Despoten abzustempeln, mit dem man nicht mehr reden könne. So völkerrechtswidrig und furchtbar der Ukraine-Krieg sei, er stehe doch in einer Kette vergleichbarer Kriege jüngerer Datums. "[Irak](#), Syrien, Libyen, Afghanistan - so neu ist das alles nicht", sagte Vad. Auch die viel zu vielen toten Zivilisten und die Massaker, die sich jetzt im Ukraine-Krieg ereigneten, seien leider nicht außergewöhnlich.

"Im Krieg werden Unschuldige getötet. So ist der Krieg. Das ist leider systemimmanent." Vad erinnerte an den Irakkrieg von 2003. In diesem Krieg und während der darauf folgenden Besetzung des Landes seien Hunderttausende von Zivilisten getötet worden. "Damit verglichen, fällt Putin nicht aus dem Rahmen. Hier muss man die Kirche im Dorf lassen - so erschütternd die Bilder auch sind."

Wenn es zum Beispiel heiße, die Russen hätten eine Geburtsklinik unter Feuer genommen, dann schwinde dabei mit, dass dies absichtlich geschehen sei. "Es ist aber sicher nicht Putins Absicht gewesen - warum sollte er das tun? Er wird dafür weltweit an den Pranger gestellt. So schrecklich das ist, aber das und die Inkaufnahme tausender toter Zivilisten hatten wir im Irak, in Libyen, in [Afghanistan](#) genauso." Die sogenannten Kollateralschäden in der Ukraine seien bisher sogar

weitaus geringer als im Irak oder in Afghanistan.

Ausdehnen von Einfluss-Sphären betreiben auch Demokratien.

Ebenso zweischneidig sei es, Putin vorzuwerfen, dass er die Ukraine und die Krim zur geopolitischen Einflussosphäre Russlands rechne. Es werde dann gesagt, dass das eine obsoleete Sichtweise des 19. Jahrhunderts sei. "Doch für die Amerikaner gilt bis heute die Monroe-Doktrin, die besagt, dass auf dem amerikanischen Kontinent keine Interventionen fremder Mächte geduldet werden. Und die Karibik ist sicherlich auch eine Einflussosphäre, nicht erst seit der Kuba-Krise."

Auch wenn man in guter Absicht die Demokratisierung der Welt vorantreiben wolle, gehe es faktisch und machtpolitisch immer auch um das Ausdehnen von Einfluss-Sphären.

Lesen Sie auch: [Alle aktuellen Informationen zu Putins Krieg gegen die Ukraine im Live-Ticker](#)

Der Sicherheitsexperte und Militäranalyst geht davon aus, dass Putin den ursprünglich von ihm angestrebten Regime-Wechsel in der Ukraine nach dem weitgehenden Abzug aus dem Raum Kiew aufgegeben habe.

Ex-Brigadegeneral: Verhandlungschancen sind vorhanden.

"Deshalb stehen die Chancen für Verhandlungen eigentlich nicht schlecht", sagte Vad. "Beide Seiten könnten gesichtswahrend da rauskommen. Die Ukrainer haben bewiesen, dass sie ihre Hauptstadt Kiew wirksam verteidigt haben und darüber hinaus einen erfolgreichen Abwehrkampf führen gegen einen überlegenen Gegner. Die Russen wiederum haben einige Landgewinne im Osten und an der Schwarzmeerküste erzielt. Das sind nicht die schlechtesten Voraussetzungen für Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen und für beide Seiten besser, als sich weiter in den Sumpf eines langen Krieges mit ungewissem Ausgang ziehen zu lassen."

.) Friedensbewegung tut sich schwer mit Putin, Das Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung organisiert die Hamburger Ostermärsche. In seinen Aufrufen sucht es die Schuld für den Krieg bei USA und Nato:

<https://taz.de/Friedensbewegung-tut-sich-schwer-mit-Putin!/5845283/> -

VON LOTTA DRÜGEMÖLLER, „Krieg ist ein Verbrechen“, schreibt das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung in seinem aktuellen Rundbrief von Anfang April, und: „Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen.“ Was dann folgt, ist im Großen und Ganzen eine Rechtfertigung Russlands. Das Forum organisiert alljährlich die Ostermärsche in Hamburg. Der Flyer mit der Einladung für die Märsche am Karsamstag und Ostermontag beinhaltet auf den ersten Blick vor allem antimilitaristische Positionen: Abrüstung, Verhandlungen, Aufnahme von Flüchtenden und keine Waffenlieferungen. Ähnliche Forderungen liest man auch für die Ostermärsche in Oldenburg, Bremen oder Osnabrück.

Der Hamburger Aufruf unterscheidet sich aber durch eine Analyse, die die Schuld in

erster Linie bei der Nato sucht. „Die Bundesregierung hat sich als Vasall an die Seite der USA gestellt, die im Kampf um die Erhaltung ihrer weltweiten Hegemonie mit der Nato-Osterweiterung Russland in die Knie zwingen will“, schreibt Markus Gunkel vom Hamburger Forum im Rundbrief.

Und im Ostermarsch-Flyer selbst heißt es: „Die Kündigung vieler wichtiger Rüstungskontrollverträge durch die USA, die kontinuierliche Nato-Osterweiterung und die forcierte Nato-Aufrüstung, mediale Hetze gegen Russland und China haben zur Eskalation beigetragen und die Sicherheitsinteressen Russlands bedroht.“

Aufgegriffen hatte das Schreiben die Hamburger Morgenpost in ihrer Ausgabe vom Dienstag. „Zoff um den Ostermarsch“ schreibt die Mopo dort und wirft dem Hamburger Forum vor, auf Kreml-Linie zu sein.

Die Kritik hält Rundbrief-Autor Gunkel für verleumderisch. „Dort wird behauptet, dass ich für Putin bin“, bemängelt Gunkel. „Wir schreiben klar, dass wir den Rückzug der russischen Truppen fordern.“ Tatsächlich kommt Putin in den Texten Gunkels mit keinem Wort vor. Die Forderung nach einem Rückzug Russlands steht prominent am oberen Rand des Aufrufs.

Doch es lohnt auch hier der Blick ins Detail: Aus Russlands Angriff auf die Ukraine wird bei Gunkel „Russlands Eintritt in den Ukrainekrieg, der innerhalb des Landes schon seit 2014 ausgetragen wird.“ Die Rede ist damit nur noch von einer „Ausweitung der Kampfhandlungen“ durch Russland.

USA und Nato „wollen die Entwicklung hin zu einer multipolaren Welt nicht akzeptieren und gehen dafür über Leichen“, schreibt Gunkel, bevor er zugibt, dass „jetzt auch Russland im Ukrainekonflikt auf militärische Machtpolitik“ setze. Dies wird weiter relativiert: Schließlich gebe der Westen weit mehr Geld für Rüstung aus. Die Mopo hatte in ihrem Artikel vermutet, dass nun der Ostermarsch geschwächt werde: Vertreter*innen der Linken, darunter die ehemaligen

Bürgerschaftsabgeordneten Christiane Schneider und Kersten Artus gaben an, an der Friedensdemo nicht teilnehmen zu wollen. Schneider möchte sich nicht ein weiteres Mal öffentlich zu dem Thema äußern.

Doch ob die Aussagen tatsächlich viele Besucher*innen abhalten werden, ist schwer zu ermessen. Der öffentlichen Äußerung von Schneider und Artus zum Trotz ruft etwa die Linke weiter zum Ostermarsch auf. Das kann kaum verwundern: Beim Parteitag der Hamburger Linken Ende März hatte sich ohnehin keine Mehrheit für eine als „Minimalkonsens“ angekündigte schlichte Verurteilung des russischen Angriffs gefunden; große Zustimmung fand dagegen eine alte friedenspolitische Forderung, die vor Kriegsvorbereitungen der Nato warnte.

Auch bei der Diakonie wird weiter für die Teilnahme am Ostermarsch geworben. Und anders, als in der Mopo impliziert, distanzieren sich auch die Gewerkschaften nicht von den Veranstalter*innen des Friedensmarsches. „Gerade jetzt ist es wichtig, gemeinsam zu zeigen, dass sich viele Menschen in Deutschland für Frieden in Europa

und weltweit einsetzen“, sagt Hamburgs DGB-Pressesprecherin Savannah Guttman. Die Ostermärsche spiegelten traditionell die ganze Bandbreite der in der Friedensbewegung vertretenen Positionen. Das zeige sich eben auch an der Vielzahl unterschiedlicher Aufrufe.

.) Wie hältst du es mit Russland, Genosse? : [https://www.nd-](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1163008.ostermaersche-wie-haelst-du-es-mit-russland-genosse.html)

[aktuell.de/artikel/1163008.ostermaersche-wie-haelst-du-es-mit-russland-genosse.html](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1163008.ostermaersche-wie-haelst-du-es-mit-russland-genosse.html) - Der Ukraine-Krieg könnte den Ostermärschen Aufwind bescheren, aber die Bewegung ringt um Positionen. Demonstranten der Friedensbewegung zogen am 06.04.2015 in Hamburg auf dem traditionellen Ostermarsch auch mit Russland-Fahnen durch die Innenstadt. Kein Thema beschäftigt die gesellschaftliche Linke derzeit wohl so sehr wie der Krieg in der Ukraine. In der Linkspartei wird gestritten, wie sehr die friedenspolitischen Grundsätze in die Zeit passen und wie man sich zu Russland verhalten soll. Auch sonst gibt es weit auseinandergehende Positionen. Von der Unterstützung Russlands, wie sie zum Beispiel im Umfeld der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) zu finden ist, bis zu Spendensammlungen für ukrainische Anarchist*innen, die sich an der Landesverteidigung beteiligen.

Die Probleme zeigen sich seit dem 24. Februar auch immer wieder bei Demonstrationen gegen den Krieg. Viele Menschen, die aus der Ukraine stammen, tragen ihre Landesfahnen. Sie wünschen sich eine eindeutige Positionierung gegen Russland und fordern teilweise sogar Waffenlieferungen. Diese Positionierung passt überhaupt nicht zur deutschen Friedensbewegung. Bei manch einer Demonstration hat das schon zu merkwürdigen Szenen geführt. Etwa Anfang März im mittelhessischen Gießen, als aus der Ukraine stammende Demoteilnehmer*innen einer Rednerin erst vorwarfen, nur »leere Worte« zu äußern und als einem Redner aus der Ukraine später das Mikrofon abgedreht wurde. Den Organisator*innen der Demonstration waren die Botschaften des jungen Mannes, der über Freunde sprach, die gegen Russland kämpfen, zu martialisch.

.) Ostermärsche: Weder deutsche Aufrüstung noch Putin : [https://www.nd-](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1163006.ostermaersche-weder-deutsche-aufruestung-noch-putin.html)

[aktuell.de/artikel/1163006.ostermaersche-weder-deutsche-aufruestung-noch-putin.html](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1163006.ostermaersche-weder-deutsche-aufruestung-noch-putin.html) - Die Friedensbewegung kündigt Ostermärsche in rund 120 Städten an. Sie fordert einen Waffenstillstand in Osteuropa und das Ende der Hochrüstung. Der Krieg gegen die Ukraine, die von Kanzler Olaf Scholz (SPD) angekündigte massive Aufrüstung der Bundeswehr sowie der Klimaschutz sind die zentralen Themen der diesjährigen Ostermärsche. Bis zum Ostermontag gibt es in Deutschland rund 120 Aktionen. Das in Bonn ansässige Netzwerk Friedenskooperative listet im Internet Demonstrationen und Kundgebungen, Mahnwachen und Friedensgebete auf. In vielen Städten, so in

Stuttgart, Osnabrück und Frankfurt am Main, will die Friedensbewegung überdies mit Fahrradkorsos für ihre Anliegen werben. Mit Ostermärschen in Erfurt und Freiburg im Breisgau sowie einer Mahnwache in Schweinfurt starten die ersten Osteraktionen bereits am Donnerstag. Viele Aufrufe kritisieren den Überfall der russischen Truppen auf das Nachbarland und die mutmaßlich von ihnen begangenen Kriegsverbrechen. Gefordert werden ein sofortiger Waffenstillstand und langfristig Frieden für die Menschen in der Ukraine. Massive Kritik üben die Ostermarschierer gleichzeitig an den deutschen Aufrüstungsplänen. »Die Entscheidung, den Verteidigungshaushalt dauerhaft auf über zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben und zusätzlich ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für Aufrüstung einzurichten, ist ein sicherheitspolitischer Schnellschuss, der noch nicht einmal in der Regierungskoalition abgesprochen war«, erklärt dazu das Netzwerk Friedenskooperative. Insbesondere die Anschaffung neuer Atombomber vom Typ F-35 lehnt die Friedensbewegung ab. Wie in den vergangenen Jahren führen mehrere Ostermärsche direkt zu militärischen Standorten. In Jagel im Norden Schleswig-Holsteins wollen die Demonstranten am Karfreitag zum dortigen »Tornado- und Drohnenstandort« ziehen. Vor dem Fliegerhorst, von dem die Kampfflugzeuge aufsteigen, ist später auch die Abschlusskundgebung geplant. »Eskalationsspirale durchbrechen – Atom- und Hochrüstung stoppen – Klima schützen«, heißt es in mehreren Ostermarschaufrufen. Auch der traditionelle Ostermarsch Rhein-Ruhr, der am 16. April in Duisburg startet und am 18. April in Dortmund endet, steht unter diesem Motto.

.) Ukraine-Krieg: Neue Risse zwischen Berlin und Kiew : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1163021.ukraine-krieg-neue-risse-zwischen-berlin-und-kiew.html> - Nach der Absage an Frank-Walter Steinmeier will Bundeskanzler Olaf Scholz wohl vorerst nicht in die Ukraine. Olaf Scholz hat die Angewohnheit, Fragen, die ihm gestellt wurden, gelegentlich nicht zu beantworten, oder Antworten auf Fragen zu geben, die ihm nicht gestellt wurden. Als der Bundeskanzler am Mittwoch ein 25-minütiges Interview mit dem RBB-Inforadio gab, schaffte er es über die komplette Zeit, die wichtigste Frage vollständig zu ignorieren: ob er denn gedenke, nach der Ausladung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die stattdessen an ihn gerichtete Einladung aus Kiew anzunehmen. Er telefoniere ja regelmäßig mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, sagte Scholz, und überhaupt, man sei in engem Austausch: »Es gibt kaum einen Regierungschef, der so intensive Kontakte zu mir hat.« Es ist jedoch anzunehmen, dass Olaf Scholz dabei bleibt, nicht selbst nach Kiew zu reisen - anders als die Regierungs- oder Staatschefs aus Polen, Großbritannien, Österreich, Tschechien, Slowenien und der Slowakei, die der Ukraine im Kampf gegen die

russischen Angreifer nicht nur am Telefonhörer, sondern auch vor Ort den Rücken gestärkt haben. Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen war am vergangenen Freitag dort. Auf Scholz, der zuletzt wenige Tage vor Kriegsbeginn in der Ukraine war, wartet man seitdem vergeblich.

.) Westliche Sanktionen schweißen Russlands Elite zusammen : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162986.ukraine-krieg-westliche-sanktionen-schweissen-russlands-elite-zusammen.html> - Die Strafmaßnahmen von EU und USA wirken: Russische Beamte verlieren Ersparnisse und Immobilien. Die Wut auf den Westen stärkt den russischen Präsidenten. So populär wie nie zuvor: Russische Beamte sehen keine Alternative zum Kurs von Präsident Wladimir Putin. Trotz aller pflichtbewusst vorgetragenen Zustimmung: Wladimir [Putins Überfall der Ukraine](#) schockte viele Mitarbeiter russischer Ministerien, kremlnahe Politikberater und sogar Angestellte der mächtigen Präsidentialadministration. Hinter vorgehaltener Hand raunten erschrockene Beamte von einem schweren Fehler. Der Ukraine-Krieg nütze niemandem und werde Russlands Wirtschaft weit zurückwerfen. So beschrieb die unabhängige Journalistin Farida Rustamowa Anfang März die erheblichen Zweifel in Teilen des Machtapparates anhand zahlreicher Gespräche mit anonym bleibenden Interviewpartnern.

Mehr als einen Monat nach Kriegsbeginn ist von dieser Skepsis fast nichts mehr zu spüren. Der Machtapparat hat die Reihen geschlossen. Grund für die neue Einigkeit seien die harten westlichen Sanktionen gegen die russische Elite, analysiert Rustamowa in einem neuen Artikel von Ende März: EU und USA hätten die Konten russischer Elitenvertreter eingefroren, Einreisesperren verhängt und ausländische Immobilien russischer Beamter gepfändet. »Da sie Sanktionen gegen uns verhängt haben, werden wir sie alle ficken!«, verdeutlicht Farida Rustamowa den Stimmungsumschwung mit dem Zitat eines unbekannt bleibenden Beamten. Angesichts der neuen Härte des Westens habe sich Russlands von tiefen Rissen durchzogene Elite innerhalb eines Monats zu einem ideologischen »Monolithen« verwandelt, schreibt die Journalistin in dem heiß diskutierten Text, der sich auf zahlreiche anonyme Quellen in Putins Machtapparat stützt. Viele spürten, dass sie den Punkt überschritten hätten, von dem aus es noch ein Zurück gab. Die russischen Beamten seien von ihren Ressourcen, Villen und Konten im Westen abgeschnitten und müssten ihr Leben in Russland nun neu einrichten. Die westlichen Sanktionen hätten paradoxerweise Putins lange gehegten Traum von einer Konsolidierung der russischen Eliten erfüllt, schlussfolgert Rustamowa. Der Trotz gegen die westlichen Strafmaßnahmen stärke ihn.

Allerdings schwanke die Zustimmung zu Putins Kurs im russischen Machtapparat. Insgesamt gebe es drei Gruppen, schreibt Rustamowa. Am größten sei die Begeisterung unter älteren Beamten und Vertretern der staatsnahen Wirtschaft.

Viele seien geradezu enthusiastisch und träumten von neuen Verdienstmöglichkeiten und einem Neuanfang wie zu Beginn der 1990er Jahre. Weniger euphorisch ist dagegen die Gruppe der 45- bis 50-Jährigen, die sogenannten Pragmatiker. Diese Elitenvertreter erlebten als Jugendliche noch die späte Sowjetunion und hätte sich mit der Alternativlosigkeit in der gegenwärtigen Lage abgefunden. Viele machten einfach weiter, auch wenn ihnen der Sinn der eigenen Tätigkeit nicht immer klar sei.

Geradezu frustriert soll dagegen die jüngste Generation russischer Beamter sein. Die harte Reaktion des Westens haben die lang erarbeiteten Ersparnisse der 35- bis 40-Jährigen entwertet. Viele fühlten sich alleingelassen und empfänden regelrechten Hass auf emigrierte Landsmänner, die aus dem Ausland zum Widerstand aufrufen. Es sei unerträglich zu bleiben, zitiert Rustamowa einen jungen Staatsdiener, der den Ukraine-Krieg ablehnt. Er könne jedoch nicht einfach kündigen und gehen, da er nicht aus dem Land gelassen werde.

Wie lange die westlichen Sanktionen die Reihen um den russischen Präsidenten schließen, ist indes völlig unklar. Putin sei unterrichtet, dass Russland unter dem Druck westlicher Strafmaßnahmen nur wenige Monate »normal funktionieren« könne, schreibt der Journalist Andrej Perzew, der für das russische Onlinemedium Meduza mit anonymen Quellen im Umfeld der Präsidentialadministration sprach. Wie sich die Elite nach dem Versiegen der angesparten Reserven zum Kurs des Präsidenten stelle, wisse niemand. Im Umfeld des Ministerkabinetts erwarte man schwerwiegende Probleme in Ökonomie, Infrastruktur und Transport.

Vorerst hält der Burgfrieden jedoch. Nur ein einziger hochrangiger Funktionär verweigerte Putin bisher öffentlich die Gefolgschaft: Anatoli Tschubais, einer der unbeliebten Väter der marktwirtschaftlichen Reformen der 1990er Jahre und zuletzt Klimabeauftragter des russischen Präsidenten, trat Ende März aus [Protest gegen den Ukraine-Krieg](#) zurück und verließ Russland.

Einfluss auf den Präsidenten hatte Tschubais zu diesem Zeitpunkt wie sämtliche Vertreter des liberalen Flügels im Machtapparat - dem unter anderem Sperbank-Leiter German Gref und die Präsidentin der Zentralbank Elwira Nabiullina angehören - längst nicht mehr: Seit Kriegsbeginn habe sich Putin nicht mehr mit diesem Teil der Elite getroffen, dem die verheerenden ökonomischen Folgen des Krieges klar seien, schreibt Farida Rustamowa. Angesichts von Putins gewachsener Popularität sei Kritik aber auch nicht ratsam. Der Präsident ist so beliebt wie lange nicht mehr: 83 Prozent der im März vom unabhängigen Meinungsforschungsinstitut Lewada befragten Russen stimmten Putins Amtsführung zu.

.) Schutz und Asyl bei Kriegsdienstverweigerung und Desertion im Rahmen des Ukraine-Krieges : <https://www.proasyl.de/news/schutz-und-asyl-bei-kriegsdienstverweigerung-und-desertion-in-zeiten-des-ukraine-krieges/> - Auszug aus der Ankündigung:

Es ist noch nicht bekannt, wie viele Deserteure und Verweigerer aus den am Krieg in der Ukraine beteiligten Ländern nach Deutschland kommen werden. Aber erste Asylanträge von russischen Militärdienstentziehern und Deserteuren dürften dem Bundesamt für Migration bereits vorliegen. Dabei ist insbesondere die Frage relevant, ob die Verweigerung eines völkerrechtswidrigen Krieges einen Flüchtlingsschutz zur Folge haben kann. Und auch wenn ukrainische Kriegsdienstverweigerer derzeit nach der Massenzustromrichtlinie einen einjährigen Aufenthalt bekommen, so wird die Frage einer möglichen Verfolgung wegen ihrer Verweigerung im Anschluss große Bedeutung haben.

In dem Online Seminar wird zunächst Rudi Friedrich über die Rechtslage zur Kriegsdienstverweigerung und Desertion in den drei Ländern berichten. Im Anschluss werden Peter von Auer und Antje Becker die asylrechtlichen Möglichkeiten für die verschiedenen Gruppen ausloten. Abschließend wird Rudi Friedrich aus der Beratungspraxis mit Kriegsdienstverweigerern berichten, die erfolgreich einen Flüchtlingsschutz erhalten konnten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

.) »In Russland droht ein faschistisches Regime« : <https://www.akweb.de/politik/greg-yudin-in-russland-droht-ein-faschistisches-regime/> - Der Moskauer Soziologe Greg Yudin

über Putins entfesselten Machtapparat und die politischen Motive hinter dem Angriff auf die Ukraine Interview: [David Ernesto García Doell](#)

Wladimir Putin am 18. März im Luzhniki Stadion in Moskau bei einer nationalistischen Massenveranstaltung zum achten Jahrestag der Annexion der Krim. Greg Yudin ist Philosoph und Soziologe an der Moscow School of Social and Economic Sciences. Zwei Tage vor Beginn der russischen Invasion in der Ukraine erschien [ein Artikel von ihm bei Open Democracy](#), dessen erster Satz lautete: »In naher Zukunft wird ein großer Krieg beginnen – ein Krieg, wie wir ihn zu Lebzeiten meiner Generation und vielleicht auch der vorherigen Generation nicht erlebt haben.« Yudin warnt schon seit längerem vor dem aggressiven Machtanspruch Putins und davor, dass die ideologische Begründung des Krieges als Entnazifizierungsmission exzessive Gewalt gegen die ukrainische Bevölkerung legitimieren werde. Mit den Gräueltaten in Bucha und anderen Orten scheinen sich Yudins Warnungen abermals zu bestätigen. Im Interview, das Ende März geführt wurde, beschreibt er die Machtmechanismen, auf die sich das System Putin stützt, den Umbau der russischen Gesellschaft hin zu einer präfaschistischen Ordnung und die Aussichten für die Antikriegsbewegung.

Zwei Tage vor dem offiziellen Kriegsbeginn warntest du als einer der wenigen Intellektuellen vor einem Krieg ungeahnter Größenordnung. Während viele Linke noch dachten, es ginge Putin um die Annexion des Donbas, sagtest du einen Krieg voraus, in dem es zentral um Kiew, Charkiw und Odessa gehen wird. Wie bist du zu dieser Einschätzung gekommen?

Greg Yudin: Ich warne schon seit zwei Jahren vor diesem Krieg, aber ich war nicht der Einzige, der

ihn kommen sah. Leute, die zur russischer Politik forschen, warnten ebenfalls schon länger, später läuteten auch Experten für das russische Militär die Alarmglocken. Aber viele andere Experten haben die reale Gefahr eines großen Krieges abgetan oder sich sogar darüber lustig gemacht – nicht, weil sie inkompetent wären, sondern weil sie von falschen Grundannahmen ausgingen. Leider sieht es nicht so aus, als hätten sie dazu gelernt, denn heute schließen sie mit ähnlicher Überzeugung eine nukleare Eskalation aus. Hierbei gehen sie von denselben falschen Voraussetzungen aus.

Der Hauptfehler war die Annahme, dass Putin nach dem Einmarsch in die Ukraine definitiv schlechter dastehen würde als vorher und dass das seine Überlegungen beeinflussen müsste. Putin wog jedoch die Kosten eines Krieges gegen die Kosten ab, die Untätigkeit haben würde. Es war ihm ziemlich klar, dass er sich sehr bald in einer ausweglosen Situation befinden würde, wenn er nicht jetzt mit dieser Militäroperation beginnt. Das heutige Russland ist ein bonapartistisches Regime, das dem von Marx beschriebenen französischen Regime von 1848–1870, aber auch dem Deutschland der Zwischenkriegszeit sehr ähnlich ist. Es stützt sich auf Wahlen, wobei es von der plötzlichen Einführung des allgemeinen Wahlrechts profitiert, und schürt – im Anschluss an eine großen Niederlage (im Falle Russlands nach dem Kalten Krieg) – aggressiv Ressentiments und Revanchismus in der Gesellschaft. Solche Regime, die von einem Führer mit nahezu unbegrenzter Machtfülle regiert werden, neigen dazu, zu Wahlmonarchien zu verkommen, die alle inneren Widersprüche unterdrücken und feindselig gegenüber ihren Nachbarn auftreten. Sie sind wirtschaftlich stabil, was ihnen hilft, die Massen zu entpolitisieren. Der Deal lautet: absolute politische Passivität gegen relativen Wohlstand; so wird der Rückzug ins Privatleben gefördert. All das führt dazu, dass sie militärisch immer aggressiver werden, innere Konflikte nach außen verlagern, äußere Bedrohungen überschätzen und so schließlich starke Militärbündnisse gegen sich aufbringen. Sie sind von Selbstmordtendenzen getrieben und steuern unausweichlich auf die Niederlage zu – aber die hat einen hohen Preis, besonders jetzt, im Atomzeitalter.

Für Putin ist kein Preis zu hoch, um die Kontrolle über die Ukraine zu erlangen, er sieht sich durch das »Anti-Russland« an seinen Grenzen existenziell bedroht.

Nachdem Putin Russland mit seinem Verfassungsreferendum im Jahr 2020 in eine Quasi-Monarchie verwandelt und außerdem versucht hat, seinen einzigen politischen Gegner, Alexei Nawalny, zu ermorden, war für mich klar, dass er einen großen Krieg plant. Putin sieht die Existenz eines großen und kulturell ähnlichen Nachbarstaates mit einem politischen Regime, das von den Vereinigten Staaten militärisch gestützt wird, als extrem bedrohlich an. Es war offensichtlich, dass er einen Krieg beginnen würde, um die Ukraine zu erobern, wenn es ihm nicht gelingt, sie friedlich zu unterwerfen. Für Putin ist kein Preis zu hoch, um die Kontrolle über die Ukraine zu erlangen, denn er sieht sich durch das, was er als »Anti-Russland«

bezeichnet, an seinen Grenzen existenziell bedroht. Hinzu kommt, dass Putin im eigenen Land mit sinkender Popularität zu kämpfen hat, insbesondere bei der Jugend, und wahrscheinlich sehr bald mit einer Widerstandsbewegung konfrontiert gewesen wäre. Er musste sicher sein, dass er sie um jeden Preis unterdrücken kann. Was kannst du über die Repression und die Aussichten der Antikriegsbewegung sagen?

Die Antikriegsbewegung hat erfolgreich eine Spaltung der russischen Gesellschaft aufgezeigt. Die Menschen, die auf der Straße protestiert oder öffentliche Erklärungen gegen den Krieg abgegeben haben, haben deutlich gemacht, dass es einen bedeutenden Teil der russischen Gesellschaft gibt, der diesen Krieg ablehnt und ihn nicht nur als ein Verbrechen gegen die Ukraine, sondern auch als Verrat an den Interessen Russlands betrachtet. In den ersten Tagen, als Meinungsumfragen noch einen gewissen Sinn hatten (den sie nicht mehr haben, wenn man mit bis zu 20 Jahren Gefängnis rechnen muss, nur weil man diese »Spezialoperation« als Krieg bezeichnet), war deren Tenor, dass bis zu 25 Prozent der Russen gegen die Militäraktion sind. Das ist ein beachtlicher Erfolg.

Aber die Proteste sind ins Stocken geraten. Es ist nicht allein die Repression, die sie verhindert, sondern vor allem der Mangel an Organisation. Putin war klug genug, alle politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen und Netzwerke zu zerstören, bevor er den Krieg begann. Es ist unglaublich schwierig, sich hier zu organisieren. Man wird sofort von der Polizei verhaftet oder von Schlägern im Auftrag des Staates zusammengeschlagen. Der Mangel an Organisation ist demoralisierend. Die Menschen sind bereit, ihr Leben zu riskieren, trotz der neuen Gesetze und der zunehmenden Polizeigewalt. Aber es ist schwer, das zu tun, wenn man keinen Weg sieht, etwas zu erreichen. Putin siegt immer wieder durch das Verbreiten von Ohnmacht und Hilflosigkeit.

In einem Interview mit Robin Celikates für die taz hast du die heutige Situation mit 1938 verglichen, als Deutschland das Sudetenland annektierte. Dieser Vergleich ist höchst umstritten, da er eine Erzählung bedient, die Putin in eine Reihe mit Hitler stellt, während George Bush nie auf dieselbe Weise beschrieben wurde, als er in den Irak einmarschiert ist und Hunderttausende Menschen getötet hat.

Der Hitler-Vergleich war viele Jahre lang unglücklich, und ich habe ihn nie unterstützt. Er sollte das Publikum vor allem erschrecken, indem er Putin mit dem radikal Bösen gleichsetzte. Dabei war Putin viel näher an Napoleon III. oder vielleicht an Franco, wenn man seine Rücksichtslosigkeit betonen wollte. Das bedeutet nicht, dass er »nicht böse genug« war, sondern eher, dass es sich um eine andere Art repressives autoritäres Regime handelte.

Ich bin mir nicht sicher, ob die neue politische Situation außerhalb Russlands hinreichend verstanden wird.

Aber jetzt hat sich die Situation geändert, und ich bin mir nicht sicher, ob das

außerhalb Russlands hinreichend verstanden wird. Hier findet gerade eine Entwicklung vom Autoritarismus hin zu einem totalitären Regime statt. Dabei geht es um die Frage, wie die Gesellschaft politisch strukturiert ist und worauf sich die Macht stützt. Mit anderen Worten, es ist keine Frage der Quantität, sondern der Qualität. Und ja, in dieser Hinsicht zeigen sich, gerade in den letzten Tagen und Wochen, deutlich mehr Gemeinsamkeiten mit dem, was man klassischerweise als Faschismus bezeichnet.

In Deutschland haben wir eine sehr strenge Konzeptualisierung von Faschismus und Nationalsozialismus, wobei letzterer immer mit einem eliminatorischen Antisemitismus verbunden ist. Intellektuelle in Deutschland wie Felix Jaitner analysieren Putins Regime eher mit Marx' und Poulantzas' Begriff des »Bonapartismus«, etwas zwischen Militärdiktatur und Faschismus.

Die Besessenheit vom Wesen der ukrainischen Nation und ihrer Entsprechung mit der russischen Nation ist das, was als besonders nazistisches Element und nicht nur als faschistisches hervorsticht. Als anekdotischen Beleg möchte ich hinzufügen, dass es unter den russischen Eliten seit langem eine Menge Bewunderer Mussolinis gibt. Ich empfehle auch einen Blick in [Putins Artikel im National Interest von 2020](#), in dem er die Ursachen des Zweiten Weltkriegs erläutert. Es ist aufschlussreich, wie oft er in diesem Artikel Polen für diesen Krieg verantwortlich macht, im Vergleich zu Deutschland. Was den Antisemitismus betrifft, so sehe ich im Regime derzeit kein antisemitisches Element. Aber es gibt eine Menge stillschweigenden Antisemitismus in Russland, vor allem in den Geheimdiensten, die jetzt die Oberhand haben. Siehst du die Z-Bewegung als einen Indikator für den beschriebenen qualitativen Wandel hin zum Faschismus?

Das Z-Zeichen wurde von den russischen Militärfahrzeugen in der Ukraine übernommen (Fahrzeuge, die zum westlichen Militärbezirk gehören, sind mit Z-Zeichen versehen wegen des russischen Wortes »Zapad« für Westen), es wurde von den staatlichen Propagandisten gefördert, denen sicher klar ist, dass es wie ein halbes Hakenkreuz aussieht. Einige ältere Menschen waren völlig entsetzt über dieses Zeichen, das sie sofort an ihre Kindheit erinnerte. Jetzt findet man die Z-Zeichen an den Türen von Kriegsgegnern, oft zusammen mit Drohungen, was darauf hindeutet, dass es eine Gruppe von Nazis unter den Silowiki (Angehörige des Sicherheitsapparats; Anm. ak) gibt, die jetzt die Rückendeckung haben, so etwas zu tun.

.) »Alles andere bedeutet Leid, Flucht und Tod« :

<https://www.jungewelt.de/artikel/424633.militarisierung-der-eu-alles-andere-bedeutet-leid-flucht-und-tod.html> - Keine Suche nach politischer Lösung: EU setzt im Ukraine-Krieg auf Waffenlieferungen und Aufrüstung. Ein Gespräch mit Özlem Alev Demirel. Während die Bundesregierung die Lieferung von immer mehr Waffen in die Ukraine und damit

in ein Kriegsgebiet vorbereitet, werden auch auf EU-Ebene Prinzipien über Bord geworfen. Sie haben kritisiert, dass europäische Rüstungsexportrichtlinien nicht mehr viel wert sind. Um das von Bundeskanzler Olaf Scholz verwendete Wort aufzugreifen: Erleben wir auch in der EU eine »Zeitenwende«?

Ja, und das auf verschiedenen Ebenen. Über die sogenannte Europäische Friedensfazilität gibt die EU den Mitgliedstaaten Anreize für Waffenlieferungen. Mit diesem Instrument werden Lieferungen an die Ukraine inzwischen mit 1,5 Milliarden Euro finanziert. Dabei handelt es sich um einen Schattenhaushalt, der in dieser Legislatur eingerichtet wurde und über den der Rat (Gremium der Staats- und Regierungschefs in der EU, jW) entscheidet. Wir haben das immer abgelehnt. Es hieß, das Instrument sei an den »gemeinsamen Standpunkt der EU« gebunden, wonach Lieferungen in Kriegs- und Krisengebiete verboten sind. Jetzt gilt das wohl nicht mehr.

Erst kürzlich sagte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell, der Ukraine-Krieg werde auf dem Schlachtfeld entschieden. Doch dort gibt es nur Leid und Tod. Dieser unsägliche Angriffskrieg Russlands muss endlich enden, und dafür braucht es dringend eine politische Lösung und einen sofortigen Waffenstillstand.

Immer wieder wird die fehlende demokratische Kontrolle von Entscheidungen in der EU kritisiert. Wie ist das in diesem Fall?

Bei der Außen- und Sicherheitspolitik hat das EU-Parlament kaum etwas zu sagen. Die Entscheidungen trifft immer der Rat. Es fehlt also an demokratischer Kontrolle und Transparenz. Nicht nur in den Mitgliedstaaten wird nun erheblich aufgerüstet, auch die EU soll in eine schlagkräftige Militärunion umgewandelt werden. Es heißt, dass dort, wo wirtschaftliche Macht nicht ausreicht, militärische Fähigkeiten gebraucht würden, um Interessen durchsetzen zu können. Dabei geht es nicht um die Interessen der EU-Bevölkerung, die in Frieden und sozialer Sicherheit leben will. Am vergangenen Donnerstag wurde im Europäischen Parlament über eine Resolution abgestimmt, bei der es unter anderem um Waffenlieferungen in die Ukraine ging. Sie haben als außenpolitische Sprecherin Ihrer Fraktion mit Nein gestimmt, viele Ihrer Kolleginnen und Kollegen stimmten dagegen mit Ja oder enthielten sich. Wie erklären Sie sich das?

Die aktuelle Zäsur lässt die Linke nicht unberührt. Da eine tiefer gehende Analyse ökonomischer und politischer Verhältnisse fehlt, etwa in bezug auf den Imperialismus, wird nach Antworten gesucht. Für mich ist klar, dass wir eine Klassenperspektive brauchen. Im Krieg leidet das einfache Volk, die arbeitende Klasse zahlt für Kriege, die andere angezettelt haben und die für Interessen anderer geführt werden. Deshalb sind Krieg und Aufrüstung immer abzulehnen.

Die Frage bleibt allerdings, warum sich als Linke verstehende Abgeordnete für Waffenlieferungen in die Ukraine stimmen. Wie kontrovers wird da in Ihrer Fraktion diskutiert?

Die Entscheidungen werden unter anderem auch dadurch beeinflusst, aus welchem Land die Abgeordneten kommen. Der politische Druck ist infolge des Kriegs deutlich gestiegen. Viele betonen, dass sich die Ukrainer momentan gegen einen russischen Angriff verteidigen. Das ist richtig. Gleichzeitig müssen wir auch den innerimperialen Machtkampf um die Ukraine sehen. Deshalb ist unsere erste Pflicht hier in der EU, auch in Solidarität mit den Menschen in der Ukraine, dafür einzustehen, dass der Krieg nicht weiter befeuert wird. Alles andere als eine politische Lösung bedeutet Leid, Flucht und Tod.

Auch in Ihrer Partei Die Linke wird über den Umgang mit dem Ukraine-Krieg debattiert. Befürchten Sie, dass es die durch die jüngsten Wahlergebnisse ohnehin in ihrer Existenz bedrohte Partei zerreißen könnte?

Bisher hat die Linksfraktion im Bundestag geschlossen gegen alle Aufrüstungspläne gestimmt. Tatsächlich wäre die Partei in dem Moment überflüssig, in dem sie sich nicht dagegenstellt. Aber wenn wir die aktuellen geopolitischen Machtverschiebungen genau beobachten, dann muss sie mehr tun als nur das.

.) Über 380.000 kg Uranbrennstoff: Russische Atomtransporte und der nukleare Weiterbetrieb der Uranfabrik in Lingen: <https://umweltfairaendern.de/2022/04/ueber-380-000-kg-uranbrennstoff-russische-atomtransporte-und-der-nukleare-weiterbetrieb-der-uranfabrik-in-lingen/> - Uran-Kernbrennstoff aus Russland könnte in der gegenwärtigen Kriegssituation und trotz der laufenden EU-Sanktionen weiterhin nach Deutschland und in die EU importiert werden. Gültige Genehmigungen für Atomtransporte mit angereichertem Uran zur bundesdeutschen Brennelementefabrik in Lingen liegen laut dem zuständigen Bundesamt vor.

Erst vor wenigen Wochen war eine geplante Zusammenarbeit zwischen dem Eigentümer der Uranfabrik im emsländischen Lingen und dem russischen Atomkonzern TVEL gleich zum Kriegsbeginn in der Ukraine geplatzt. Insgesamt etwa 25 Prozent des in Westeuropa genutzten angereicherten Urans kommt aus Russland. Schon vor dem Ukraine-Krieg und dem geplatzen Russland-Deal war die Uranfabrik in Lingen nur zur Hälfte wirtschaftlich ausgelastet. Bis heute sind die Uranfabriken in Deutschland vom Atomausstieg ausgeklammert. Die Stilllegung und ein Import- und Exportverbot von angereichertem Uran ist längst überfällig. Wann handeln die Grünen bzw. die Bundesregierung?

.) Frau Le Pen, Putin Versteherin und Demokratie Feindin.:

<https://www.jungewelt.de/artikel/424876.le-pen-kriegskooperation-mit-berlin-beenden.html> - Marine Le Pen will mit den Deutschen nichts zu tun haben

Die ultrarechte französische Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen will im Falle eines Wahlsiegs die Zusammenarbeit mit Deutschland im Bereich der Verteidigung

beenden. Deutschland stelle sich als komplettes Gegenbild der strategischen Identität Frankreichs dar, sagte Le Pen am Mittwoch in Paris. »Aufgrund dieser grundlegenden Unterschiede, die strategische, nicht vereinbare Divergenzen sind, werden wir alle Kooperationen mit Berlin beenden.« Man wolle sich mehr auf eigene Projekte konzentrieren, sagte Le Pen.

Die Präsidentschaftskandidatin legte zudem dar, wie sie die französische Außenpolitik von Grund auf neugestalten wolle. Statt Zusammenarbeit in internationalen Organisationen will sie vor allem auf bilaterale Kooperationen setzen. Unter dem Motto von mehr Unabhängigkeit will Le Pen keine französischen Truppen unter ausländisches Kommando stellen und aus der Kommandostruktur der Nato austreten. Gleichzeitig sprach sie sich für eine Annäherung des Verteidigungsbündnisses an Russland für die Zeit nach dem Krieg in der Ukraine aus. Einen Austritt Frankreichs aus der Europäischen Union, wie sie ihn noch 2017 gefordert hatte, lehnte sie ab. Sie wolle Europa von innen heraus modernisieren.

.) Fatale Entwicklung, Peter Steiniger zu einem Nato-Beitritt von Schweden und

Finnland : <https://petersteiniger.de/schweden-blockfrei> -

Magdalena

Andersson (l.), Ministerpräsidentin von Schweden, und ihre finnische Amtskollegin Sanna Marin bewegen sich auf die Nato zu.

Mit der

Invasion in der Ukraine hat der Kreml den dortigen Konflikt und die Konfrontation der Machtblöcke auf ein extrem gefährliches Niveau gehoben. Auch den nordischen Ländern macht das Furcht, Berichte über Kriegsverbrechen verstärken eine antirussische Stimmung. In Schweden kann diese an der U-Boot-Panik seit den 1980ern anknüpfen, in Finnland werden historische Erinnerungen an Stalins Winterkrieg aktiviert. Putins fatale Entscheidung war in vieler Hinsicht ein Schuss, der nach hinten losging. Helsinki und Stockholm treibt er der Nato zu. Eine solche Veränderung der Sicherheitsarchitektur wird die russische Führung kaum im Sinn gehabt haben. Fatal ist auch: Für die USA ist dieser Trend ein Grund mehr, nicht auf einen schnellen Frieden zum Preis einer neutralen Ukraine hinzuwirken.

Am strategischen Kräfteverhältnis ändert ein Nato-Beitritt von Schweden und Finnen wenig. Ihr Militär kooperiert mit dem Pakt längst, Schweden tat dies bereits im Kalten Krieg. Politisch aber steuern beide Länder tiefer ins Fahrwasser der westlichen Führungsmacht. Zu sagen hätten sie in der Allianz noch weniger als Deutsche und Franzosen. Mehr Sicherheit bringt ein Beitritt nicht, er reißt Brücken zur nötigen Entspannungspolitik ein. Schwedens 1986 ermordeter Premier Olof Palme würde sich im Grab umdrehen.

.) Ex-Merkel-Berater Vad gegen Lieferung von schweren Waffen an Ukraine : [Mehr News zum Krieg in der Ukraine finden Sie hier](#) - Der ehemalige militärpolitische Berater

von Altkanzlerin [Angela Merkel](#), Brigadegeneral a.D. Erich Vad, hat sich gegen die Lieferung von schweren Waffen an die [Ukraine](#) ausgesprochen. Solche Lieferungen seien potenziell ein "Weg in den Dritten Weltkrieg", sagte Vad der Deutschen Presse-Agentur.

Davon abgesehen, könne man komplexe Waffensysteme wie den Kampfpanzer Leopard oder den Schützenpanzer Marder nur nach jahrelanger Ausbildung systemgerecht bedienen und einsetzen, sagte Vad. Sie nützten den Ukrainern militärisch aktuell und auf absehbare Zeit also gar nichts.

"Wir machen im Moment sehr viel Kriegsrhetorik - aus guter gesinnungsethischer Absicht", sagte Vad. "Aber der Weg in die Hölle ist bekanntlich immer mit guten Vorsätzen gepflastert. Wir müssen den laufenden Krieg zwischen [Russland](#) und der Ukraine vom Ende her denken. Wenn wir den Dritten Weltkrieg nicht wollen, müssen wir früher oder später aus dieser militärischen Eskalationslogik raus und Verhandlungen aufnehmen."

Vad: Putin nicht als krankhaften Despoten abstempeln

Vad warnte davor, dem russischen Präsidenten [Wladimir Putin](#) das Menschsein abzusprechen und ihn zum krankhaften Despoten abzustempeln, mit dem man nicht mehr reden könne. So völkerrechtswidrig und furchtbar der Ukraine-Krieg sei, er stehe doch in einer Kette vergleichbarer Kriege jüngerer Datums. "[Irak](#), Syrien, Libyen, Afghanistan - so neu ist das alles nicht", sagte Vad. Auch die viel zu vielen toten Zivilisten und die Massaker, die sich jetzt im Ukraine-Krieg ereigneten, seien leider nicht außergewöhnlich.

"Im Krieg werden Unschuldige getötet. So ist der Krieg. Das ist leider systemimmanent." Vad erinnerte an den Irakkrieg von 2003. In diesem Krieg und während der darauf folgenden Besetzung des Landes seien Hunderttausende von Zivilisten getötet worden. "Damit verglichen, fällt Putin nicht aus dem Rahmen. Hier muss man die Kirche im Dorf lassen - so erschütternd die Bilder auch sind."

Wenn es zum Beispiel heiße, die Russen hätten eine Geburtsklinik unter Feuer genommen, dann schwinde dabei mit, dass dies absichtlich geschehen sei. "Es ist aber sicher nicht Putins Absicht gewesen - warum sollte er das tun? Er wird dafür weltweit an den Pranger gestellt. So schrecklich das ist, aber das und die Inkaufnahme tausender toter Zivilisten hatten wir im Irak, in Libyen, in [Afghanistan](#) genauso." Die sogenannten Kollateralschäden in der Ukraine seien bisher sogar weitaus geringer als im Irak oder in Afghanistan.

Ausdehnen von Einfluss-Sphären betreiben auch Demokratien

Ebenso zweischneidig sei es, Putin vorzuwerfen, dass er die Ukraine und die Krim zur geopolitischen Einflussosphäre Russlands rechne. Es werde dann gesagt, dass das eine obsoletere Sichtweise des 19. Jahrhunderts sei. "Doch für die Amerikaner gilt bis heute die Monroe-Doktrin, die besagt, dass auf dem amerikanischen Kontinent keine Interventionen fremder Mächte geduldet werden. Und die Karibik ist sicherlich auch eine Einflussosphäre, nicht erst seit der Kuba-Krise."

Auch wenn man in guter Absicht die Demokratisierung der Welt vorantreiben wolle, gehe es faktisch und machtpolitisch immer auch um das Ausdehnen von Einfluss-Sphären.

Lesen Sie auch: [Alle aktuellen Informationen zu Putins Krieg gegen die Ukraine im Live-Ticker](#)

Der Sicherheitsexperte und Militäranalyst geht davon aus, dass Putin den ursprünglich von ihm angestrebten Regime-Wechsel in der Ukraine nach dem weitgehenden Abzug aus dem Raum Kiew aufgegeben habe.

Ex-Brigadegeneral: Verhandlungschancen sind vorhanden

"Deshalb stehen die Chancen für Verhandlungen eigentlich nicht schlecht", sagte Vad. "Beide Seiten könnten gesichtswahrend da rauskommen. Die Ukrainer haben bewiesen, dass sie ihre Hauptstadt Kiew wirksam verteidigt haben und darüber hinaus einen erfolgreichen Abwehrkampf führen gegen einen überlegenen Gegner. Die Russen wiederum haben einige Landgewinne im Osten und an der Schwarzmeerküste erzielt. Das sind nicht die schlechtesten Voraussetzungen für Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen und für beide Seiten besser, als sich weiter in den Sumpf eines langen Krieges mit ungewissem Ausgang ziehen zu lassen."

.) Kooperation mit russischem Staatskonzern: Siemens bleibt Rosatom treu :

<https://taz.de/Kooperation-mit-russischem-Staatskonzern/!5844909/> -

Zusammen mit Russlands Staatskonzern will Siemens neue AKWs bauen. Das Wirtschaftsministerium hat keine Einwände.

Scharfe Kritik von den Grünen

STEFAN WENZEL, GRÜNE

„Es ist völlig unverständlich, dass sich die EU weiter in die Abhängigkeit von Putin begibt“ Der ganze Artikel unter dem Link.

.) Deutschland: Mehrheit für Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine :

<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-2979.html>

- 55 Prozent der Bundesbürger sind laut DeutschlandTrend dafür, auch schwere Waffen wie Panzer und Kampfjets an die Ukraine zu liefern. Ein Großteil der Deutschen ist aber gegen einen Einfuhrstopp für russisches Gas und Öl. Eine knappe Mehrheit der Bundesbürger ist laut DeutschlandTrend im ARD-Morgenmagazin dafür, dass Deutschland schwere Waffen wie Panzer und Kampfjets in die Ukraine liefert. 55 Prozent der Befragten sind dafür, 37 Prozent dagegen. Anhänger von Grünen, SPD, FDP und CDU/CSU sind mehrheitlich für die Waffenlieferungen, Wähler der AfD sind mehrheitlich dagegen. Die Frage, ob schwere Waffen an die Ukraine geliefert werden sollen, beschäftigt die Politik aktuell sehr. Außenministerin Annalena Baerbock hat sich dafür ausgesprochen. Bundeskanzler Scholz beharrt

darauf, nur Waffen an die Ukraine zu liefern, die dieser auch nützen.

.) Dresdener auf Kuba im Gefängnis: <https://taz.de/Dresdener-auf-Kuba-im-Gefaengnis/!5848309/> - Im Wettlauf gegen den Hungerstreik, „Luis Frómeta Compte“ wurde zu 25 Jahren Haft verurteilt, weil er ein Smartphone-Video von einer Demo in Havanna drehte. Er verzweifelt zunehmend. (also nicht nur in Russland)

.) DGB-Aufruf zur Teilnahme am Ostermarsch ist umstritten :
<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/DGB-Aufruf-zur-Teilnahme-am-Ostermarsch-ist-umstritten,ostermarsch390.html> - Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in Hamburg ist in Erklärungsnot. Er hatte dazu aufgerufen, auch in diesem Jahr an den geplanten Ostermärschen teilzunehmen. Das Problem: Die Organisatoren und Organisatorinnen der Friedens-Demo stehen wegen einiger Forderungen in der Kritik. Von Sanktionen gegen Russland wegen des [Angriffskriegs auf die Ukraine](#) halten die Organisatoren und Organisatorinnen des Hamburger Ostermarsches nichts: Die Maßnahmen würden nur die ärmeren Menschen treffen, so ihre Ansicht. Die massive Aufrüstung der Bundeswehr bezeichnen sie als Großmacht-Spiele der Bundesregierung.

.) Französische Präsidentschaftskandidatin: Le Pen fährt scharfe Attacken gegen Deutschland : <https://de.nachrichten.yahoo.com/pr%C3%A4sidentschaftskandidatin-le-pen-greift-deutschland-141151496.html> - Le Pen kritisiert deutsche Haltung bei Atomkraft. Mit Blick auf die Energieversorgung verteidigte Le Pen den Ausbau der Atomkraft und kritisierte auch in diesem Punkt die deutsche Haltung: „Ich werde es nicht zulassen, dass Deutschland unsere Atomindustrie zerstört“, sagte Le Pen. Sie wolle vielmehr die Deutschen von dem französischen Modell überzeugen, das sich ihrer Ansicht nach auf Atomkraft und Wasserstoff stützen solle.

.) Im Krieg mit Russland -fundierte, kostenlose Artikel und Essays bei Makroskop :
<https://mailchi.mp/makroskop/im-krieg-mit-russland?e=7ef4be73e3> - Der Krieg in der Ukraine markiert das Ende einer Welt, die in Siegestrunkenheit vom „Ende der Geschichte“ träumte.

.) Gabriele Krone-Schmalz Im Interview - 2015 - Putin, Gesellschaft und Presse :
<https://www.youtube.com/watch?v=yzLiwWVZCOk> - <http://www.mdr.de/artour>
Gabriele Krone-Schmalz erläutert im ausführlichen "artour"-Interview, was in der öffentlichen Debatte über Russland und in der Russlandpolitik schief läuft.

.) Ukraine-Helfer schlagen Alarm: Spenden und Lager in Hamburg gesucht :

<https://flipboard.com/@focusonline/mein-hamburg-k681dcthz/ukraine-helfer-schlagen-alarm-spenden-und-lager-in-hamburg-gesucht/a-8rdiZ2QMSG-C2ViSpQJGhg%3Aa%3A2503098804-41f1dce1b9%2Ffocus.de> -

Etwa 500 Geflüchtete aus der Ukraine warteten am vergangenen Mittwoch vor der Ausgabe der Hamburger Tafel in Jenfeld. Die Vorräte reichten an diesem Tag jedoch nur noch für 300. Aufgrund fehlender Spenden muss die Tafel ihre wöchentliche Hilfsaktion womöglich bald ganz einstellen. Auch andere Helfer benötigen dringend selbst Hilfe.

„Wir müssen leider viele Leute wegschicken, das geht auch den Helfern an die Substanz. Aber wir brauchen jetzt schon unsere Reserven auf“, sagt Tafel-Vorstand Julia Bauer auf MOPO-Anfrage. Wenn es so weitergeht, reichen die Vorräte wahrscheinlich nur noch bis Anfang Mai.

Krieg in der Ukraine: Lebensmittelspenden fehlen

„Wenn wir schließen, dann gehen die Leute zu den regulären Ausgabestellen und versuchen da ihr Glück“, sagt Bauer. Dort stünden aber meist schon viele Hamburger:innen auf der Warteliste, die ebenfalls Hilfe benötigen würden.

„Staatliche Unterstützung erhalten wir keine und können nur das rausgeben, was gespendet wird.“

Hamburger Tafel e.V. Vor der Lebensmittelausgabe der Hamburger Tafel in Jenfeld bildete sich am Mittwoch eine lange Schlange.

.) Geflüchtete sollen in Hamburg schnell arbeiten können :

<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Gefluechtete-sollen-in-Hamburg-schnell-arbeiten-koennen.ukraine2632.html> -

Eine Arbeitsgruppe soll den Betroffenen jetzt beim Berufseinstieg helfen. Agentur für Arbeit, Jobcenter und das Hamburg Welcome-Center sollen den Geflüchteten beim Einstieg in den Arbeitsmarkt helfen, das hat Hamburgs Sozialsenatorin Melanie Leonhard (SPD) am Donnerstag im Sozialausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft gesagt. Für die gemeinsame Taskforce werden insgesamt 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgestellt. Sie sollen in den kommenden Wochen bis zu 1.800 Erstberatungen anbieten.

.) Aber Bandera“ – Die Begleitmusik zum Vernichtungskrieg :

<https://jungle.world/blog/von-tunis-nach-teheran/2022/04/aber-bandera-die-begleitmusik-zum-vernichtungskrieg> -

.....Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 gibt es kaum eine Äußerung, in der sich Todenhöfer-Anhänger, Wagenknecht-Fans, AfDler, Impfgegner, sprich die üblichen Verdächtigen breitmachen, der ohne „aber Bandera, aber Asow“ auskommen würde.....

.) iran-schmuggelt-waffen-nach-russland : <https://www.mena-watch.com/der-iran-schmuggelt-waffen-nach-russland/> -Russland braucht Waffen und der Iran liefert. Und zwar Waffen, die sich im Besitz schiitischer Milizen im Iran befinden, darunter auch Ausrüstung, die von den USA geliefert wurde. Denn vieles, was damals dem Irak zur Verfügung gestellt wurde landete bei diesen Milizen, die ja unter Obama irgendwie auch als Verbündete im Kampf gegen den Islamischen Staat betrachtet wurden. So steht der Iran seinem Verbündeten zur Seite, schließlich pflegt man auch in Syrien eine Waffenbruderschaft, um Assad an der Macht zu halten.....

.) von-tunis-nach-teheran - dass-es-einfach-weiter-geht :

Von [Thomas von der Osten-Sacken](#) - Daß es »so weiter« geht, ist die Katastrophe. Sie ist nicht das jeweils Bevorstehende sondern das jeweils Gegebene." (Walter Benjamin)
Zerschossene Städte, Massaker an Zivilisten, Millionen von Flüchtlingen, Vergewaltigungen durch Soldaten ... und es geht einfach weiter. Tag für Tag. Bald treten Ermüdungserscheinungen auf und gewöhnt man sich an die Nachrichten. So war es auch in Syrien, wo irgendwann die News, dass erneut Krankenhäuser und Kindergärten bombardiert und weitere zehntausende Menschen fliehen musste, einfach keine News mehr waren. Sicher, die Ukraine ist nicht Syrien, wo eh jede/r lieber wegguckte, aber der Effekt dürfte erneut Teil des Kalküls im Kreml sein. Je länger dieser Krieg dauert und je selbstverständlicher all die Gräueltaten werden, je besser für die russische Regierung, die schließlich auch in Syrien erst nach ihren brutalen Einsätzen zum wichtigen Partner in einem zynisch so genannten Friedensprozess wurde und sich dann gleich die Verhandlungen von Genf nach Astana holte.

Denn so war es in jedem dieser Kriege, der anfänglichen Empörung weicht Abstumpfung und Gewöhnung. Und außerdem: Wenn gezielte Exekutionen von Zivilisten, Angriffe auf Bahnhöfe und das In-Schutt legen ganzer Städte einfach so passieren kann, ohne dass wirklich etwas passiert, dann gehört dies eben zu einer neuen Normalität, die eh immer eine war, zu der gehörte, dass irgendwo auf der Welt ganz übel massakriert, gefoltert, gehungert und vertrieben wird.

Und außerdem: Was kann man schon machen? Das Leben geht weiter und die Toten werden eh nicht wieder zum Leben erweckt, was zerstört ist, ist zerstört und die Welt ist eh ungerecht und das Leben kein Zuckerschlecken.

Dass der Lauf der Dinge genau so ist, wissen sie, die Diktatoren, Autokraten und Halsabschneider sehr genau und nutzen es jedesmal erfolgreich für sich aus. Und jedesmal gibt ihnen die Entwicklung dabei recht. Zu dem ganzen Schmierentheater gehört by the way das "Nie wieder", dass auch jedesmal von irgendwelchen Akteuren beschworen wird, als Bestandteil dazu.

.) Ostermärsche an Karfreitag in Gronau und Hessen :

<https://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/ostermaersche-karfreitag-gronau-100.html> - An Karfreitag ist bundesweiter Auftakt der Ostermärsche. Den Anfang in Nordrhein-Westfalen macht Gronau im Münsterland um 13 Uhr. Seit den 60er Jahren wird auf den Ostermärschen für Frieden und Abrüstung demonstriert - besonders für nukleare Abrüstung. Zahlreiche Länder wollen einen Ausbau der Atomenergie und Europa hat Atomkraft als umweltfreundlich eingestuft.

Intern wurde auch bei den Organisatoren in Gronau heftig diskutiert. Einig war man sich schnell in vielen Punkten: Der Krieg in der Ukraine muss so schnell wie möglich beendet werden. Das 100 Milliarden-Rüstungspaket für die Bundeswehr lehnt man ab. Und auch weiterhin fordert man die Abschaltung von Atomanlagen.

.) Griechenland zieht die Reißleine: Keine weiteren Waffen mehr für die Ukraine :

<https://www.rnd.de/politik/ukraine-krieg-griechenland-macht-schluss-keine-weiteren-waffen-mehr-fuer-kiew-XJE4BUYMBVDULB7V7GPJC45JFM.html> -

georgbrzoska veröffentlichte: "Das griechische Kabinett im Parlament Redaktionsnetzwerk Detuschland, 14.4.2022: "Nach Lieferung von Kalaschnikows und Raketenwerfern Griechenland zieht die Reißleine: Keine weiteren Waffen mehr für die Ukraine Auch Griechenland hat die Ukraine im Krieg "

.) Kommentar aus dem HH Abendblatt zu Infos :

<https://www.abendblatt.de/meinung/article235074049/Der-brutale-Krieg-Russlands-und-die-Vernunft-des-Generals.html> -

Verkehrte Welt: Pazifisten wollen die Ukraine aufrüsten – und nur noch Militärs warnen

Es ist nur wenige Wochen her, da verstand sich Deutschland als Friedensmacht. Die Nation in der Mitte Europas, die zwei Weltkriege angezettelt hatte, verwandelte sich in ein Land der Pazifisten: Zwei Prozent der Wirtschaftsleistung in die Verteidigung zu investieren hielten wir für Trumpismus. Wir waren stolz darauf, die Bundeswehr kurz und klein gespart zu haben. Ja, wir wollten keine Großmacht mehr sein, höchstens noch eine moralische Großmacht.

Seit dem Überfall Putins auf die Ukraine ist alles anders. In atemberaubender Geschwindigkeit haben Politik und Öffentlichkeit ihre Positionen geräumt und behaupten das Gegenteil: Wer gestern noch jeden Mitbürger in Uniform für einen potenziellen Nazi hielt, jubelt nun ukrainischen Soldaten als Helden zu. Wer einstmals jeden Rüstungsexport für Kriegstreiberei hielt, kann heute nicht schnell genug schwere Waffen in die Ukraine liefern. Für manche war Putin gestern ein

honoriger Handelspartner, heute ist er Hitler 2.0.

Bei aller Wut und Empörung, die der brutale Krieg Russlands gegen die Ukraine zu Recht auslöst, überziehen die Deutschen vielleicht wieder einmal. Ihr naiver Pazifismus von gestern wandelt sich in einen naiven Bellizismus von heute. Es muss nachdenklich stimmen, wenn der ehemalige militärpolitische Berater von Altkanzlerin Angela Merkel, Brigadegeneral a. D. Erich Vad, sich nun warnend zu Wort meldet. Er bezeichnet den Export von schweren Waffen an die Ukraine als potenziellen „Weg in den Dritten Weltkrieg“. „Wir machen im Moment sehr viel Kriegsrhetorik – aus guter gesinnungsethischer Absicht“, sagt er. „Aber der Weg in die Hölle ist bekanntlich immer mit guten Vorsätzen gepflastert.“ Vad klingt wie die Grünen von gestern – dafür klingen die Grünen heute wie Militärs.

Die Grünen sind beileibe nicht allein – in Medien, sozialen Netzwerken, an Stammtischen oder in Talkshows drängt sich der Eindruck auf, als gehe es im Ukraine-Krieg um eine Schlacht zwischen Gut und Böse. Natürlich ist die Ukraine das Opfer und Russland der Aggressor. Aber nicht jeder Russe ist böse und nicht jeder Ukrainer ein Held. Wir empören uns über einen 15-jährigen russischen Bengel, der bei einer Siegerehrung nach einem Kartrennen den Hitlergruß zeigt – aber die Hakenkreuze des ukrainischen Asow-Regiments interessieren kaum. Dabei war es genau die rechtsextreme Kampfgruppe, die den Russen gestern einen Chemieangriff vorwarf. Bei aller notwendigen Solidarität mit der Ukraine darf nicht aus dem Blick geraten: Jeder Krieg ist monströs und mörderisch. „Irak, Syrien, Libyen, Afghanistan – so neu ist das alles nicht“, sagt Vad.

„Damit verglichen, fällt Putin nicht aus dem Rahmen.“ Das sagt ein ehemaliger Brigadegeneral. Er hat recht: Der völkerrechtswidrige Angriff der USA auf den Irak 2003 kostete Zehntausende Zivilisten das Leben. Man sah sie nur nicht. Bei der Befreiung Kuwaits 1991 begruben US-Bulldozer Tausende von irakischen Soldaten bei lebendigem Leib im Schützengraben. Davon erfuhr die Welt nichts, wohl aber von irakischen Soldaten, die in Kuwait 1990 Frühgeborene aus ihren Brutkästen rissen. Nur, das Letztere war frei erfunden. Das erste Opfer in jedem Krieg ist die Wahrheit.

Wir müssen uns hüten, dass die Vernunft nun ihr zweites Opfer wird. Natürlich ist verständlich, dass die Ukraine Deutschland moralisch unter Druck setzt. Aber unser Interesse ist keine Eskalation des Krieges, sondern ein Weg zum Frieden. Damit steht Deutschland nicht allein: Es geht um die Zukunft Europas, es geht wegen der Weizenernte um das Überleben von Millionen Menschen in Afrika, es geht um den Weltfrieden. Wege nach einer Konfliktlösung sind kein Appeasement. Sondern bitter nötig.

.) Das gelobte Ausland, Manche Linke trösten sich über eigene Unzulänglichkeiten mit fernen Hoffnungen hinweg : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1163029.krieg->

[in-der-ukraine-das-gelobte-ausland.html](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1000000-in-der-ukraine-das-gelobte-ausland.html) - Wenn man sich fragt, woher sie kamen, die krassen außenpolitischen Fehleinschätzungen der Linken in den letzten Monaten, dann ist ein Gutteil sicher institutioneller Natur: alte historische Verbindungen zu ex-sozialistischen Schurkenstaaten, die nie hinterfragt wurden; organisatorische Verflechtungen aus den 70ern, die nie auf den Prüfstand kamen.

Lesen Sie die nd-Debattenserie zum Krieg in der Ukraine unter [dasND.de/kriegfrieden](https://www.nd-aktuell.de/kriegfrieden).

Ein wenig erschlossener, aber ungleich wichtigerer Teil des Problems ist die grundsätzliche Rolle, die »das Ausland« im linken Ideenkosmos einnimmt. Während die Verhältnisse im Inland kompliziert und erdrückend sind, ist das Ausland beliebige Projektionsfläche – je ferner, desto besser – und Raum unendlicher Hoffnung. Hier werden, inmitten globaler kapitalistischer Monotonie, überall Widerstandsreserven geortet: Jeder kleine Aufstand, jede Protestbewegung ist potenziell Auslöser grundstürzender Veränderungen. Jeder Diktator ein potenzieller Verbündeter gegen den Hegemon. Hier sind die Verhältnisse noch übersichtlich und klar – Gesellschaften müssen nicht mehr in ihrer Widersprüchlichkeit dargestellt, sondern können, wie in alten Zeiten, den großen Machtblöcken zugeschlagen werden.

Leo Fischer

Leo Fischer war Chefredakteur des Nachrichtenmagazins »Titanic«. Leo Fischer war Chef des Nachrichtenmagazins »Titanic«. In dieser Rubrik entsorgt er den liegen gelassenen Politikmüll.

Niemals hat irgendeine Partei dabei Entscheidungsmacht, sondern vollzieht hegelianisch nur den Willen einer als uniform gedachten gesellschaftlichen Substanz. Dabei bleibt der Ton idealistisch, moralisierend: Länder treffen ihre Entscheidungen nicht aus materiell-wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern weil sie entweder üble oder edle Motive haben, die vor der Weltgemeinschaft bloßgestellt bzw. gepriesen werden müssen. Bei älteren Autoren (fast immer sind es Männer) treten mehr oder minder uncodierte Vorstellungen von einem unverrückbaren »Volkscharakter« hinzu – man weiß doch, wie »die« sind! Nicht nur hier ist der Blick von Chauvinismus geprägt: Das Ausland ist stets irgendwie unterentwickelt, braucht dringend gute linke Ideen aus Deutschland, die Gott sei Dank in Hülle und Fülle zur Verfügung stehen. Hierzulande funktionieren sie nicht, man weiß nicht warum – aber fürs Ausland taugen sie bestimmt!

Die politischen Kompromisse, die man selbst jederzeit eingeht, sind fürs Ausland aufgehoben, hier gibt es nur Maximalforderungen. Natürlich, der Hauptfeind steht im eigenen Land – aber angesichts seiner Übermacht ist es zu verführerisch, den Blick ins Ausland schweifen zu lassen, wo scheinbar noch alles geht.

Dabei genügen die Quellen, auf die man sich beruft, nicht einmal einfachsten journalistischen Standards. Alle Wissenschaftlichkeit des Sozialismus fällt beiseite, wenn der Heimatfront die Welt erklärt werden muss. Der Chauvinismus richtet sich

nämlich nicht nur aufs Objekt, sondern auch aufs Publikum: Als wären nicht alle in der Lage, sich mit zwei Klicks, Wikipedia und Google-Übersetzer einen ersten Eindruck von der Situation zu verschaffen, wird, wie im goldenen Zeitalter der Korrespondenten, stets Geheimwissen suggeriert: Das Ausland haben wir exklusiv! Dabei sind die Berichterstattenden vor Ort meist nicht besonders eingebunden; der zuständige Redakteur einer linken Publikation lobte mir einmal ohne Ironie, wie schön es sich doch füge, dass diese Texte oft nebenbei im Urlaub der Autoren entstünden. Vom Strand im Krisengebiet direkt in die WG-Küche!
Die internationale Organisation der Arbeit liegt hinter der des Kapitals Jahrzehnte zurück. Ein erster Schritt zur Abhilfe wäre es, solcherart romantisierenden Auslandsdarstellungen den Kampf anzusagen. Solidarität bedeutet nicht, das Ausland in projektive Wunschwirklichkeiten einzubauen – sondern zu sagen, was ist.

.) Russisches Flaggschiff "Moskwa": Mehr als nur ein Schiff :

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-04/russisches-flaggschiff-moskwa-versenkung-schwarzmeerflotte-ukraine> - In der vergangenen Nacht hat Russland eingestanden, dass sein Flaggschiff der Schwarzmeerflotte, die "Moskwa", gesunken ist. Für Russland hat das Schiff der Schwarzmeerflotte eine militärische, aber auch eine große symbolische Bedeutung. Wir klären die wichtigsten Fragen und Antworten zum zerstörten Lenkwaffenkreuzer. Der Verlust des Flaggschiffs "Moskwa" trifft Russland hart. Der Lenkwaffenkreuzer ist längst zu einem nationalen Mythos geworden – nun nimmt auch dieser Schaden.

.) Drei Kameraden haben eine 16-Jährige vergewaltigt:

<https://theworldnews.net/de-news/bildplus-inhalt-russische-kriegsverbrechen-drei-kameraden-haben-eine-16-jahrige-vergewaltigt> - Abgefangene Telefonate belegen russische Kriegsverbrechen. Krieg brutal! Russische Soldaten in der Ukraine foltern, klauen, vergewaltigen – und berichten sogar Ehefrauen stolz von ihren Verbrechen! Das belegen Telefongespräche russischer Besatzer, die Ukraines Geheimdienst in den vergangenen Wochen abgefangen und nun veröffentlicht hat.

.) Kommentar: DGB sollte Ostermarsch nicht mehr unterstützen :

<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Kommentar-DGB-sollte-Ostermarsch-nicht-mehr-unterstuetzen,hamburgkommentar666.html> -

Der Hamburger DGB ruft auch in diesem Jahr wieder dazu auf, bei dem Ostermarsch mitzugehen. Gleichzeitig geht der Gewerkschaftsbund aber zu den Organisatoren wegen deren Positionen zum Krieg in der Ukraine auf Distanz. In seinem Kommentar fragt Jörn Straehler-Pohl deshalb, warum die Gewerkschaften überhaupt noch beim

Ostermarsch mitmachen.

von Jörn Straehler-Pohl

Wer halbwegs bei Trost ist, der kann meiner Meinung nach in diesem Jahr in Hamburg nicht beim Ostermarsch mitlaufen. Die Organisatoren vom Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung relativieren den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, indem sie der Regierung in Kiew eine Mitschuld geben. Sie halten nichts von Sanktionen gegen Putin, weil damit angeblich vor allem die ärmeren Menschen getroffen würden. Und die geplante Aufrüstung der Bundeswehr nennen sie lapidar Großmachtspiele der Bundesregierung.

Fadenscheinige Begründung für Teilnahme-Aufruf

Der Hamburger DGB weiß das alles. Und er teilt diese fragwürdigen Positionen der Ostermarsch-Organisierer ausdrücklich nicht. Trotzdem ruft er zur Teilnahme auf. Mit der fadenscheinigen Begründung, dass man sich mit eigenen Forderungen der Demonstration anschließt und man die Friedensbewegung stärken will. So viel politische Naivität habe ich lange nicht mehr erlebt. Und der DGB macht es auch nicht besser, wenn er verspricht, dass im nächsten Jahr alles anders werden muss.

Vom DGB erwarte ich mehr

Jedem steht natürlich frei, wofür oder wogegen er demonstriert. Man muss die Sanktionen des Westens nicht richtig finden. Man kann die massive Aufrüstung der Bundeswehr grundsätzlich ablehnen. Und man kann die Gründe für den Krieg eher bei der NATO als im Kreml suchen. Niemand kann dazu gezwungen werden, angesichts neuer Realitäten seine Meinung auf den Prüfstand zu stellen. Wer es sich in seinen alten Weltanschauungen bequem machen will, der soll das tun. Doch vom DGB, dem Dachverband der Gewerkschaften in Deutschland, erwarte ich mehr.

Fatales Signal einer wichtigen Institution

Der Hamburger DGB hat es nicht geschafft, eine liebgewordene Tradition in Frage zu stellen und Schluss zu machen mit seiner Unterstützung für den Ostermarsch. Dabei haben auch prominente Mitglieder der Linkspartei in Hamburg erklärt, sich in diesem Jahr nicht an dem Protest zu beteiligen. Es scheint, als wolle der Hamburger DGB lieber seinen Ruf aufs Spiel setzen, als einen Fehler zu korrigieren. Das ist ein fatales Signal von einer der wichtigsten politischen Institutionen in unserer Stadt. Schade um eine alte Tradition wie den Ostermarsch ist es natürlich auch.

.) Jan van Aken: »Waffenlieferungen sind Politikersatz«, Jan van Aken plädiert für neue Wege in der Diplomatie, um den Krieg in der Ukraine zu beenden. Zum Beispiel mit Indien und China als Vermittler:

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1163043.ukraine-krieg-jan-van-aken-waffenlieferungen-sind-politikersatz.html> -

Herr van Aken, alle reden von Waffenlieferungen an die Ukraine. Sie nicht. Doch, ich rede auch drüber. Aber ich bin dagegen.

WDR/dpa/Melanie Grande

Jan van Aken arbeitet für die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu den Themen Sicherheits- und Friedenspolitik. Er war von 2009 bis 2017 Außenpolitiker der Linksfraktion im Bundestag und in den Jahren 2004 bis 2006 als Biowaffeninspekteur für die Vereinten Nationen tätig.

Warum?

Aus den Kriegen der vergangenen 50 Jahre wissen wir, dass diese sich nur beenden lassen, wenn die Beteiligten ernsthaft zu Verhandlungen bereit sind. Militärisch betrachtet ist das erst der Fall, wenn beide Seiten kriegsmüde sind. Aber wenn eine Seite das Gefühl hat zu gewinnen, dann verhandelt sie nicht. Und im Krieg hat eine Seite immer das Gefühl, dass sie gerade am Gewinnen ist. Daher führt eine Gewinn- oder Verlustsituation nur selten zu Friedensverhandlungen. Die Idee, der Krieg ließe sich mit Waffenlieferungen schnell beenden, entbehrt jeglicher empirischen Grundlage.

Die Lieferungen von Waffen führen also eher zu einer Verlängerung des Krieges?

Ja, das tun sie natürlich. Aber das allein ist noch kein Argument dagegen. Dann könnte man auch sagen: »Dann gebt doch auf, Ukraine, übergebt euer ganzes Land Russland und dann habt ihr Frieden.« Aber das ist nicht meine Position und ich finde die auch paternalistisch. Wenn das Menschen in der Ukraine sagen, fände ich das völlig okay - aber das ist ihre Entscheidung. Es muss uns ja darum gehen, so schnell wie möglich zu einer Friedenslösung zu kommen, und zwar zu einer, bei der sich Russland nicht die ganze Ukraine schnappt. Wie man den Kreml zu ernsthaften Verhandlungen bewegt, ist keine militärische Frage.

Mit welchen Maßnahmen ließe sich der Krieg stattdessen verkürzen?

Mir fallen da zwei Dinge ein. Über das eine reden alle, das sind die Sanktionen. Über das andere redet hingegen niemand - und das verstehe ich nicht.

Nämlich?

Dass bislang keine neuen Wege in der Diplomatie ausprobiert wurden. [Die Welt ist größer als Russland, die Ukraine und die Nato](#). Was ist mit China? Mit Indien? Da redet kein Mensch drüber. Natürlich haben die Wirtschaftssanktionen weniger Erfolg, wenn Indien jetzt das ganze billige Gas kauft. Da wäre es doch angebracht, [Gespräche zu führen und auf Indien zuzugehen](#). Europa hätte da einiges anzubieten. Indien etwa wünscht sich schon seit Jahren einen größeren Technologietransfer und ein Wirtschaftsabkommen. Da könnte Europa doch, zur Abwechslung mal, attraktive Angebote machen. Vielleicht ließe sich das Land dadurch zu einer diplomatischen Offensive gegen Russland bewegen.

Wer sollte noch Teil einer solchen diplomatischen Offensive sein?

China. Das Land hat an dem Konflikt überhaupt kein Interesse, weil der so ziemlich all seinen außenpolitischen Zielen widerspricht. Natürlich werden sie Russland auch

nicht in den Rücken fallen. Aber zu versuchen, China als Vermittler für ein Helsinki 2.0, für eine nicht-militärische Sicherheit und Zusammenarbeit in Eurasien zu gewinnen - vielleicht auch mit Angeboten wirtschaftlicher Art - das wäre doch was. Warum Olaf Scholz nicht jeden zweiten Tag bei Xi Jinping auf dem Tisch sitzt, verstehe ich nicht!

Dennoch lässt sich derzeit eine gegenteilige Bewegung beobachten. Statt die Sanktionen noch einmal zu verschärfen oder auf Diplomatie zu setzen, ist nun die Rede davon, auch schwere Waffen zu liefern. Wie erklären Sie sich diesen Umschwung?

Waffenlieferungen sind der Politikersatz. Sie sind das, was Deutschland nicht wehtut. Und deswegen wird zur Lieferung von Waffen als Ersatz für Maßnahmen gegriffen, die vielleicht wirksamer sind, aber wehtun könnten. Wirtschaftliche Angebote an Indien genauso wie die Einstellung von Kohle- und Gaslieferungen aus Russland kosten Geld, möglicherweise auch Arbeitsplätze. Und wenn die Gegenüberstellung lautet, Tote in der Ukraine oder Abbau von Arbeitsplätzen in Deutschland, sagt die Bundesregierung: »Dann lieber Waffenlieferungen.«

Nach sieben Wochen Krieg sind wir von der Losung »Frieden schaffen ohne Waffen« noch meilenweit entfernt. Wie ist es um die Friedensbewegung in Deutschland bestellt?

Ich finde, es ist nicht schlecht um sie bestellt. Natürlich gibt es einige wenige, die immer noch Putin mit der Sowjetunion verwechseln und nicht kapiert haben, dass das kein Genosse ist, sondern ein knallharter neoliberaler Autokrat. [Aber ich lass mir doch den Ostermarsch nicht verbieten, weil da auch ein paar Leute mitlaufen, die ewig gestrig sind!](#) Erst recht nicht, nachdem dieser Graf Lambsdorff die Teilnehmer als »die fünfte Kolonne Putins« bezeichnet hat.

Woher kommt die Aussage des stellvertretenden FDP-Fraktionsvorsitzenden?

Das Nachkriegsdeutschland war ja wirklich ein friedliebendes Land. Es gab eine ganz große Ablehnung von Waffenexporten und Auslandseinsätzen. Und jetzt kommt da ein Politiker aus dem Bundestag und diffamiert alle Teilnehmer*innen der Ostermärsche. Das muss man sich wirklich mal auf der Zunge zergehen lassen. Vor zehn oder 20 Jahren hätte ich mir nie träumen lassen, dass wir mal so eine Stimmung hier bekommen.

Was kann die Friedensbewegung zu einer schnellen Beendigung des Krieges beitragen?

Die Friedensbewegung ist im Moment wichtiger denn je, um die Bundesregierung in die richtige Richtung zu bringen. Unsere Aufgabe muss sein, die Bundesregierung dahin zu drängen, wo es wehtut. Also zu sagen: »Ja, wir nehmen jetzt wirtschaftliche Einbußen hier in Kauf. Ja, wir setzen uns jetzt für ein Transparenzregister ein, damit wir hierzulande das Geld der russischen Millionäre einfrieren können, auch wenn es der deutschen Kapitalfraktion wehtut.« Mich erinnert die Situation an das Jahr 2014,

als es um die Waffenlieferungen an die Kurd*innen ging. Auch da hat die Bundesregierung das, was ihr selbst wehtun würde, nicht getan. Nämlich stärkeren Druck auf Erdoğan auszuüben, damit die Kämpfer des Islamischen Staates nicht über die Grenze kommen, oder die Geldflüsse an den IS einzufrieren. All das haben sie nicht gemacht, weil es den Eigeninteressen widersprochen hat.

Wie lässt sich dieser Druck aufbauen?

Zum Beispiel, wenn am Wochenende nicht 500 oder 1000 Menschen demonstrieren, sondern die Ostermärsche wieder deutlich größer werden und sich der Appell gegen die 100-Milliarden-Aufrüstungspläne noch mal viel stärker auf der Straße manifestiert. Ich finde es auch gut, dass der DGB verkündet hat, in den kommenden Wochen die Friedensfrage zum Thema zu machen.

Können Sie sich friedenspolitische Aktionen vorstellen, die den Befürwortern des Krieges tatsächlich Steine in den Weg legen?

Konkret Steine in den Weg legen, also im Sinne von blockieren, glaube ich nicht. Vielmehr kommt es auf eine Stimmung hier in Deutschland an. Und natürlich war direkt nach dem Einmarsch eine große Mehrheit für Waffenlieferungen, das ist ja auch eine emotionale Geschichte. Es war übrigens bei den meisten Auslandseinsätzen der Bundeswehr auch so, dass es in den ersten Momenten immer eine große Zustimmung gab, die dann aber ganz schnell gebröckelt ist. Wenn erst einmal einsickert, was das eigentlich alles bedeutet, dann gibt es hierzulande glaube ich schon eine gewisse Grundstimmung gegen Waffen, gegen den Krieg. Und die muss man jetzt mobilisieren. Nach den Ostermärschen kommt der 1. Mai, und das Thema muss auf allen Ebenen virulent bleiben.

Was ist, wenn die Nato-Staaten durch Waffenlieferungen in den Krieg hineingezogen werden?

Das halte ich für ein unzulässiges Hilfsargument. Ich höre das zwar häufig aus der Friedensbewegung, aber letzten Endes ist das nur ein Angstschüren, um Waffenexporte zu verhindern. Natürlich besteht eine reale Gefahr, dass Putin oder der Kreml entscheiden, dass durch weitere Lieferungen irgendwann eine Kriegsbeteiligung der Nato gegeben ist. Aber das passiert nicht ohne Vorwarnung und auch nicht über Nacht. Schließlich weiß auch Putin, dass er eine direkte militärische Konfrontation mit der Nato wahrscheinlich nicht überleben wird.

Nachdem sich die russische Armee aus der Region um Kiew zurückgezogen hat, steht eine neue Offensive im Osten des Landes bevor. Was macht die Ukraine eigentlich so wichtig für Russland?

Das ist eigentlich eine Frage nach dem Kriegsziel. Geht es um das Sicherheitsempfinden Russlands? Geht es um das alte großrussische Reich? Geht es um den Donbass? Oder möchte sich Russland als neoliberales Land den Zugriff auf die Rohstoffe der Ukraine sichern? Das kann ich im Moment nicht beantworten. Und ich finde es eigentlich auch gut, dass im Westen niemand genau weiß, was die

Kriegsziele sind. Das eröffnet dem Kreml die Möglichkeit, jederzeit zu sagen - auch morgen schon - »Kriegsziel erreicht, wir stellen die Kampfhandlungen ein« und gesichtswahrend den Krieg schnell zu beenden.

.) Das Dorf des Willkommens. Politische Lesung über Solidarität mit Geflüchteten :

*Montag, 25.04.2022, 18-20h, online *(Anmeldung unten)

Wie können Geflüchtete gut aufgenommen werden? Wir stellen die politische Vision von Solidarität von *Domenico Lucano* vor. Der ehemalige Bürgermeister des kalabrischen Dorfs *Riace* setzt sich dafür ein, Migrant*innen als gleichberechtigte Bürger*innen zu behandeln. Mit der *Lesung seines Buchs „Das Dorf des Willkommens“* werden wir Lucanos Idee und die Probleme bei ihrer Umsetzung vorstellen.

Es lesen und diskutieren mit uns:

Elvira Bittner, Übersetzerin von „Das Dorf des Willkommens“ und

Elisabeth Voß, Freie Publizistin

Mehr Infos und Anmeldung:

<https://www.eaberlin.de/seminars/data/2022/kul/das-dorf-des-willkommens/>

Aus technischen Gründen ist für die Anmeldung noch die Angabe der Anschrift notwendig, aber das kann auch Musterstadt sein.

Rezension:

<https://www.graswurzel.net/gwr/2021/12/der-wind-hat-meine-geschichte-geschrieben/>

Mehr Infos zu Riace: riace.solioeko.de/

Solidarisch Wirtschaften für eine Welt ohne Grenzen

Tel.: 0049 - (0)30 - 216 91 05

www.elisabeth-voss.de

sG Bernd

Für verschlüsseltes Antworten

[https://keys.openpgp.org/vks/v1/by-](https://keys.openpgp.org/vks/v1/by-fingerprint/FB312E9B3D8EC177F485D5F6781EAAE71958FC77)

[fingerprint/FB312E9B3D8EC177F485D5F6781EAAE71958FC77](https://keys.openpgp.org/vks/v1/by-fingerprint/FB312E9B3D8EC177F485D5F6781EAAE71958FC77)

.) Mehr Öl, mehr Feuer, Peter Steiniger zum Streit um schwere Waffen für die Ukraine : <https://www.dailyadvent.com/de/news/afb244964833fff099383db1999d0de6> -

Eine Teilnehmerin einer Demonstration protestiert mit einem Schild gegen den Kurs von Habeck und Baerbock.

Schwerter statt Pflugscharen: Mit dem Eifer von Konvertiten reißen die Grünen-Politiker in der Bundesregierung alles nieder, was ihre Partei an die Vergangenheit als Kind der Friedensbewegung in West und Ost bindet. Russlands völkerrechtswidriger Angriff auf die Ukraine hat hier letzte Hemmungen beseitigt. Gemeinsam mit den FDP-Koalitionären treten die Neu-Liberalen als deren

Fürsprecher auf, setzen Bundeskanzler Olaf Scholz von der SPD unter Druck, seine »Zeitenwende« zu Ende zu bringen.

Angesichts einer »Brutalisierung des Krieges« fordert der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck, mehr und schwerere Waffen aus deutschen Schmieden auf das Schlachtfeld zu senden. Die werden den Krieg nicht ritterlicher, aber blutiger machen. Man will ausreizen, was unterhalb der Schwelle liegt, um als Kriegspartei eingestuft [selbst zum Angriffsziel zu werden](#). Ein gefährliches Spiel.

Aus gutem Grund steht Scholz hier auf der Bremse: Als Kanzler der Bundesrepublik ist er darauf vereidigt, Schaden von der Bevölkerung des eigenen Landes abzuhalten - nicht auf die defizitäre Demokratie der Ukraine. Im eigenen Auftrag konkurriert der Westen dort erfolgreich mit Russland um Einfluss und Ressourcen, machte die Ukraine zum Nato-Vorposten. Nicht zu weiche Töne, sondern erhobene Zeigefinger, gekündigte Abrüstungsverträge und auf beiden Seiten [Muskelspiele gingen dem Krieg voraus](#) - statt des Versuchs, ihn durch Interessenausgleich zu verhindern. Wer Waffen immer größeren Kalibers fordert, setzt weiter auf eine Eskalationslogik, die über eine Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine hinauszuwachsen droht. Wo der selbstmörderische Kipppunkt liegt, haben weder Habeck noch Annalena Baerbock in der Hand. Deren dilettantisch forschende, ideologisch aufgeladene Außenpolitik [ist aber auch nicht hilfreich](#). Hier sitzt Scholz trotz seiner Richtlinienkompetenz ausweglos in der Ampel-Klemme. Den Weg zum Frieden muss Diplomatie bringen: Davon darf auch Deutschland gern mehr liefern.

.) Radioaktivität in Deutschland – 1700 Messstellen BfS :

https://odlinfo.bfs.de/ODL/DE/home/home_node.html -

1986 hatten wir keine Chance, davon aktuelle Ergebnisse zu bekommen. Das war damals beim Bundesinnenministerium unter dem CSU - Zimmermann, der damals behauptet hatte, die Radioaktivität würde niemals zu uns kommen. Dann hatten wir tagelang Ostwind, nicht gerade die übliche Windrichtung bei uns. Sie kam dann doch. Der damalige Bundeskanzler Kohl war gezeugen ein Bundesumweltministerium aus dem Stand einzurichten. Der ganze Umweltbereich wurde aus dem Bundesinnenministerium in das neue Bundesumweltministerium übertragen.

Unter dem Link steht bei Geschichte das es seit 1960 ein bundesweites Messnetz gegeben hatte. Eine Beschreibung wie das damals gemacht wurde, wird beschrieben.

Alle Messwerte sind nach Bundesländer aufgelistet. In Hessen z. B. 90 Messstellen usw.

.) NATO spielt mit dem Feuer : <https://www.jungewelt.de/artikel/424700.krieg-in-der-ukraine->

[nato-spielt-mit-dem-feuer.html](#) - Moskau droht bei Aufnahme von Schweden und Finnland mit Atomwaffenstationierung in Kaliningrad. Russisches Flaggschiff gesunken. Bomben auf Kiew - Statt auf Entspannung setzt das westliche Kriegsbandnis auf größtmögliche Eskalation

Litauen hat sich demonstrativ unbeeindruckt von der russischen Warnung gezeigt, im Fall einer Aufnahme von Schweden und Finnland in die NATO zusätzliche Atomwaffen im Gebiet Kaliningrad zu stationieren. Die russische Drohung sei »ein Platzpatronenschuss in die Luft«, sagte der litauische Präsident Gitanas Nauseda am Donnerstag in Vilnius. Moskau habe solche Waffen ohnehin schon in der Region stationiert. Russland hatte angekündigt, als Reaktion auf die Pläne zum NATO-Beitritt der beiden skandinavischen Staaten die Truppen an seiner Westgrenze auch mit zusätzlichen Atomwaffen zu verstärken. Die CIA hat im Unterschied zur Haltung des litauischen Staatschefs »Sorge« über eine solche potentielle Entwicklung geäußert. Russland könnte sich zu Angriffen mit kleinen Atomwaffen versucht sehen, wenn es militärische Niederlagen in der Ukraine hinnehmen müsste, sagte CIA-Chef Robert Burns am Donnerstag (Ortszeit) in Washington.

Im Krieg gegen die Ukraine hat sich ein empfindlicher Rückschlag für die russische Schwarzmeerflotte bestätigt, es ist aber in erster Linie ein Prestigeverlust. Das Moskauer Verteidigungsministerium erklärte am Donnerstag abend, dass während des Abschleppens nach Sewastopol das am Abend zuvor beschädigte Flaggschiff der Flotte, der Raketenkreuzer »Moskwa«, gesunken sei. Die Besatzung sei rechtzeitig evakuiert worden. Russland führt den Verlust auf einen Brand an Bord zurück, die Ukraine beansprucht, das Schiff mit zwei Raketentreffern versenkt zu haben. Die »Moskwa« war nur indirekt an den Angriffen mit Marschflugkörpern auf Ziele im ukrainischen Hinterland beteiligt, weil der Kreuzer mit diesen selbst nicht ausgestattet war. Er diente eher als schwimmende Kommandozentrale und schirmte andere Schiffe gegen Luftangriffe ab. Nach Angaben des russischen Portals Lenta.ru soll der Raketenangriff auf die »Moskwa« von Angehörigen eines aus rumänischen Soldaten bestehenden Spezialkommandos gesteuert worden sein, das in einem Vorort von Odessa stationiert sei.

Ob als Reaktion auf die Versenkung der »Moskwa« oder aus anderen Gründen schoss Russland in der Nacht zum Freitag mehrere Raketen auf einen Rüstungsbetrieb am Stadtrand von Kiew ab. In der Stadt waren schwere Explosionen zu hören, in Teilen der Kommune fiel der Strom aus. Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, sprach von einem Schlag gegen einen Herstellerbetrieb von Flugabwehr- und Antischiffsraketen. Er drohte der Ukraine auch mit neuen Schlägen gegen »Entscheidungscentren« in der Hauptstadt, wenn der Beschuss ziviler Ziele im russisch-ukrainischen Grenzgebiet nicht aufhöre. Bei angeblichen ukrainischen Angriffen auf Dörfer im Bezirk Brjansk kamen in den vergangenen Tagen nach russischen Angaben mehrere Zivilisten ums Leben. Die

Ukraine bestreitet, für den Beschuss verantwortlich zu sein; ihr Geheimdienst präsentierte angebliche abgehörte Funkgespräche russischer Soldaten, worin diese zugegeben hätten, dass die russische Seite selbst die Angriffe vorgenommen habe, um Vorwände für eine neue Eskalation des Krieges zu gewinnen.

Ein Vertreter der Regierungspartei »Einiges Russland« formulierte am Freitag gegenüber der Presse in Moskau russische Kriegsziele. Der Abgeordnete des Föderationsrates, Andrej Klimow, sagte, nach der »Befreiung des Donbass« werde die Kampagne nicht mehr sehr lange weitergehen. Als weitere Ziele nannte Klimow die Kontrolle der ukrainischen Atomanlagen und der im Lande tätig gewesenen Biolaboratorien, um sicherzustellen, dass dort keine Massenvernichtungswaffen hergestellt würden.

.) Rheinmetall Entwaffnen: Den Kriegsprofiteuren die Party versauen :

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/rheinmetall-entwaffnen-kriegsprofiteuren-die-party-versauen-31692> - Im Mai findet die Hauptversammlung des Rüstungskonzerns Rheinmetall statt. 150 Millionen Euro Dividende werden dann an die Anteilshabenden ausgeschüttet. Die antimilitaristische Bewegung lädt daher dazu ein: „Den Kriegsprofiteuren die Party versauen!“ „Kriegsprofiteur:innen die Party versauen“ – so eine der Zwischenüberschriften in der Einladung des Bündnisses Rheinmetall Entwaffnen zu Aktionstagen anlässlich der diesjährigen Hauptversammlung der größten deutschen Waffenschmiede. Am 10. Mai treffen sich die Anteilshabenden des Rüstungskonzerns Rheinmetall AG zu ihrer Jahresversammlung – pandemiebedingt zum dritten Mal in Folge virtuell. Das macht es der antimilitaristischen Bewegung zwar schwerer, ihre Kritik den Verantwortlichen bei ihrem ungehorsamen Protest direkt vorzutragen. Doch Rheinmetall Entwaffnen wird auch dieses Mal wieder nichtdigitale Orte und Plätze finden, um Widerstand gegen das tödliche Geschäft der deutschen Rüstungskonzerne zu leisten: Einladung zu Aktionstagen rund um den 10. Mai.